



1. Heft / 12. Januar 1911

JOHANNES TIMM · ZUM DEUTSCHEN HEIM- ARBEITERTAG 1911

VOM 7. bis zum 9. März 1904 tagte in den Räumen des Berliner Gewerkschaftshauses der 1. allgemeine deutsche Heimarbeiterkongreß.¹⁾ Entsprechend einem Auftrag des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses /1902/ hatte die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* einen Aufruf zur Teilnahme an die gesamte Arbeiterschaft gerichtet; außerdem waren direkte Einladungen zur Beschickung des Kongresses an jene Organisationen ergangen, die nicht als Arbeiterorganisationen gelten, die aber durch ihre Tätigkeit gezeigt hatten, daß sie ein Interesse für die Regelung der Heimarbeit haben. Die freien Gewerkschaften hatten zahlreiche Vertreter entsandt. Von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen war nur der rheinisch-westfälische Verband vertreten. Dagegen hatten damals die christlichen Gewerkschaften eine Beteiligung an dem Kongreß deshalb abgelehnt, weil er ein sozialdemokratischer sei. Das war nun allerdings nicht richtig. Denn auch die bürgerlichen sozialpolitischen Gruppen hatten sich zahlreich beteiligt. Und als Gäste war eine Anzahl bürgerlicher Sozialreformer aus den verschiedensten Berufen anwesend. Am Schluß des Kongresses konnte einer der Vorsitzenden, Professor Dr. Francke, betonen, daß man trotz der verschiedenen Meinungen, Abweichungen und Gegenströmungen doch zu einstimmigen Beschlüssen gekommen sei. Der gemeinsame Boden zur Bekämpfung der Schäden der Hausarbeit sei gefunden, trotz aller sonstigen trennenden Gegensätze.

Einhellig stellte der Kongreß prinzipiell fest, daß in der modernen Produktionsweise die Hausindustrie eine Betriebsform ist, die durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen die schwersten Schäden in wirtschaftlicher und physischer Beziehung zur Folge hat und den Unternehmern die Umgehung der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze ermöglicht. Als Aufgabe der Gesetzgebung wurde erklärt in besonders gesundheitsschädlichen Industrien die Heimarbeit zu verbieten, ferner durch geeignete

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Zum allgemeinen Heimarbeiterkongreß* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, 1. Band, pag. 181 ff.

Maßnahmen auf die wirtschaftliche Hebung der Lage der Heimarbeiter und Arbeiterinnen hinzuwirken und diese sowie das Gesamtpublikum vor den gesundheitsschädlichen Gefahren dieser Betriebsform zu schützen und ihre allmähliche Einschränkung und Ablösung herbeizuführen. Der Kongreß forderte die unverzügliche Schaffung eines Heimarbeiterschutzgesetzes und stellte ein ausführliches Programm aller Forderungen auf, die ein wirksamer Heimarbeiterschutz enthalten muß. In der Debatte wurde von allen Seiten betont, daß die Lohnregelung als eine der wichtigsten Fragen des Heimarbeiterschutzes zu gelten hätte. Seinen Forderungen stellte denn auch der Kongreß folgende Sätze an die Spitze:

»Auf Antrag von Arbeitern oder deren Organisationen hat das Gewerbegericht als Einigungsamt für den Ort seiner Zuständigkeit und für eine bestimmte Gültigkeitsdauer bestimmte Lohnsätze für die Branche, für die es berufen wurde, festzusetzen. An Orten, an denen ein Gewerbegericht nicht besteht, müssen besondere Kommissionen, zur Hälfte aus Vertretern der Arbeiter, zur Hälfte aus Vertretern der Unternehmer und einem Vertreter der Gewerbeinspektion als Vorsitzenden, eingesetzt werden. Die normierten Lohnsätze dürfen nicht niedriger sein als die in den Fabriken und Werkstätten gezahlten, und sie sind nach ihrer Veröffentlichung rechtsverbindlich.«

Brachten die Reden der Delegierten schon eine erdrückende Tatsachenfülle von dem großen Umfang des Heimarbeiterelends, so wurde dieses Bild noch wirksam durch eine Ausstellung von Heimarbeiterzeugnissen ergänzt, die besonders auf die bürgerlichen Vertreter des Kongresses großen Eindruck machte. Professor Dr. Sombart brachte diesen Eindruck auf dem Kongreß unter allgemeiner Zustimmung durch folgende Worte zum Ausdruck:

»Wer diese Ausstellung durchwandert und studiert hat, was dort ausgestellt ist, für den hat sich, wenn er es noch nicht wußte, eine neue Welt erschlossen, eine Welt schauervollen Elends und Jammers.«

Wenn nun auch damals schon das krassste Elend in der Hausindustrie durch zahlreiche private und amtliche Untersuchungen vollständig klargestellt war, so unterließen die sozialpolitischen Kreise und die Gewerkschaften nichts, um auch weiterhin die öffentliche Meinung dem Hausindustriellenelend gegenüber wachzuhalten. Die Heimarbeitsausstellungen in Berlin und Frankfurt am Main brachten neuerdings wirksames Material zu diesem traurigen Kapitel. Durch eine nachhaltige Agitation in den beteiligten Arbeiterkreisen, durch die politische Tagespresse und zahlreiche neue literarische Arbeiten wurden die Schäden der Heimarbeit beleuchtet und dringend ein gesetzgeberisches Vorgehen zum Schutz der Heimarbeiter verlangt.

Hatte sich die Gesetzgebung schon vorher als völlig unfähig erwiesen regelnd einzugreifen, so ging sie auch jetzt nur zögernd und zaghaft und im Schnecken-tempo vor. Erst 1907 wurde dem Reichstag der Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes vorgelegt. War diese Tatsache allein immerhin ein Erfolg der unablässigen Propaganda, so war doch das, was der Entwurf brachte, zu wenig, um auch nur den dringlichsten Anforderungen an einen wirksamen Heimarbeiterschutz zu genügen. In der Kommission, der der Entwurf zur weiteren Vorberatung überwiesen wurde, gelang es einige Verbesserungen durchzusetzen. Die wichtigste war der Beschluß die Lohnämter in das Gesetz mit aufzunehmen. Allein die beteiligten Unternehmer hatten wirksam vorgearbeitet. Und da ihre Interessen bei den Vertretern der Staatsregierung mehr Beachtung finden als die traurige Lage Hunderttausender von Heimarbeitern, so war es nicht weiter

überraschend, daß die Regierung durch ihre Vertreter erklären ließ, sie würde unter keinen Umständen die Lohnämter in das Gesetz aufnehmen.

Wegen des Reichstagschlusses kam seinerzeit das Gesetz nicht zustande. In dem neuen Gesetzentwurf, der dem Reichstag am 16. Februar 1910 vorgelegt wurde, fanden denn auch die Lohnämter trotz des Kommissionsbeschlusses keinen Platz. Staatssekretär Delbrück rechtfertigte dies damit, daß der Staat nicht befugt sei in den Arbeitsvertrag insoweit einzugreifen als es sich um seine Mitwirkung bei der Festsetzung der Löhne handle. Freilich lagen mittlerweile praktische Erfahrungen über diese Frage aus der Gesetzgebung anderer Staaten vor, die von sehr günstigem Erfolg zeugten. Da dieser nicht bestritten werden konnte, glitt Herr Delbrück darüber mit der vagen Bemerkung hinweg, er halte es für bedenklich Einrichtungen, die in dem einen Staat nützlich seien, ohne weiteres auf die Verhältnisse eines anders organisierten Staates zu übertragen. Aber so liegen die Dinge denn doch nicht. Anstatt sich auf die *Verhältnisse* des anders organisierten deutschen Staates hinauszureden, hätte Herr Delbrück klar sagen müssen: Wir wissen zwar, daß eine Anzahl anderer Kulturstaaten in der Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit, die Krankheiten sind und bleiben, gleichviel in welchem Staat sie vorkommen, zu wirksamen Mitteln gegriffen hat. Wir möchten auch zur Hebung unserer Volkswohlfahrt zu den gleichen Mitteln greifen. Wir dürfen es aber nicht tun, weil die im Verhältnis zu den vielen elend bezahlten Arbeitern wenigen, aber kapitalkräftigen Unternehmer es nicht wollen.

Auf dem im Jahr 1904 in Berlin abgehaltenen Heimarbeiterschutzkongreß war die Regierung nicht vertreten. Der *Bund der Industriellen* befaßte sich am 5. April 1910 auf einer Konferenz mit der Gestaltung des Heimarbeiterschutzes. Anwesend waren Vertreter des Reichsamts des Innern, des preußischen Handelsministeriums und des sächsischen Ministeriums des Innern. Ist es nicht auffallend, ein wie großes Interesse die Regierungen den Unternehmerwünschen entgegenbringen, und wie wenig sie auf die jahrelang erhobenen Forderungen zugunsten der elenden, ausgebeuteten Hausarbeiter Rücksicht nehmen? Soll das Hausarbeitsgesetz ein wirkliches Schutzgesetz für die beteiligten Arbeiter werden, so muß in letzter Stunde eine wuchtige Kundgebung die dringendsten Forderungen nochmals betonen. Den Regierungen muß deutlich klar gemacht werden, daß es endlich an der Zeit ist auch die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß ein aus allen Kreisen zusammengesetzter Aktionsausschuß zum 12. Januar wieder einen Heimarbeitertag nach Berlin einberufen hat, zu dem Zweck in letzter Stunde die Wünsche und Forderungen, die die Heimarbeiter und ihre Freunde an die Gesetzgebung haben, noch einmal zum offenen Ausdruck zu bringen.

Die Art der Forderungen und ihre Berechtigung in den *Sozialistischen Monatsheften* näher zu beleuchten kann ich unterlassen, weil dies gerade hier oft bereits geschehen ist. Auch in den Kreisen der bürgerlichen Sozialreformer mehrt sich der Unwille über die Unfruchtbarkeit der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung. Professor Dr. Robert Schachner brachte in einem Artikel der *Sozialen Praxis* wertvolles Material über die wirksame Tätigkeit der Heimarbeitslohnkommissionen in Australien und England. In Australien wird diese Institution da, wo sie eingeführt ist, von allen Parteien des Landes als die beste,

zweckmäßigste, ja für die Heimarbeit als die allein rettende Tat gepriesen; selbst die australischen Unternehmervereinigungen, die sich wie die unseren sonst gegen allen sozialpolitischen Fortschritt wehren, haben sich völlig mit dieser Einrichtung abgefunden und können ihr nach mehr als 12jährigem Bestand keine ungünstige Beeinflussung der Produktion nachweisen, so sehr sie diese auch einst geweissagt haben. Schließlich klagt Professor Dr. Schachner aber bitter:

»Es war wohl kaum zu erwarten, daß bei uns so bald die Initiative zu solcher Gesetzestat ergriffen würde. Dafür ist die deutsche Sozialpolitik zu zaghaft geworden. Ist ja doch keinem Sozialpolitiker fremd, daß wir auf manchen Gebieten der Arbeiterschutzgesetzgebung in den letzten Jahren nicht nur von England sondern vor allem auch von der Schweiz, aber auch von Österreich und Italien überflügelt worden sind. Vieles, was dort mit Mut begonnen und mit Glück durchgeführt wurde, gilt bei uns als noch nicht spruchreif.«

Ohne einen Eingriff in die Lohnfrage ist aber eine Heimarbeitsgesetzgebung wertlos. Darüber wird der Kongreß in einmütiger Kundgebung jedenfalls keinen Zweifel aufkommen lassen. Wichtig ist es, daß sich diesmal alle Arbeiterorganisationen an dem Kongreß beteiligen werden. Dadurch wird der einheitliche Charakter der Kundgebung erhöht, und die Regierung und die Parteien werden gezwungen offen Farbe zu bekennen, ob sie den Willen haben ein Gesetz zu schaffen, das den Namen eines Schutzgesetzes verdient.

Nach der Einladung des Aktionsausschusses wird das Hauptthema des Kongresses die Gestaltung des Hausarbeitsgesetzes bilden. Sicher ist dies auch der wichtigste Gegenstand. Aber nicht minder bedeutungsvoll erscheint es, wenn im Anschluß daran eine andere Frage ebenfalls behandelt wird, nämlich die rechtliche Stellung der Hausarbeiter in der Versicherungsgesetzgebung. Auch hierüber hat der Heimarbeiterkongreß von 1904 beschlossen. In der einstimmig angenommenen allgemeinen Resolution wurde die Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditäts- und Unfallversicherungsgesetze auf die gesamte Heimarbeit (Hausindustrie) verlangt; außerdem wurde einer Resolution ohne Debatte zugestimmt, die von dem Bundesrat forderte, daß er unverzüglich und in umfangreichem Maß von den ihm zustehenden Befugnissen der Ausdehnung der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung auf alle Zweige der Hausindustrie Gebrauch machte.

Der Bundesrat hätte alle Veranlassung gehabt von seinen ihm in der Versicherungsgesetzgebung eingeräumten Befugnissen auch ohne einen solchen Anstoß Gebrauch zu machen. Denn zahllose arme Lohnarbeiter der Hausindustrie sind um ihre schmalen Renten gekommen, obwohl sie jahrelang Beiträge leisteten, weil die obersten Rechtsprechungsinstanzen sie schließlich als nicht versicherungspflichtige *Hausgewerbetreibende* erklärten. Eingehendes Material zu dieser Frage ist wiederholt in diesen Heften erschienen.¹⁾ Der Bundesrat hat sich aber nicht gerührt, um auch die Hausgewerbetreibenden allgemein versicherungspflichtig zu machen. Der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung bringt auch keine befriedigende Lösung dieser äußerst wichtigen Materie. In der Krankenversicherung sollen die Hausgewerbetreibenden der Versicherungspflicht unterstellt werden. Dagegen will die Regierung in der Invalidenversicherung den bisherigen unhaltbaren Zustand beibehalten. Es soll auch in

¹⁾ Siehe unter anderen meinen Artikel *Rechtlose Hausarbeiter in den Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 996 ff.

Zukunft dem Bundesrat die Befugnis eingeräumt werden darüber zu entscheiden, welche Hausgewerbetreibende versicherungspflichtig zu machen sind. Auf Seite 389 der Begründung zur Reichsversicherungsordnung wird ausgeführt, daß die Notwendigkeit die Invalidenversicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden auszudehnen nicht bestehe, denn »die Hausgewerbetreibenden würden dabei durch zweifache Beitragsleistung belastet, was mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage vermieden werden muß«. In Wirklichkeit handelt es sich aber auch hier wieder um die Rücksichtnahme auf die Unternehmerwünsche. Die Tatsachen auf den Kopf stellen heißt es aber, wenn auf Seite 81 der Begründung von der einheitlichen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts in der Invalidenversicherung geschrieben wird, die vollständig zugereicht habe. Richtig ist vielmehr, daß es von dem Zufall vielfach abhängt, ob ein Lohnarbeiter der Hausindustrie zu den versicherungspflichtigen Heimarbeitern oder zu den nichtversicherungspflichtigen Hausgewerbetreibenden gerechnet wird. Darüber sind genügend Erfahrungen gesammelt worden.

Es verlohnt sich also, daß der Heimarbeitertag auch Stellung zu den Forderungen der Hausarbeiter bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung nimmt. Eine einheitliche Willenskundgebung dürfte wohl auch vor der Verabschiedung dieses Gesetzes von Bedeutung sein.

XX

MAX SCHIPPEL · DER AUSGANG DER ENGLISCHEN WAHLEN



BER die Wahlen im Vereinigten Königreich ist zunächst zu sagen, daß sie so gut wie gar keine Verschiebung in den parlamentarischen Machtverhältnissen gebracht haben.

Bei den nationalistisch-unabhängigen Iren verstand sich, etwa ähnlich wie jahrzehntelang bei unserm Zentrum, die Wiederkehr in gleicher Kopfzahl von vornherein ganz von selber. Die *Homeruler* hatten, seit den großen Gladstoneschen *Homerulcanläufen*, bei den sich folgenden Wahlen Abgeordnete durchgebracht: 1886 85, 1892 81, 1895 82, 1900 82, 1906 83, Anfang 1910 82, Ende 1910 wiederum 84. Daran etwas ändern zu wollen kam auch diesmal niemandem ernstlich in den Sinn. Dagegen fürchtete man in den Kreisen der Arbeiterpartei vielfach, hauptsächlich infolge der Weitergeltung der alten Wählerlisten, eine gewisse Überrumpelung. In Arbeiterwahlkreisen soll die Zahl der während eines Jahres verzogenen, nur schwer und darum mit ziemlichem Geldaufwand wiederfindbaren Wähler gar nicht selten 30 bis 40 % der Wahlberechtigten betragen. Um so größer war die Freude über den Zuwachs von 2 weiteren Sitzen: statt 40 Vertretern, wie nach den Januarwahlen, zählt man jetzt 42. Kommen wir nun zu den beiden großen kompakteren Parteien, so haben sie, Liberale wie Unionisten, mit geradezu lächerlich pedantischer Genauigkeit Gewinne und Verluste ausgeglichen. Jede Partei verfügt über 272 Mitglieder, während im vorzeitig verschiedenen Parlament eine jede über 274 Mandate gebot. Das dürfte als Unikum in der Wahlgeschichte aller Länder dastehen. Aber die Liberalen machen zunächst gute Miene zu dem verzwickten Spiel: Rechnet man ihnen Iren und Arbeiterpartei hinzu, so haben sie die Mehrheit nicht verloren; sie besitzen sogar

statt einer Mehrheit von 122 eine solche von 126. Das scheint zunächst die Hauptsache, und deshalb könnte man wohl zufrieden sein.



ER nähern Zusehen stellt sich indes die letztjährige Entwicklung des englischen Liberalismus wirklich als keine glänzende dar. 1906 waren die Liberalen zu 376 Mandaten aufgestiegen. Als Asquith dann 1908 die Erbschaft Campbell-Bannermans als Premierminister antrat, hatte sich das Bild im wesentlichen nur rein äußerlich etwas verschoben, nämlich deshalb, weil die Bergarbeitervertreter, die bisher einfach als Liberale zu rechnen waren, offiziell der besondern Arbeiterfraktion sich angeschlossen. Hinter Asquith standen also 364 Liberale, 83 Iren und 55 Arbeiterparteiern, zusammen 502 Abgeordnete, während die Unionisten trotz ein paar günstiger Nachwahlen noch immer auf 168 Abgeordnete zusammengeschumpft blieben. Dies schien die denkbar glatteste Erledigung aller parlamentarischen Aufgaben zu verbürgen, bis am 30. November 1909 das Oberhaus die Finanzbill verwarf und dadurch die ersten Neuwahlen, zur Entscheidung über die ganze aufgerollte Oberhausfrage, nötig machte.

Oder ist die Oberhausfrage vor die Wähler etwa erst diesen letzten Dezember gebracht worden? Die Resolution, die das vorletzte Unterhaus, gleichsam als Wahlparole, am Tag vor seiner Auflösung mit 349 gegen 134 Stimmen annahm, ging dahin, daß das Oberhaus durch seine Weigerung die Finanzvorschläge zum Gesetz zu erheben sich eines Bruchs der Verfassung und einer Usurpation der Unterhausrechte schuldig gemacht hätte. Der Premierminister und seine nächsten politischen Freunde betonten vor der Eröffnung des Wahlkampfs (des vorletzten Wahlkampfs) ganz unzweideutig, daß ein Bleiben im Amt nur denkbar sei, wenn die Wahlen ein für allemal mit allen solchen Übergriffen der Lords aufräumten. Am 16. Dezember 1909 führte Asquith programmäßig in der *Albert Hall* aus:

»Wir werden die Regierung nicht übernehmen und nicht behalten, es sei denn, wir vermögen Garantien zu schaffen, die nach den gemachten Erfahrungen für die gesetzgeberische Wirksamkeit und die Ehre der Partei des Fortschritts unentbehrlich erscheinen.«

Der Lordkanzler versicherte gleichfalls:

»Nach meiner Meinung ist es ganz unmöglich, daß irgendeine liberale Regierung nochmals die schwere Bürde der Geschäftsleitung auf sich nimmt, bevor sie vor der Wiederkehr einer solchen Behandlung gesichert ist, wie man sie während der letzten 4 Jahre unseren Maßnahmen zuteil werden ließ.«

Endlich der Schatzkanzler Lloyd George:

»Ich für meinen Teil würde keine Stunde länger Mitglied eines liberalen Kabinetts bleiben, wenn ich nicht wüßte: das Kabinett ist entschlossen nach den nächsten Wahlen auf das Amt zu verzichten, falls es nicht die Vollmacht erhält Maßnahmen zum Gesetz des Reiches zu erheben, die eine Beschränkung des Vetorechts verbürgen.«

Die Neuordnung des Verhältnisses zwischen den beiden Kammern, nicht bloß die Durchdrückung des abgelehnten Budgets, wurde also schon damals als das Ziel der Auflösung geflissentlich hervorgekehrt. Ganz zweifellos hielt man die Hervorhebung dieser mehr formalpolitischen konstitutionellen Aufgabe für ein gutes Mittel die offensichtlich immer gefährlicher werdende Parole der Unionisten: die Tarifreform, die Neugestaltung der Handels- und im gewissen Sinn auch der Kolonialpolitik, mehr in den Hintergrund zu drängen und sich so auf 5 Jahre den Fortbestand der liberalen Verwaltung zu verschaffen.

Man erinnert sich, wie entmutigend das Ergebnis vor einem Jahr war. Die 364

liberalen Mandate schmolzen auf 275 zusammen, die konservativ-unionistischen Mandate erhöhten sich von 157 (bei den Hauptwahlen von 1906) auf 273. Es war zwar kein vollständiger Wiederumschlag nach der andern Seite, aber es war immerhin ein gewaltiger Landrutsch, eine ungeahnte Schmälderung der ganzen Parteigrundlage für die parlamentarische Tätigkeit. Es gab jetzt nur noch eine Koalitions-, eine Blockmehrheit, und selbstverständlich ist eine gleichartige Mehrheit, die auf einheitlichen Interessen und Anschauungen beruht, immer stärker als eine Majorität, die, in sich vielfach auseinanderstrebend, nur durch Feilschen, Zugeständnisse und Kompromisse und durch die Furcht vor dem noch größern Übel auf Zeit und für bestimmte Fragen zusammengehalten wird.

Gerade in dem Oberhausstreit bereiteten die Iren und die Arbeitervertreter nicht die geringsten Schwierigkeiten; im Gegenteil, hier trieben sie sogar noch vorwärts. Warum man dennoch zu zögern und mit unionistischen Vertrauensmännern in geheimer Konferenz zu unterhandeln begann, braucht nicht wiederholt zu werden. Zu Vorwürfen darüber mag auch weiter kein Anlaß vorliegen. Doch da die Konferenz scheiterte, und da man die Vollmacht zur Oberhausumgestaltung sich schon bei der vorigen Wahl geholt hatte, warum unterblieb abermals jede selbständige Inangriffnahme? Warum die nochmalige Auflösung, wenn man eben nicht auf eine ganz einschneidende Korrektur des letzten, verblüffend ungünstigen Wahlergebnisses hoffte? Und wenn diese Hoffnung wiederum so kläglich zusammenknickte, so wird man wahrlich nicht von liberalen Erfolgen sondern eher von der überraschenden Widerstandskraft und Stärke der unionistischen Bewegung sprechen müssen, deren Aufschwung vor einem Jahr vielen ein flüchtiger Augenblickszufall zu sein schien.



WIE weit ist aber unionistische Stimmenabgabe gleichbedeutend mit einer Erklärung für Tarifrreform? Das ist es, was das Ausland und gerade uns Deutsche besonders interessiert. Es ist nicht so einfach sich darüber ein Urteil zu bilden, weil jeder auf eine augenblickliche Sonderfrage zugespitzte Wahlkampf naturgemäß die dauernden Bestimmgründe der Parteisecheidung nicht so voll zur Geltung kommen läßt wie dies bei normalen Wahlen geschieht, bei denen der fremdartige momentane Einschlag mehr zurücktritt. Zum dauernden Bestimmgrund der Parteidifferenzierung ist jedoch in England mehr und mehr die handelspolitische Stellungnahme, der Freihandel und die Tarifrreform, geworden. Wie Balfour vor den Wahlen von 1906 an Chamberlain schrieb: »Ich bin der Meinung, daß die handelspolitische Reform die wichtige positive [konstruktive] Aufgabe der unionistischen Partei sein und bleiben muß.« Jedenfalls kann man sagen, daß auch diesmal seitens der Unionisten mit den handelspolitischen Absichten nicht hinter dem Berg gehalten worden ist. Noch ehe die Auflösung ausgemachte Sache war, nahm die Jahreskonferenz der *National Union of Conservative and Constitutional Associations*, unter dem Vorsitz Chaplins und mit Billigung Chamberlains, nachstehende Resolution an, die im Wortlaut wiedergegeben sei, weil sie die Ziele der *Fiscal Reform* knapp und scharf zusammenfaßt:

»Der Nationalverband der konservativen Vereine geht von der Anschauung aus — und die neuerdings abgeschlossenen Verträge zwischen Kanada und fremden Staaten bestärken ihn darin —, es sei von täglich wachsender Wichtigkeit die schöpferische Politik der konservativen und unionistischen Partei in erster Linie auf die Reform der herrschenden Handelspolitik zu richten und zwar unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Herstellung von Zollbevorzugungsübereinkommen mit den Kolonien und Sicherung weiterer Vorteile für britische Produzenten und Arbeiter über fremde Konkurrenten auf den kolonialen Märkten;
 2. Stärkung unserer Position bei Verhandlungen über die Zulassung zu fremden Märkten;
 3. Schutz unserer großen produktiven Erwerbszweige gegen unlautere Auslandskonkurrenz;
 4. Erweiterung der Quellen unserer Staatseinnahmen.
- Zur Erreichung dieser imperialen [reichsfördernden] Ziele gehört vor allem die Niederlage der heutigen Regierung und ihre Ersetzung durch eine andere, die für Gegenseitigkeitsbevorzugung mit den Kolonien eintritt, noch ehe die nächste Kolonialkonferenz stattfindet.«

In der selben Stadt wiederholte Balfour zur gleichen Zeit dieses Programm in öffentlicher Versammlung. Ein paar Tage darauf schrieb Chamberlain an seine Wähler in Birmingham:

»Die andere große Frage [neben der des Ein- oder Zweikammersystems] ist die Tarifreform. Die Zollreform ist nun bereits ein paar Jahre vor dem Volk, und ich bin mehr denn je davon überzeugt, daß dieser Umschwung im Interesse der englischen Wirtschaft notwendig geworden ist. Wie man auch über unsere früheren Erfahrungen mit dem System der Freieinfuhren¹⁾ urteilen möge, heute sind seine vorteilhaften Wirkungen zweifellos erschöpft, und die Erfolge der von den anderen Staaten und von unseren eigenen Kolonien eingeschlagenen Handelspolitik sind derart, daß sie uns zur Nachfolge ermuntern. Dies wünscht, wie ich glaube, auch die große Masse unseres produktiv tätigen Volkes, und die Gelegenheit zur Nachprüfung unseres Fiskalsystems ist jetzt gegeben. Von den jetzt fälligen Entscheidungen hängt das Gedeihen des Landes, die Wohlfahrt der Bevölkerung und die Einheit des Gesamtreichs ab.«

Wenn unter solchen Umständen die Unionisten im Dezember ihren unerwartet starken Aufschwung vom vorigen Januar den Mandaten nach festhielten und der Stimmenzahl nach sogar verstärkten, so beweist das, wie tief erschüttert im Grunde die alte Freihandelspolitik selbst in ihrem Geburtsland ist. Daß in knapp einem Jahr Wunder an Neubekehrungen zu verzeichnen sein würden, war selbstverständlich von vornherein nicht anzunehmen. Um so mehr nicht als der gute Geschäftsgang überall und jederzeit die Neigung zu handelspolitischen Neuerungen abzuschwächen pflegt, in Schutzzoll- wie in Freihandelsstaaten.

FINDLICH noch ein paar Bemerkungen über die Arbeiterpartei. Ein Grund deren Erfolge und Bestrebungen zu verkleinern, wie leider wieder einmal in einem Teil der deutschen sozialdemokratischen Presse geschehen, liegt kaum vor. Andererseits kann man freilich durchaus nicht von einem unaufhaltsamen proletarischen Siegeslauf reden. 2 Mandate mehr, bei sonstigem allgemeinem Stillstand der Parteien, sind zweifellos nicht zu verachten. Aber umgekehrt wie bei den Unionisten waren, wie man nicht übersehen darf, die vorigen Wahlen ein starker Rückschlag gegen 1906 gewesen. Damals, 1906, hatte man, die erst später der Fraktion formell angeschlossenen Arbeitervertreter mitgerechnet, 54 Mandate erlangt, 1910 nur 40, nunmehr sind es wenigstens wieder 42. Immerhin ist man hinter dem Stand von 1906 bis 1909 noch zurückgeblieben. Die im engern Sinn sozialdemokratischen Organisationen haben überhaupt keinen Vertreter durchzubringen vermocht. Statt 11 Kandidaten, wie im Januar 1910, waren diesmal nur 4 aufgestellt, nämlich Grayson, der einzige früher gewählte Sozialdemokrat, in Lambeth-Kennington, Hyndman in Burnley, Irving in Rochdale, Shaw in

¹⁾ Bloße Freieinfuhr im Gegensatz zum wirklichen vollen Freihandel, bei dem auch die englische Ausfuhr im Ausland auf keine Zollschranken stoßen dürfte, was bekanntlich noch nicht einmal in den englischen Kolonien (Kanada, Australien) zu erreichen war.

Battersea. Auch die *Independent Labour Party* betont in ihrem Wahlaufruf: die Arbeitslosigkeit und Not der Arbeiterklasse könne »wirksam nur« gehoben werden, »wenn Land und Kapital öffentlich geeignet und öffentlich geleitet« seien. Zum Schluß werden jedoch alle Schattierungen der englischen Arbeiterbewegung als gleichberechtigt, wenigstens für den Wahlkampf und die parlamentarische Aktion, behandelt:

»Arbeiter, gebraucht deshalb euer Wahlrecht, um alle Vorrechte zu bekämpfen und der Gerechtigkeit und Freiheit zum Sieg zu verhelfen. Gebraucht euer Wahlrecht für den Sozialismus. Gebraucht euer Wahlrecht so, daß die Kandidaten der *Independent Labour Party* und der *Labour Party* im kommenden Kampf zum Sieg gelangen und, in größerer Zahl als heute in das Parlament entsandt, neue Triumphe für die Sache des Volkes erringen mögen.«

Abgeordnete der *Independent Labour Party* zählen wir unter den Arbeitern 8: Keir Hardie, MacDonald, Snowden, Clynes, Parker, Jowett, Lansbury, Richardson.

Das Manifest des parlamentarischen Komitees der *Trade Unions* ist gleichfalls bemerkenswert. Einen sehr breiten Raum nimmt zunächst die Kritik der Lords ein. Dann wird eine energische Unterstützung der Kandidaten der *Labour Party* empfohlen. Wo diese nicht in Frage kommen, solle man nur solchen Bewerbern die Stimme geben, die sich verpflichten für die Forderungen der Gewerkschaften einzutreten. Davon werden unter anderen aufgeführt: Beseitigung des Osborneurteils, der Arbeitslosenentwurf der *Labour Party*, die Kostenlosigkeit der Erziehung von der Volksschule bis zur Universität, die Reform des Armengesetzes nach dem Minoritätsbericht der früheren Kommission, Wahlreform und Erwachsenenstimmrecht, Diäten und Zahlung der Wahlkosten, einheitlicher Wahltag bei allgemeinen Wahlen, Achtstundentag. Man sieht, wie vorsündflutlich die Vorstellung ist, daß die englischen Gewerkschaften sich grundsätzlich von jeder politischen Betätigung fernhielten. Doch sei hier abgebrochen, weil hier noch öfter auf die politische Rolle der englischen Arbeiterbewegung zurückgekommen werden wird.

Jedenfalls geht England einer der kritischsten Perioden entgegen, sowohl nach den Problemen, die eine Lösung heischen, wie nach der Parteigruppierung, unter der die Lösung versucht werden soll.

XX

JULES LOUIS BRÉTON · DIE POLITISCHE LAGE FRANKREICHS NACH DEM EISENBAHNERSTREIK



ETZT hat also Briand im Namen der französischen Regierung die Gesetzentwürfe vorgelegt, die bei der Bildung des neuen Ministeriums angekündigt waren, und die bestimmt sind weitere Eisenbahnerstreiks zu verhindern. Diese 3 Gesetzentwürfe, die gleichzeitig mit einem Gesetzentwurf über die rückwirkende Kraft der Pensionierung der Eisenbahnbeamten eingebracht wurden, haben die Unterdrückung der Sabotage, die Sicherheit der Züge, die Rechtsverhältnisse der Eisenbahnbeamten und die friedliche Beilegung kollektiver Arbeitskämpfe im Berufsinteresse der Angestellten zum Gegenstand. Dieser letztere, der bei weitem wichtigste Entwurf, sieht die Einrichtung einer Schlichtungskommission vor und setzt ein obligatorisches Schiedsgericht ein; er läßt implizite das Verbot des Streikrechts für die Angestellten zu, ohne jedoch für die Streikenden eine andere Strafe als die

Kündigung festzusetzen. Die Entwürfe haben von allen Seiten lebhaft Kritik hervorgerufen. Da sie verschiedenen parlamentarischen Kommissionen zur Beratung überwiesen sind, so wird es sicherlich längere Zeit dauern, bis sie zur Verhandlung vor die Kammer gelangen werden, und wahrscheinlich wird die Regierung, die die Initiative ergriffen hat, nichts tun, um die Sache zu beschleunigen.

Ich will hier in keine Kritik der Vorlagen eintreten. Ich will vielmehr nur die Vorgänge beleuchten, die zu der politischen Situation geführt haben, aus der heraus diese gesetzgeberischen Versuche entstanden sind. Auf diese hat gerade der Eisenbahnerstreik eine starke unmittelbare Wirkung ausgeübt.

Nicht ohne Beängstigung waren alle, denen das Gedeihen und die Zukunft des Landes am Herzen liegt, den Wechselfällen jener großen Arbeiteraktion gefolgt, und freudig vernahmen sie den von dem Streikkomitee einstimmig gefaßten Beschluß, der dieser Bewegung, die länger als eine Woche das soziale Leben der ganzen Nation erschüttert hatte, ein Ende machte. Von vornherein war es klar gewesen, daß dieser Streik keine lange Dauer haben konnte. Aber es stand zu befürchten, daß ohne diese weise Maßregel die Bewegung sich in die Länge ziehen, und die Eisenbahner nur ganz allmählich, nur Gruppe für Gruppe ihre Arbeit wieder aufnehmen würden. Notwendigerweise hätte sich dadurch die Zahl der Opfer vermehrt, denn die zuletzt Streikenden wären unfehlbar entlassen worden. Außerdem wäre durch die dann unvermeidlich unter den Arbeitern entstehenden Spaltungen der Gewerkschaftsbewegung der furchtbarste Schlag versetzt worden. Wie es sich nun auch damit verhalten mag, jedenfalls kann man, nachdem der Streik so glücklich wie es nur möglich war zum Abschluß gekommen ist, dieses bedeutsame soziale Ereignis ruhig und leidenschaftslos prüfen, und die notwendigen Folgerungen daraus ziehen.

Vorerst ist nun das eine festgestellt worden, das nicht mehr bezweifelt werden kann: nämlich, daß ein Streik der Eisenbahner heutzutage in der Tat möglich ist, daß die Organisation der Eisenbahner schon jetzt genügend gefestigt ist, um an einem Tag durch das Einstellen des Eisenbahndienstes das ganze soziale Leben des Landes zu unterbinden. Die Bedeutung dieser Tatsache liegt auf der Hand, und ihre wirtschaftlichen Konsequenzen sind von größter Wichtigkeit. Alle die, die den sozialen Fortschritt in Ruhe und Frieden suchen, die dem Volk unnütze Leiden ersparen wollen, die die Gewalt nicht um ihrer selbst willen lieben und das Heil der Menschheit nicht von einer Katastrophe erwarten, müssen dringend wünschen, daß Mittel gefunden werden, um die Wiederholung eines solchen Ereignisses ohne absolut zwingenden Grund unmöglich zu machen. Welche Schritte können aber zu solchem Ziel führen? Liegt das Heil in Zwangsmaßnahmen gegen die Eisenbahner, wie manche sie fordern? Soll ihnen durch die Gesetzgebung das Streikrecht, ja sogar das Koalitionsrecht entzogen, soll die Gewalt des Gesetzes der Gewerkschaft entgegengesetzt, die Freiheit der Gewerkschaften beschränkt, die von den Arbeitern schon erkämpften Rechte geschmälert werden? Das wären kleinliche Maßnahmen, die zudem gänzlich unwirksam und in der Praxis höchst gefährlich sein würden. Das hieße wie ein unkluger und naiver Heizer handeln, der die Sicherheitsventile seines Kessels aus Furcht, daß sie schmelzen, verstopft. Eine Zeitlang könnte es vielleicht so gehen, aber furchtbar wäre dann, unwiderstehlich die Explosion.

Der Streik ist nicht allein ein ins Gesetzbuch geschriebenes Recht, er ist vor allem auch ein Naturrecht, das man sich trotz aller gesetzlichen Verbote nimmt, wenn man erst stark genug ist davon Gebrauch zu machen. An dem Tag, an dem Eisenbahner einmütig entschlossen wären ihn zu proklamieren, würde ihnen niemand das Recht dazu rauben können. Nicht durch Hemmung der naturnotwendigen sozialen Entwicklung kann man die sie begleitenden Erschütterungen vermeiden. Das einzig wirksame Heilmittel, das einzige Mittel einer Wiederholung der traurigen und beklagenswerten Ereignisse vorzubeugen, die einzige Lösung des durch den Eisenbahnerstreik aufgeworfenen Problems ist ein beschleunigtes Tempo des wirtschaftlichen Fortschritts und der Sozialreform. Statt die gewerkschaftliche Freiheit zu beschränken muß man die Organisation der Arbeiter fördern. Wenn die organisierten Arbeiter sich manchmal zu Ausschreitungen hinreißen lassen — wobei man den Mut haben muß sie auch als solche zu bezeichnen —, wenn sie in bedauernswerte Übertreibungen verfallen, so geschieht das deshalb, weil sie nur eine schwache Minderheit der Arbeiterklasse umfassen. Wenn die *Confédération générale du Travail* so oft den abschüssigen Weg der Gewalt und der Anarchie beschritten hat, so ist das deshalb geschehen, weil sie nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft repräsentiert. In dem Maß wie die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterklasse sich entwickelt und ausbreitet, wird sie auch klüger werden, und zugleich mit ihrer Macht und Stärke wird auch ihre Vorsicht und Besonnenheit wachsen. Wenn man den Arbeiter vor Überanstrengung schützt, ihn für seine Mühe genügend entschädigt, seine praktischen Kenntnisse bei der Leitung des Unternehmens verwertet, so macht man aus ihm einen gleichberechtigten Faktor, der direkt an dem guten Gang seiner Industriemaschine interessiert ist. Wird dieser Weg mit Entschlossenheit beschritten, so wird man immer weniger Konflikte zu befürchten haben, die für das nationale Gedeihen unheilvoll sind, so wird man nicht mehr die schrecklichen, durch ihre Naivetät und Gedankenlosigkeit erschreckenden Gewaltakte der Sabotage erleben. Die Lösung dieses ersten sozialen Problems liegt also nicht im Zurückschreiten, in der Reaktion, sondern im kräftigen Vormarsch der Zukunft entgegen, in der Beschleunigung des sozialen Fortschritts. Keine gelehrte Abhandlung wäre imstande dies besser zu beweisen als die Ansichten, die einer der Hauptführer des Streiks in einem Brief ausgesprochen hat, den er einige Zeit vor dem Streik an den Sekretär des Gewerkschaftskomitees der Nordbahn gerichtet hatte. Nachdem er dargelegt hatte, daß die Eisenbahngesellschaft eine ziemlich große Anzahl Arbeiter aufgebessert, und daß sich unter diesen Arbeitern das Gerücht verbreitet hätte, daß eine allgemeine und progressive Lohnerhöhung bevorstände, beweist er in seinem Brief, daß dies notwendig ein Todesstreik für die Idee des Streiks sein würde. »Du kannst dir denken«, schreibt er, »welchen Dämpfer diese Nachrichten der schon fortschreitenden Entwicklung aufgesetzt haben. Wirklich, wir haben eine Dummheit gemacht, daß wir den Streik nicht schon im Juli beschlossen. Wenn die Gesellschaft offiziell einige Verbesserungen ankündigt, so ist es um die Bewegung hier geschehen.« Und er fügt hinzu, daß er, »dem es nicht auf augenblickliche Verbesserungen sondern auf die Umwandlung einer verfaulten Gesellschaft ankommt«, über diese Lage der Dinge außer sich sei, denn er betrachte »die Bewegung der Eisenbahner als einen Befreiungskampf der Arbeiterklasse und als ein neues Aufblühen der *Confédération générale du Travail*«. Ohne mich bei dieser merk-

würdigen Auffassung aufzuhalten, die die augenblicklichen Verbesserungen fürchtet, weil sie imstande sind den revolutionären Drang der Arbeiterklasse abzustumpfen, habe ich nur dieses bezeichnende, in vollster Aufrichtigkeit ausgesprochene Geständnis eines der Hauptorganisatoren der Bewegung hervorheben wollen. In seinem heißen Wunsch den Ausbruch des Streiks zu sehen fürchtete er nur eines: daß die Eisenbahngesellschaft einige Forderungen der Arbeiter bewilligen würde. Ihn erschreckten weder die Drohungen mit Kündigung und Entlassung noch die Mobilisierungspläne noch die Zwangsmaßregeln, denn er wußte sehr wohl, daß das alles zur Zeit einer großen Massenbewegung die Geister nur noch mehr erregen, die Leidenschaften entflammen, die Ereignisse beschleunigen und das Solidaritätsgefühl der Arbeiter entwickeln kann. Aber was er fürchtete, was seiner Ansicht nach die Vorbereitung zum Streik augenblicklich zu hemmen, seinen Ausbruch vollständig unmöglich zu machen imstande wäre, das war, daß die Eisenbahngesellschaften guten Willen zeigen, ihre Absicht ausdrücken würden aufrichtig und ehrlich die Forderungen der Arbeiter zu prüfen und den Wunsch merken ließen eine sie teilweise befriedigende Abmachung mit ihnen zu treffen.

Zuerst beweist das, daß die Eisenbahnerbewegung in ihren Anfängen wesentlich einen gewerkschaftlichen Charakter trug, und daß die Arbeiter, wenigstens in ihrer großen Masse, durchaus nichts anderes als eben nur eine augenblickliche Besserung ihrer in jeder Hinsicht verbesserungsbedürftigen Lage erlangen wollten. Gewiß ist es möglich, daß eine ganz kleine unruhige und rührige Minderheit sich vorgenommen hatte diese Gewerkschaftsaktion für ihre politischen und revolutionären Pläne auszunutzen; aber, die zu ihr gehörten, hatten nur dadurch Einfluß auf ihre Genossen, daß sie ihre Zwecke sorgfältig unter einer ausschließlichen Verbands- und gewerkschaftlichen Tätigkeit verbargen. Ferner und vor allem beweist das, daß es zur Vermeidung des Streiks genügt hätte, wenn die Eisenbahngesellschaften eine auch nur einigermaßen versöhnliche Haltung eingenommen und versucht hätten bis zu einem gewissen Grad die Forderungen zu erfüllen, deren Berechtigung und Gesetzlichkeit niemand zu bestreiten gewagt hat. Um künftig das Unheil zu verhindern, das ein neuer Eisenbahnerstreik heraufbeschwören könnte, genügt es also den Arbeitern, ohne ihre Freiheit anzutasten, den ihnen zukommenden gesetzlichen Schutz zu gewähren, den sie vom Parlament zu verlangen berechtigt sind. Durch das von Millerand so lange empfohlene Gesetz über obligatorische Schiedsgerichte muß ihnen die Sicherheit gegeben werden, daß ihre Forderungen nicht mehr systematisch beiseite geschoben sondern auf ihren Wunsch nach allen Regeln einem kompetenten und unparteiischen Gerichtshof unterbreitet werden. Das ist die logische und wirksame Lösung des Problems, das der Eisenbahnerstreik dem Parlament gestellt hat, eine Lösung, die, ohne die demokratischen und republikanischen Prinzipien irgendwie zu verletzen, genügen würde derartige der Zukunft des Landes und der Entwicklung der Zivilisation so verderblichen Konflikte praktisch unmöglich zu machen.

Eine so ernste Störung dieser Streik in Handel und Industrie hervorrief, einen so mächtigen Widerhall fand er in der allgemeinen Politik Frankreichs. Zweifellos hat er in die Gewohnheiten und die Bequemlichkeit vieler Leute mehr oder weniger störend eingegriffen, hat er anderen empfindliche Verluste beigebracht

und so direkt oder indirekt eine bedeutende Anzahl von Menschen getroffen und eine noch größere erschreckt, auf diese Weise also überall Unzufriedenheit verursacht und eine Reaktion gegen die Arbeiterklasse, gegen die gewerkschaftliche Bewegung und den Sozialismus im allgemeinen hervorgerufen. Die Haltung mancher Sozialisten trug nicht wenig dazu bei diese rückschrittliche Bewegung zu verschärfen. So hörten Hervé und seine Freunde, alles Mitglieder der Partei der geeinigten Sozialisten, nicht auf in ihrem Blatt zu den schlimmsten Gewalttätigkeiten aufzureizen; sie ermutigten zur Sabotage, forderten die Eisenbahner auf das Eisenbahnmaterial betriebsunfähig zu machen, die Schienenwege zu zerstören und die Telegraphen- und Telephondrähte zu zerschneiden. Die anderen, gemäßigeren und verständigeren Sozialisten, die im Grunde diese Art der Propaganda mißbilligten, die Gewalttätigkeiten beklagten und über diese ebenso unzulässige wie ungewohnte Handlungsweise empört waren, hatten meist nicht den Mut dies laut zu erklären, die Arbeiter zu warnen und ihnen die ganze Gefahr solcher Kampfmethoden zu zeigen. Außerdem war die Form, in der vor der Kammer die Mehrzahl der sozialistischen Abgeordneten ihre berechnete Kritik gegen die Haltung der Regierung kleidete, derart, daß sie nicht nur der Bedeutung und der Wirkung dieser Kritik Abbruch tat sondern auch im Parlament wie im Land den schlechtesten Eindruck machte. Gewiß rechtfertigte die Haltung der Regierung, besonders die des Ministerpräsidenten, den Inhalt, wenn auch nicht die Form dieser Angriffe. Gewiß machte die Vergangenheit Briands die Rücksichtslosigkeit seiner Repressalien empörend. Durch ihr maßlos heftiges Vorgehen aber erreichten die Sozialisten nur, daß sie den Eindruck ihrer vortrefflichen Argumente selbst zerstörten und alle gegen sich aufbrachten, die von dem Eisenbahnerstreik betroffen oder erschreckt waren. Die sozialistische Fraktion trieb die Ungeschicklichkeit sogar so weit, daß sie durch den Genossen Guesde in ihrem Namen den ganz und gar verfehlten Antrag einbringen ließ den Ministerpräsidenten in Anklagezustand zu versetzen. Und da ich meine Unterschrift und Stimme zu diesem Antrag nicht gab, mußte ich aus der offiziellen geeinigten Partei austreten. Natürlich bin ich weit davon entfernt die in der letzten Zeit von Briand befolgte politische Handlungsweise zu billigen. Ich habe offen gesagt, was ich von seiner ersten *Beruhigungspolitik*, die so erfolgreich von der Rechten ausgenutzt wurde, und von seiner zweiten Offensivmethode gegen die Linke, bei der man sich nach seiner ersten zurücksehen konnte, dachte. Ich habe demzufolge nicht gezögert gegen alle Resolutionen zu stimmen, die im Verlauf der letzten Interpellationen der Regierung ihr Vertrauen ausdrückten, und eine rückschrittliche Politik zu bekämpfen, die das ganze Werk der 10. Legislaturperiode in Frage stellt. Aber den Antrag, der die Versetzung in den Anklagezustand forderte, diese törichte Kundgebung, die in der Kammer von niemandem ernst genommen wurde und nur spöttisches und höhnisches Gelächter hervorrief, habe ich als höchst lächerlich und ungeschickt betrachtet. Und ich kann versichern, daß die große Mehrheit meiner Kollegen von der Fraktion der geeinigten Sozialisten in diesem Punkt vollständig einverstanden mit mir war. Ich habe nicht einen einzigen gefunden, der nicht in Privatgesprächen den unglücklichen Einfall des Genossen Guesde streng kritisierte. Alledachten wie ich, daß nichts mehr dazu beitragen könnte die parlamentarische Tätigkeit der Sozialisten zu diskreditieren, und daß man durch solche Demonstrationen den Fortschritt am meisten hemme. Ich sprach nur laut aus, was

alle meine sozialistischen Kollegen ganz leise sagten, ich handelte, wie die große Mehrheit der parlamentarischen sozialistischen Kammerfraktion dachte.

Aus diesem leidenschaftlichen parlamentarischen Kampf möchte ich besonders einen interessanten, charakteristischen Zwischenfall hervorheben, weil er ein vorzüglicher Beweis dafür ist, daß die Sozialisten keinen ernsthaften prinzipiellen Einwand gegen die alte, allzu lange aufgegebene Blockpolitik der Linken erheben können. Dieser Zwischenfall bestätigt zu sehr die von mir stets verfochtene Meinung, als daß ich ihn übergehen könnte.

Nach der stürmischen Sitzung, in der dem sonst so besonnenen Ministerpräsidenten das unkluge und beunruhigende Wort¹⁾ entschlüpft war, versammelten sich mehr als 200 republikanische Abgeordnete von allen Fraktionen des ehemaligen Blocks der Linken und beratschlagten gemeinsam unter dem Vorsitz Cruppi, des Vorsitzenden der radikalen Linken. Alle geeinigten Sozialisten waren zugegen. Einmütig hatten sie sich dorthin begeben, ohne daß es irgend einem von ihnen eingefallen wäre sich auch nur im geringsten gegen dieses augenblickliche, aber wirksame und direkte Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien, gegen diese spontane, aber offenbare Verletzung der Beschlüsse des Amsterdamer internationalen Kongresses zu verwahren. Und doch war es die für den Augenblick rekonstituierte ehemalige Delegation der Linken, mehr noch: eine Plenarversammlung aller Fraktionen der Linken, der Radikalen, der Sozialistenschradikalen, der unabhängigen und der geeinigten Sozialisten; Guesde saß neben Caillaux, Jaurès neben Cruppi, Colly neben Pelletan. Im Namen der Sozialisten ergriffen Jaurès und Delory das Wort, und schnell kam man überein gemeinschaftlich eine Resolution einzubringen, die sich bald mit den Unterschriften von Sozialisten und Radikalen aller Nuancen bedeckte. Natürlich machte ich mir keine Illusionen, denn ich wußte wohl, wie vergänglich diese Auferstehung des alten Blocks war; aber sie bewies trotzdem, daß selbst für die intransigentesten und sektiererischsten Sozialisten keine Prinzipienfrage gegen unsere ehemalige fruchtbare Blockpolitik der Delegation der Linken angeführt werden kann. Sie bleibt also, wie ich es stets behauptet, nur eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Umstände.

Kann man nicht das, was man zu rein negativen Zwecken, um ein Ministerium zu stürzen, tun kann, auch zu Reformzwecken, zur Beschleunigung des sozialen Fortschritts, tun? Und was hat es in diesem Fall für einen Sinn zu behaupten, daß das Tischtuch zwischen Sozialisten und Radikalen vollständig und endgültig zerschnitten sei, und daß unter keinen Umständen, unter keinem Vorwand die Regierung auf die Mitarbeit und die Unterstützung der Sozialisten rechnen dürfe? Gegen das Ende des Ministeriums Combes nahmen die Sozialisten ohne jeden Grund diese intransigente Haltung an, und seit der Zeit datiert die Reaktionsperiode, in die wir täglich immer mehr hineingeraten. Da die seit jener Zeit an der Spitze stehenden Minister, ganz gleich wie ihre Haltung war, auf die Unterstützung der sozialistischen Stimmen nicht rechnen konnten, wurden sie notwendigerweise dazu getrieben den zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheit notwendigen Stützpunkt rechts zu suchen. Daher hat die Vermehrung

¹⁾ Der Wortlaut der Erklärung war folgender: „Und ich will Ihnen etwas sagen, das Sie von Ihren Sitzen aufstehen lassen wird: Wenn die Regierung kein gesetzliches Mittel gefunden hätte Herrin ihrer Eisenbahnen, also des für die nationale Verteidigung nötigen Werkzeugs, zu bleiben, wenn sie somit zur Ungesetzlichkeit ihre Zuflucht hätte nehmen müssen, nun, so hätte sie es getan.“

der sozialistischen Abgeordneten bei den letzten Wahlen die republikanische Majorität nicht, wie es normal gewesen wäre, nach links geschoben sondern sie nach rechts getrieben. Das ist das paradoxe Resultat einer sektiererischen Politik, die statt den sozialen Fortschritt zu beschleunigen ihn nur hemmen und lähmen kann. Im Parlament eine revolutionäre, aufrührerische Politik treiben zu wollen ist ein Widersinn. Wer die Naivetät besitzt zu glauben, daß der Fortschritt nur aus der Gewalt und der Revolution entspringen kann, sollte wenigstens den logischen Sinn der Antiparlamentarier haben, die, weil sie die parlamentarische Tätigkeit für unfruchtbar halten, auch an den Wahlkämpfen nicht teilnehmen wollen.

Es wäre zu wünschen, daß die geeinigten Sozialisten nach einer so langen, traurigen Erfahrung bald zur Erkenntnis der Inkonsequenz ihrer Haltung kommen möchten. Recht zahlreich waren schon die sozialistischen Abgeordneten, die ohne Zögern in der Interpellation über den Eisenbahnerstreik für den ersten Teil der von der Regierung angenommenen Resolution Raynaud stimmten und »die Sabotage, die Gewalt und den Antipatriotismus« verurteilten. Und wenn die anderen sich zurückhalten zu müssen glaubten, so erklärte doch Compère-Morel in ihrem Namen, daß man in dieser Stimmenthaltung nicht eine Billigung der Sabotage erblicken dürfe sondern einfach einen Protest gegen die mangelhafte Fassung, die zu dem Glauben veranlassen könne, daß die Eisenbahner sich solcher tadelnswerter Dinge schuldig gemacht hätten. Mit Vergnügen verzeichne ich diese Abstimmung und diese Erklärung. Inmitten vieler Übertreibungen und Ungeschicklichkeiten zeigen sie, daß es nicht unmöglich ist, daß die sozialistische Partei wieder, wie in Italien, zu einer ausschließlich reformistischen Politik, einer rein friedlichen und gesetzlichen Tätigkeit zurückkehrt. Nichts könnte mehr dazu beitragen uns endlich von der Politik des Stillstands und Rückschritts, der wir mehr und mehr verfallen, zu befreien.

Darum bleibt es aber doch wahr, daß die Schuld an der vom ersten Ministerium Briand eingeschlagenen rückschrittlichen Politik zum großen Teil an der sozialistischen Partei lag, durch deren Intransigenz es nach rechts gedrängt wurde. Dabei schien anfangs die Bildung dieses Kabinetts, das dem Ministerium Clemenceau folgte, eine Milderung der die verschiedenen Fraktionen der Parteien der Linken trennenden Rivalitäten mit sich zu bringen. Noch hat man nicht vergessen, daß an dem Tag, an dem das Ministerium sich zum erstenmal der Kammer vorstellte, im Juli 1909, nur 18 sozialistische Abgeordnete gegen die Resolution stimmten, die als Schluß der Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung ihr Vertrauen aussprach. Sie begnügten sich auch mit dieser Abstimmung, und keiner von ihnen gab seinem Mißtrauen durch eine Erklärung auf der Tribüne oder auch nur durch eine einfache kurze Unterbrechung Ausdruck. Die 29 anderen Abgeordneten der sozialistischen Fraktion vermieden es außerdem dem neuen Kabinett eine systematische Feindschaft entgegenzubringen; sie zeigten durch ihre Stimmenthaltung, daß sie die Absicht hatten sich die Zukunft vorzubehalten und geneigt waren das Ministerium zu unterstützen, wenn seine Tätigkeit es ihnen gestatten würde. Der intransigente und revolutionäre Flügel der Partei war jedoch wachsam, und schon in seiner ersten Sitzung nahm der Vorstand der sozialistischen Partei auf den Vorschlag der Seineföderation einen Antrag an, der einen formellen Tadel gegen diese Haltung der Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten enthielt.

Diese Resolution warf ausdrücklich allen Abgeordneten vor auf die ministerielle Erklärung nicht sofort mit einer Kriegserklärung geantwortet zu haben und betrachtete sogar die stille Gegenkundgebung der 18 Abgeordneten, die gegen das Ministerium gestimmt hatten, als durchaus ungenügend. Sie erklärte zudem, daß der Klassenkampf den sozialistischen Abgeordneten nicht gestatte einen Unterschied zwischen den verschiedenen bürgerlichen Regierungen zu machen. Sie müßten als unbewußte, disziplinierte Automaten systematisch gegen alle stimmen. Trotz der bessern Einsicht der Mehrzahl ihrer Abgeordneten blieb es also dabei, daß die sozialistische Partei immer tiefer in den Sumpf einer jämmerlichen Politik phrasenhafter Intransigenz und unfruchtbarer Opposition versank. Die guesdistische Richtung, die diese Politik am meisten befürwortete, warf der neuen Regierung vor allem vor 3 Sozialisten, darunter den Premierminister, unter ihren Mitgliedern zu haben. Statt eine Garantie für die Sozialisten zu sein schien diese Tatsache einen unauslöschlichen Schandfleck für das Kabinett Briand zu bedeuten, den auch die beste Richtung ihrer Politik nicht aus der Welt schaffen konnte.

Mehrere sozialistische Abgeordnete setzten diesem gefährlichen Zug zum Anarchismus wohl kräftigen, aber nicht genügenden Widerstand entgegen. Jaurès besonders machte mit gewohnter Redekunst auf die Gefahren des intransigenten Antrags der Seineföderation aufmerksam. Er erinnerte daran, daß alle ausländischen sozialistischen Parteien, nachdem sie uns die Last ihrer Intransigenz aufgebürdet, »in der Praxis viel von ihrer stolzen Haltung aufzugeben genötigt waren«. Er bezeichnete die dumme Behauptung »daß in einer bürgerlichen Periode alle Regierungen notwendigerweise in gleichem Maß Feinde der Arbeiterklasse sind«, als anarchistische These. Er setzte auseinander, daß eben das charakteristische Merkmal des Anarchismus in dem Glauben bestehe, daß die neue Gesellschaft aus der jetzigen entstehen könne, ohne sich auf sie zu stützen, während es das charakteristische Merkmal des Sozialismus sei, daß er die jetzige Wirklichkeit zum Stützpunkt nehme. Und er behauptete entschieden, daß jede Wahl- und parlamentarische Tätigkeit für das Proletariat unnütz und erfolglos würde, wenn es keinen Einfluß auf den Gang der Regierung haben könnte. Nachdem er so kraftvoll für die reformistischen Ansichten gekämpft hatte, folgte er dann aber leider wieder seiner beklagenswerten Gewohnheit und beeilte sich, um eine Niederlage zu vermeiden, den Intransigenten eine Konzession nach der andern zu machen, ohne sie natürlich dadurch zu ködern. Er ergriff das Wort nur wieder, um zu erklären, daß »niemand ihn so weit beleidigen dürfe zu glauben, daß er die geringste Sympathie oder die geringste Nachsicht für den Mann habe, der an der Spitze stehe«, und um dem Antrag der Seineföderation eine ganz identische, ganz ebenso unannehmbare Fassung entgegenzusetzen. Es war ausdrücklich darin gesagt, daß es um so nötiger gewesen sei »das Proletariat vor dem neuen Ministerium zu warnen, als die Bourgeoisie versucht verhängnisvolle Zweideutigkeiten zu schaffen, indem sie Männer gebraucht, die durch die sozialistische Partei hindurchgegangen und sie verraten haben«. Alle diese auf Kosten alter Mitkämpfer gemachten Konzessionen blieben trotzdem ganz erfolglos, und die Nachgiebigkeit Jaurès' machte den Sieg seiner Gegner nur noch mehr offenbar. Wäre es nicht seiner würdiger gewesen auf seinem eignen Boden, in offenem Kampf mit dem Gegner geschlagen zu werden? War Jaurès übrigens zu jener Zeit.

so fest überzeugt, daß die Männer, die er so einfach als Verräter bezeichnete, sich seit jener nicht zu fernen Zeit, wo sie Schulter an Schulter in der selben Partei gekämpft hatten, viel mehr gewandelt hatten als er? Er sollte sich den Anfang der 8. Legislaturperiode nach den Wahlen des Jahres 1902 ins Gedächtnis zurückrufen, jene Zeit, als auf Initiative Briands jene Reihe monatlicher Déjeuners unter uns organisiert wurde, wo sich periodisch die Abgeordneten der gemäßigten Fraktion der französischen sozialistischen Partei versammelten, und zwar unser jetziger Ministerpräsident mit seinen beiden ehemaligen Mitarbeitern Millerand und Viviani, der Marxist Gabriel Deville, der nachher, angeekelt von dem Treiben unserer Intransigenten, die Politik mit der Diplomatie vertauschte, Jaurès und ich. Damals waren wir alle vollkommen einer Ansicht über die von uns einzuschlagende parlamentarische Taktik, wir waren eifrige Anhänger der Blockpolitik der Linken, die Jaurès bald den Sitz des Vizepräsidenten der Kammer geben sollte. Wenn seitdem die politische Distanz, die diese ehemaligen Genossen trennt, sich unaufhörlich erweitert hat, liegt dies nicht ebenso sehr an den von Jaurès den Intransigenten des Guesdismus und des Hervéismus nach und nach gemachten Konzessionen als an denen, die Briand, Millerand und Viviani machten, als sie zur Macht kamen? Wenn Jaurès sich vor einem Jahr ganz aufrichtig diese Frage vorgelegt hätte, hätte er sie vor seinem Gewissen nur mit *Ja* beantworten können und so anerkennen müssen, daß er zu allerletzt den Antrag einbringen durfte, den er dem der Seinesföderation entgegenstellte. Vielleicht hätte er dann auch erkannt, daß seine Taktik der fortwährenden Konzessionen überhaupt höchst ungeschickt war, und er wäre dann endlich zur Politik der Reformen und der praktischen Verwirklichung, an der er so lange festgehalten hatte, zurückgekommen. In diesem Fall wäre es ihm leicht gewesen die große Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten um sich zu sammeln, die nicht das ganze Werk greifbarer Reformen einer halsbrecherischen Politik opfern will, die nur auf unfruchtbaren Vorbereitungen zu einem revolutionären Abenteuer mit trügerischen Resultaten beruht.

Diese reformistischen Sozialisten nehmen die parlamentarische Tätigkeit wirklich ernst und konnten daher nicht freudigen Herzens das strikte Gebot annehmen jedes Ministerium, gleichviel wie seine Zusammensetzung, seine Politik und seine Tätigkeit seien, blind zu bekämpfen. Sie hatten in vergangenen Zeiten die Kabinette Dupuy, Méline und Clemenceau bekämpft, die sie aus verschiedenen Gründen als für den sozialen Fortschritt schädlich betrachteten. Sie hatten dagegen die Ministerien Bourgeois, Waldeck-Rousseau und Combes, die die Entwicklung der Demokratie beschleunigten, unterstützt, und dies sogar oft mit Hingabe und Leidenschaft. Sie verlangten nur, trotz aller Anträge und aller Bannflüche, auch weiter nach ihrem Gewissen stimmen zu dürfen und weigerten sich alle Regierungen durch eine brutale und ungerechte Opposition nach rechts zu treiben. Wäre das geschehen, hätte man diese vernünftige und wirksame Taktik eingeschlagen, so hätte das Ministerium, wenn es an der Linken eine feste Stütze gehabt hätte, eine ganz andere Politik befolgt, und wir hätten nicht die traurigen Zwischenfälle zu beklagen gehabt, die zu der schlimmen jetzigen Lage geführt haben.

Leider scheint augenblicklich diese Lage gar keiner Verbesserung fähig. Das unter anormalen Verhältnissen gebildete neue Ministerium Briand gibt uns noch weniger Garantien als das vorige. Durch ein neues Verfahren, das in unserer

parlamentarischen Geschichte ohne Präzedenzfall ist, hat Briand seine ehemaligen Genossen, die seiner Wendung nach rechts eine Schranke setzen konnten, entfernt. Besonders Millerand und Viviani verweigerten ihre Mitarbeit an der Schaffung rückschrittlicher Maßnahmen, die nur wie eine wirkliche Provokation der Arbeiterklasse aussehen, zudem gar kein praktisches Resultat haben können. In kurzen Worten: Die seit mehreren Jahren von der sozialistischen Partei befolgte intransigente und sektiererische Haltung, der von Gewalttätigkeiten begleitete Eisenbahnerstreik, die merkwürdige und ungewohnte Form unserer letzten Ministerkrise, alle diese Ursachen haben dazu beigetragen eine anormale politische Lage zu schaffen, die für mehr oder weniger lange Zeit Frankreich einer neuen Periode des Stillstands, wenn nicht sozialer Reaktion entgegenzutreiben droht. Dennoch hege ich die feste Hoffnung, daß das Land nach dieser Zeit wieder mit vollen Kräften die Richtung auf unser sozialistisches Ideal einschlagen wird.

XX

EDUARD BERNSTEIN · DIE VOLKSWIRTSCHAFT UND DIE GEWERKSCHAFTEN

BEUTE kann über die Notwendigkeit der Gewerkschaften kaum noch gestritten werden. Selbst ein so radikaler Verfechter der Lehre vom freien Tausch wie Franz Oppenheimer erkennt ihnen mindestens so lange eine Berechtigung zu als der monopolistische Großgrundbesitz den natürlichen Arbeitslohn auf das Niveau herabdrückt, für das er den Ausdruck *Monopollohn* gewählt hat, nämlich den Arbeitsertrag abzüglich der Monopolgewinne, Profit und Rente. Und ähnlich stehen, wie sattsam bekannt, diejenigen Sozialisten den Gewerkschaften gegenüber, die an der ökonomischen Zusammenbruchstheorie und der ihr zugrunde liegenden Verelendungstheorie prinzipiell festhalten. Unbedingte Gegner der Gewerkschaften findet man nur noch unter den literarischen Agenten des extremen kapitalistischen Scharfmachtums, die für die wissenschaftliche Erörterung der Frage nicht in Betracht kommen.

Aber die Notwendigkeit der Gewerkschaften anerkennen heißt noch nicht, ihnen eine gleiche und ungemischte Wirkungskraft auf allen Gebieten zuerkennen, die ihr spezifisches Arbeitsgebiet bilden. Im sozialistischen wie im bürgerlichen Lager zeigen sich vielmehr in dieser Beziehung auch bei denen, die sich als Freunde der Gewerkschaften bezeichnen, in neuerer Zeit wieder starke Meinungsverschiedenheiten, die zur Klärung drängen. Wie wir in den Reihen der Theoretiker der Sozialdemokratie heute eine Richtung haben, die, ohne den Gewerkschaften jede ökonomische Kraft abzustreiten, doch mit mehr oder weniger folgerichtiger Argumentierung auf die alte pessimistische Auffassung zurücksteuert, so hat der Gewerkschaftsoptimismus, wie man die von Brentano und dessen Schule verfochtene Theorie nennen kann, auch im bürgerlichen Lager seine Gegner gefunden. Wenn nicht als einen dieser Gegner, so doch als auf dem Weg zu ihnen offenbart sich in einem soeben veröffentlichten Buch Professor Alfred Weber.¹⁾ Der Verfasser, dessen mutiges Auftreten für die Freiheit der Wissenschaft unvergessen ist, steht außerhalb des Verdachts irgend einer herrschenden Gesellschaftsklasse zuliebe zu schreiben. Er

¹⁾ Siehe Weber *Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit* (Tübingen 1910).

schreibt auch nicht als der Gefangene irgend einer Theorie. Ganz im Gegenteil. Man könnte ihm eher vorwerfen, daß es seinem Buch an einer einheitlichen Theorie fehlt. Weber ist ein kritisch veranlagter Geist, und ein solcher wird immer die Ermittlung von Wahrheiten über das Konstruieren von Theorien stellen. Im Begriff *Theorie* ist das Moment abstrahierender Spekulation eingeschlossen, alle Theorien gehen über das erfahrungsgemäß Festgestellte hinaus. Außerdem ist es zweierlei begrenzte Wissensgebiete auf ihre einheitlichen Elemente zu untersuchen oder eine umfassende Vielheit verschiedenartiger Erscheinungen auf Grund einzelner gemeinsamer Elemente in einer einheitlichen Theorie unterzubringen. Man könnte Schillers Distichon von den Religionen auch auf die Theorien übertragen: Welche Theorie ich bekenne? Von allen, die usw. usw. Mit einem Wort, auch ohne als Ganzes in den Rahmen einer bestimmten Theorie zu passen, kann ein Buch wissenschaftlich sein.

Aber nicht nur, daß Weber für den Gegenstand, dem sein Buch gilt, keinen theoretischen Ausblick gibt, gibt er auch für dessen Hauptfragen keine bestimmten Urteile. »Ich will in diesem Buch weder Richter noch Weltverbesserer sein«, sagt er im Vorwort. Er will »lediglich die Dinge schauen, wie sie sind«, und wer Rezepte erwarte, wie dem Kampf ein Ende gemacht werden könne, »wer etwas ganz Sicheres darüber erfahren möchte, wer recht und wer unrecht hat«, werde in dem Buch »gewiß nicht auf seine Rechnung kommen«. In jeder größeren Bewegung, die sich über die Alltagsinteressen hinaushebt, seien Teile jenes Strebens zu finden, das die Arbeiten der Vertreter der Wissenschaft immer tragen müßten: die Wahrheit zu erkennen und die Wahrheit zu sagen. Den ehrlichen Wahrheitssuchern, ob sie rechts oder links oder in der Mitte stünden, hätten die Wissenschaftler die Hand zu reichen. Dadurch brächten sie die Parteidiskussionen viel eher auf ein höheres Niveau und nützten sie auf die Dauer ihrem Volk besser als wenn sie sich selbst »in Reih und Glied zielbewußter Parteimenschen stellten«. Das sind Worte, die prinzipiell unanfechtbar sind, und die doch ein gewisses Unbehagen zurücklassen. Werden sie von Leuten geäußert, die man nicht schon als unabhängige Denker kennt, so erwecken solche Erklärungen den Verdacht der Rechnungsträgerei, von Leuten wie Weber vorangeschickt, zeigen sie das Vorhandensein starker Zweifel, mangelnder Bestimmtheit an. Zum Überfluß erklärt Weber noch im Vorwort, selbst der Unkundige werde beim Lesen bald merken, daß es sich in dem Buch um eine Aufgabe handle, die ganz befriedigend »zurzeit noch gar nicht gelöst werden kann.« An Zweifeln Anstoß nehmen kann nun niemand ferner liegen als dem Schreiber dieses Aufsatzes. Aber von jenen *Fertigen* in unseren Reihen zu schweigen, für die solche Sätze wie der letztzitierte stets *Bankrotterklärungen der bürgerlichen Wissenschaft* sind, wird es auch unter denen, die wohl bürgerliche und sozialistische Theorien unterscheiden, aber nur eine Wissenschaft anerkennen, Leute geben, die eine so weitgehende Selbstbescheidung nicht werden gelten lassen wollen. Selbst wer sonst nüchtern urteilt, sieht sich nicht gern vor Fragezeichen gestellt. Wie dem aber nun sei, jedenfalls gelten die Weberschen Fragezeichen den Kämpfen der Arbeiter und wollen daher untersucht sein. Bevor wir jedoch an sie herantreten, wird es angezeigt sein im Interesse einer im wissenschaftlichen Geist geführten Diskussion festzustellen, daß auf dem Konto der *Dubiosen* in Webers Buch sich nicht nur *bürgerliche* Sollposten befinden.

Gleich im ersten Kapitel begegnen wir einer Nachprüfung des auch in unserer

Literatur noch häufig zitierten Satzes *Die Maschine wirft den Arbeiter aufs Pflaster*, die wenig von ihm übrig läßt. Daß im Einzelfall durch die Maschine oder ihr entsprechende technische Neuerungen (Chemie, Elektrochemie usw.) Arbeiter außer Existenz gesetzt werden, kann man alle Tage erleben. Aber wie steht es mit der Rückwirkung auf die Arbeiterschaft im allgemeinen? Statt eines Rückgangs zeigt das Zeitalter der Maschine ein fortgesetztes Steigen des Prozentsatzes der gewerblichen Arbeiter zur übrigen Bevölkerung. Im Vierteljahrhundert von 1882 auf 1907 ist die in Industrie und Bergbau beschäftigte Bevölkerung Deutschlands mit ihren Angehörigen von 16 auf 26,4 Millionen Köpfe oder um 65 % gestiegen, während die Gesamtbevölkerung nur um nicht ganz 36 % zunahm. Eine Entwicklung, die wir Sozialdemokraten als Partei der Arbeiter uns gern gefallen lassen können, die wir auch heute oft genug selbst betonen, ohne daß wir aber bisher mit dem einst buchstäblich aufgefaßten Satz, daß das moderne Arbeitsmittel den Arbeiter *erschlägt*, gebührende Abrechnung gehalten hätten. Freilich läßt sich diese Abrechnung nicht so obenhin machen sondern umschließt einen ganzen Komplex von Fragen, die dabei sorgfältig zu untersuchen sind. Jedenfalls aber müssen wir zugeben, daß es bildlich auszudrücken, hier eine noch uneingelöste Schuld der sozialistischen Theorie vorliegt. An dieser Stelle sei zur Illustrierung der verwickelten Natur des Problems nur beiläufig daran erinnert, daß, wenn das moderne Arbeitsmittel den Arbeiter nicht *erschlägt*, es doch, wie ein Blick auf die Entwicklung der einzelnen Berufsgruppen in der großen Abteilung Industrie zeigt, immer wieder sehr bedeutsame Verschiebungen in der Verteilung der Beschäftigungsarten bewirkt. Wobei wir in der deutschen Berufsstatistik auf die bemerkenswerte Erscheinung stoßen, daß Industrien, in denen die Maschine oder die beschleunigten chemotechnischen Prozesse eine große Rolle spielen, ihre Beschäftigten bedeutend stärker vermehrten als solche, in denen diese Kräfte noch keine sehr großen Umwälzungen bewirkt haben. In den Gruppen *Maschinen und Instrumente, Polygraphische Gewerbe, Chemische Industrien, Lederindustrie, Metallverarbeitung* war sie 2-, 3- und 4mal so stark wie in der Gruppe *Bekleidung und Reinigung*.

In hohem Grad dubios ist ferner der bei uns einst wohlakkreditierte Posten, der da lautet: Verdrängung der gelernten durch ungelernete Arbeiter in den Industrien, die von der Maschine ergriffen sind. Tatsächlich wechselt, was die Entwicklung des Verhältnisses der ungelerten zu den gelernten Arbeitern anlangt, in diesen Industrien das Bild ganz bedeutend von Industrie zu Industrie, und innerhalb einzelner Industrien wiederum wechselt es von Entwicklungsphase zu Entwicklungsphase. Bald tritt Maschinenleistung an die Stelle gelernter, bald aber umgekehrt an die Stelle ungelerner Arbeiter, so daß zum Beispiel auf dem deutschen Ingenieurtag von 1906 der Generaldirektor Dr. Oechelhäuser unter Zustimmung aller Gewährsmänner ausführen konnte, daß, wenn man feststellen könnte, welches vor 40, 50 Jahren in der deutschen Maschinenindustrie das Verhältnis der gelernten zu den ungelerten Arbeitern war, es sich wahrscheinlich für jene Zeit als geringer herausstellen würde als heute, das heißt, daß heute der Prozentsatz der gelernten Arbeiter größer sei als damals. Selbstverständlich wird auch der berühmte Posten: Zunahme der Krisen an Häufigkeit und Intensität von Weber, wie übrigens jetzt von den meisten Ökonomen, auf das Konto der sehr dubiosen gesetzt. Weber zitiert gegen ihn nur deduktive Sätze.

Wer aber Zahlen will, sei daran erinnert, daß, während in den ersten 2 Jahrzehnten des neuen Deutschen Reiches die Zahl der Jahre matten Geschäftsgangs die der Jahre aufsteigenden Geschäftsgangs erheblich überstieg, von den 20 Jahren zwischen 1890 und 1910 9 auf solche der Krise und Stagnation, 11 dagegen auf Jahre des Aufschwungs und guten Geschäftsgangs entfallen.

Diese und ähnliche zweifelhafte Posten in der bisher vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, von sozialistischen Ökonomen entwickelten Prognose der Wirtschaftsentwicklung erklären sich aus der irrigen Methode Tendenzen als absolut wirkende Entwicklungsfaktoren zu behandeln und aus Teilerscheinungen zu schnell Folgerungen für das Ganze abzuleiten. Es ist unschwer einzusehen, daß je nach der Natur des Rohstoffs, mit dem sie zu tun hat, die Maschine der Hand gegenüber leichteres oder schwereres Spiel hatte. Sie konnte die Faserstoffe früher und schneller bewältigen als die Tierhaut, das Holz oder die Metalle. Und doch wurden lange Zeit die Erfolge der Maschine und das Wesen der Maschinenarbeit in den Faserindustrien als typisches Bild der allgemeinen Produktionsentwicklung behandelt. Kein Wunder, daß das Gesamtbild in der Wirklichkeit wesentlich andere Züge erhielt als es nach jenem Schema hätte erhalten müssen. Es bedurfte erst sehr durchgreifender, nur schrittweise sich vollziehender Umwälzungen im Hüttenwesen und seinen Annexen, bis wenigstens für die Roh- und Halbfabrikate der Metallindustrien etwas ähnliches erreicht wurde wie für die Halbfabrikate der Industrien der Faser. Aber um wie viel höher sind im Verhältnis hier die Betriebskosten als dort, um wie viel stärker der Aufwand an Heizmaterial, für dessen Gewinnung immer neue Legionen von Arbeitern notwendig werden. Bis die Metallverarbeitung sich so weit entwickelte; und damit sie sich so weit entwickeln konnte, wie wir sie jetzt sehen, war unter andern jene Verkehrsentwicklung und jenes Wachstum der Städte notwendig, die Schritt für Schritt zu einer immer stärkeren Verwendung von Erzeugnissen der Schwereisenindustrie geführt haben. Welchen Einfluß die Entwicklung des Verkehrs auf das Wachstum der Eisenindustrie gehabt, respektive wie stark das eine mit dem andern zusammenhängt, zeigt ein Blick auf die gewaltige Vermehrung der Transportmittel der Eisenbahnen, der Straßenbahnen und ihres rollenden Materials sowie der Fluß-, Kanal- und Seeschiffe. Von 1891 auf 1908 vermehrte sich in Deutschland, bei einer Bevölkerungszunahme von 26,4 %, auf den vollspurigen Eisenbahnen das rollende Material wie folgt:

Rollendes Material	1891	1908	Prozentuale Zunahme
Lokomotiven	14788	25634	73,3
Personenwagen	27512	53568	94,8
Güter und Gepäckwagen	299640	536543	79,0

Die Zunahme der Beförderung auf den vollspurigen Eisenbahnen Deutschlands zeigen folgende Zahlen:

Befördert	1891	1908	Prozentuale Zunahme
Personen	464 000 000	1349 000 000	190,7
Güter in Tonnen	231 000 000	490 000 000	112,1

Mehr als 6mal so stark wie die Bevölkerung steigerte sich der Verkehr von Menschen auf den Eisenbahnen, und 4mal so stark wie der Bevölkerungszuwachs war, dem Gewicht nach, die Steigerung des Gütertransports. Es ist nicht ohne Interesse auch auf die Kosten der Erneuerung, Ergänzung und des Unterhalts der Eisenbahnen einen Blick zu werfen. Sie stellten sich in Millionen Mark wie folgt:

Kosten für	1891	1908	Prozentuale Zunahme
Lokomotiven und Tender	72,3	142,7	97,4
Personenwagen	23,9	60,7	153,9
Gepäck und Güterwagen	50	94,8	89,6

Und das Personal des Eisenbahndienstes vermehrte sich von 157 559 auf 276 312 Beamte und von 423 211 auf 695 794 Arbeiter, im ersten Fall eine Vermehrung um 76, im zweiten eine solche um 64,7%. Da die Zunahme des Verkehrs auf den Bahnen die Zunahme der Bahnlänge überstieg, waren natürlich mehr neue Kräfte für den erstern als für Streckenarbeit und Werkstattarbeit erforderlich. Immerhin überstieg auch die Zunahme der Eisenbahnarbeiter die der Bevölkerung um fast das 2½fache. Alle diese Zahlen beziehen sich nur auf die vollspurigen Eisenbahnen, zu denen dann noch für die Beförderung von Menschen und Gütern auf dem Lande die schmalspurigen Bahnen, die Klein- und Straßenbahnen und in neuester Zeit auch die Kraftwagen hinzukommen. In der deutschen Binnenschifffahrt stieg die Zahl der Schiffe zwischen 1892 und 1907 zwar nur von 22 848 auf 26 235, ihre Tragfähigkeit aber nahm von 2¼ auf rund 6 Millionen Tonnen zu, das heißt um mehr als das Doppelte. Ähnlich bei den Seeschiffen. Der Vermehrung der Schiffe von 3 653 auf 4 658 steht hier die des Nettoraumgehalts von 1 433 000 auf 2 859 000 Registertonnen gegenüber. Die Besatzung der Seeschiffe stieg in der angegebenen Zeit von 40 449 auf 73 516 Personen, das heißt um rund 80 %.

Nur ein Teil dieser ungeheuren Zunahme der Beförderungsmittel und der durch sie bewirkten Verkehrssteigerung kann als positive Mehrung des sozialen Wohlstands und Wohlbefindens bezeichnet werden. Vielleicht die gute Hälfte des Personenverkehrs und jedenfalls weit, weit mehr als die Hälfte des Güterverkehrs sind bei der Untersuchung der Wohlstandsentwicklung als Steigerung der sozialen Unkosten in die Rechnung einzusetzen. Der soziale Wert der Ausgaben für die verbesserten Verkehrsmittel besteht, wirtschaftlich betrachtet, darin, daß sie die Kosten des Verkehrs zunehmend niedriger halten als sie sonst sein würden und dadurch Lebensmöglichkeiten schaffen, die ohne sie überhaupt nicht bestehen würden. Aber Unkosten sind die Masse der Verkehrsausgaben doch. Diese großen Beträge—bei den vollspurigen Eisenbahnen waren die Betriebseinnahmen im Jahr 1908 nahezu 2½ Milliarden Mark—gehören auf die Seite der Produktions- und Zirkulationsunkosten der Volkswirtschaft und sind eines der Momente, die es verhindern, daß die technischen Vervollkommnungen in der unmittelbaren Produktion der Güter das Leben in dem Maß verbilligen als man es nach den abstrakten Berechnungen der Produktivitätssteigerungen würde anzunehmen haben. Ein anderes Moment besteht in den Notwendigkeiten der Hygiene der Städte, von deren Kosten und Rückwirkung auf die Metallindustrien unter anderm die Ziffern der gewaltig gesteigerten Röhrenproduktion erzählen.

Kurzum, eine Entwicklung, die abwechselnd Folge und Ursache technischer Umwälzungen ist, schafft einen vordem ungeahnten Bedarf an Erzeugnissen bestimmter Industrien und treibt diese auf einen Umfang gegenüber anderen Industrien, wie er in einem frühern Entwicklungsstadium durchaus irrationell erschienen wäre. In die Formel der Gliederung der Industrien, wie sie jenem frühern Stadium entspräche, hat sich ein Faktor eingeschoben, der das Ergebnis der Rechnung, oder sagen wir lieber: die weitere Gestalt der Formel wesentlich verändert, indem nun die einzelnen Größen andere Funktionsziffern haben. Indessen ist die Zunahme des Verkehrs nicht der einzige Faktor dieser Art, die Steigerung der spezifischen Industrien der Verkehrsmittel und ihrer Rohstoffe nicht die einzige hier in Betracht kommende Rückwirkung der Verkehrssteigerung. In weiterer Folge sehen wir die extraktiven Gewerbe unverhältnismäßig stark zunehmen. Das *Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich* verzeichnet für die 2 Jahrzehnte von 1889 auf 1908 eine Zunahme der Steinkohlenförderung um 120 % und der mittlern Belegschaft der Steinkohlengruben um über 140 %: 4- und 5mal mehr als der gleichzeitige Bevölkerungszuwachs. Daß die ungeheure Steigerung des transozeanischen Verkehrs auch auf die Gestaltung der Verhältnisse in der Landwirtschaft stark eingewirkt hat, soll hier nur beiläufig erwähnt werden. Das Wie ist bekannt und wird außerdem in einem andern Zusammenhang noch näher gewürdigt werden. Bis dahin zeigt die modifizierte Entwicklung der Volkswirtschaft eine bedeutend stärkere Vermehrung der industriellen Bevölkerung als sie dem Schema der Entwicklung der Textilindustrie entsprechen würde. Von der ersten bis zur jüngsten Berufszählung des Deutschen Reichs, im Vierteljahrhundert von 1882 auf 1907, stieg die Zahl der Erwerbstätigen der Textilindustrie von 851 000 auf 1 057 000 oder um 24 %. Wäre die Entwicklung der anderen Industrien in gleicher Weise vor sich gegangen, so würde 1907 die Gesamtziffer der industriell Erwerbstätigen $8\frac{1}{2}$ Millionen betragen haben, statt dessen beläuft sie sich aber auf $11\frac{1}{4}$ Millionen. Für alle Industriegruppen zusammen war die Zunahme somit 75 % (6,4 auf $11\frac{1}{4}$ Millionen). So sehr weicht schon das äußere Bild von dem Schema ab, das die klassische Vertreterin der modernen großindustriellen Entwicklung zeigt. In den einzelnen Gruppen aber zeigen sich noch sehr bedeutende Unterschiede in der Verteilung der Betriebsklassen, der sozialen Gliederung im Betrieb, den Lohnsätzen und den Formen der Unternehmung.

Beschränken wir jedoch die vergleichende Betrachtung auf die Tatsache der unverhältnismäßigen Zunahme der industriellen Bevölkerung, so haben wir schon oben gesehen, daß der Koeffizient dieses Zuwachses einen Faktor einschließt, der Steigerung der Kosten der Volkswirtschaft heißt. Auch die Steigerung der Kosten der Reichspolitik, der erhöhten Rüstungen zu Wasser und zu Lande, spiegelt sich in einer Vermehrung der industriellen Bevölkerung wieder, und ob man diese Rüstungen nun für noch so notwendig halten mag, so kann darüber doch kein Streit sein, daß die Ausgaben für sie unter dem Gesichtspunkt der Volkswirtschaft genau so auf deren Unkostenkonto zu setzen sind wie in der Buchführung der Einzelfabrik der Lohn des Wächters. Für die Volkswirtschaft als Ganzes sind die Löhne der Arbeiter und die Profite der Unternehmer im Kohlenbergbau, der Hüttenindustrie, den Geschützgiebereien usw., usw., soweit sie für den Bedarf von Heer und Marine des Reichs bezahlt werden, Nachwächterlöhne. Indessen sind sie keine aus rein wirtschaftlichen Bedingungen sich ergebende Unkosten wie es der größte Teil der Ausgaben für den

Verkehr sind, zu denen neben Löhnen von Eisenbahnern, Eisenbahnwerkstättenarbeitern, Hüttenarbeitern usw. auch die Löhne eines Teils der Kohlenbergwerksarbeiter gehören. Von den über 80 Millionen Tonnen Steinkohlen, die im Jahr 1908 im Deutschen Reich mehr verbraucht wurden als im Jahr 1889, mag mehr als ein Drittel auf den Bedarf der Verkehrsbetriebe einschließlich des auf diese entfallenden Teils der Hütten-, Maschienen- etc. -produktion entfallen, also im entsprechenden Verhältnis das Konto der volkswirtschaftlichen Unkosten belasten. Und dieses Konto wächst, soweit nicht technische Verbesserungen Ersparnisse im Verhältnis von Kohlenverbrauch und Kraftwirkung herbeiführen, was aber bei den Riesenlokomotiven unserer Tage mit der Zeit immer schwerer wird, progressiv, weil die Förderkosten der Steinkohlen sich neuerdings wieder teurer stellen.

Nachdem die Förderkosten der Steinkohlen im Lauf des 19. Jahrhunderts bis auf fast den 9. Teil der Höhe des Jahres 1800 gefallen waren, haben sie schließlich einen Stand erreicht, wo Ersparnisse immer schwerer zu erzielen sind. Im Jahr 1889 betrug nach dem *Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich* die durchschnittliche Jahresförderung pro Kopf der Belegschaft 281 Tonnen, im Jahr 1899 waren es 268, im Jahr 1909 nur noch 250 Tonnen. Die Vorstellung, daß dem in der Landwirtschaft obwaltenden *Gesetz der sinkenden Bodenerträge* in der Industrie ein *Gesetz steigender Produktionserträge* gegenüberstehe, ist eine voreilige Verallgemeinerung. Beide Gesetze sind Formulierungen von Tendenzen, die sich nur unter gewissen Bedingungen mit der elementaren Kraft eines Naturgesetzes geltend machen, für die es aber, wo diese Bedingungen in Wegfall kommen, immer wieder Grenzen gibt, wo Stillstand oder selbst Rückgang eintritt. Da die Kohlen aus immer größerer Tiefe geholt werden müssen, ist trotz verschiedener Verbesserungen statt einer Steigerung der Fördermenge pro Kopf der Belegschaft im Durchschnitt eine Abnahme eingetreten, während die Arbeitslöhne, in Geld ausgedrückt, eine Erhöhung erfahren haben. Auch abgesehen von der Preispolitik des Kohlensyndikats ist daher die Kohle immer teurer geworden. Im Jahrfünft 1894 bis 1898 war der Durchschnittspreis der Tonne guter westfälischer Förderkohle ab Werk 7,88 Mark, im Jahrfünft 1904 bis 1909 aber 9,96 Mark. In der selben Zeit stieg der Preis grober englischer Dampfkohle ab Bord Hamburg von 13,78 auf 16,28 Mark. Es ist also kein spezifisch nationaler Vorgang, um den es sich da handelt.

Auch ist es nicht nur die Kohle, deren Herstellungskosten gestiegen sind. Die Produktionskosten der Stapelerzeugnisse der Landwirtschaft sind in den Ländern, die den Weltmarkt versorgen und dadurch die Bewegung der Preise grundlegend bestimmen, in den letzten Jahren ganz wesentlich höhere geworden. In den Vereinigten Staaten sind die Preise für Vieh und Getreide von den niedrigen Sätzen der neunziger Jahre, die in Deutschland und anderwärts der Bewegung der Landwirte einen fast elementaren Charakter verliehen und das Wort von der *Nothlage der Landwirtschaft* als keine bloße Redensart erscheinen ließen, um gegen 50 % gestiegen, und wie sehr diese Aufwärtsbewegung den Weltmarktpreis beeinflußt, geht daraus hervor, daß trotz Australien, Kanada und Argentinien das der Einfuhr freie England für Zerealien eine fast gleiche Preissteigerung verzeichnet. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die nächsten Jahre wieder einen Rückgang der Weltmarktpreise von ihrer jetzigen Höhe bringen werden, da viel Land, das heute unbenutzt liegt, nun in Bewirtung ge-

nommen werden wird. Aber es ist durchaus unwahrscheinlich, daß wir einen zweiten Preisfall bis auf die Sätze von 1894-1895 erleben werden. Wir haben uns vielmehr mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die Weltmarktpreise der Agrarerzeugnisse sehr wesentlich über jenem Niveau bleiben werden. Mit den Bodenschätzen und den Bodenprodukten läßt sich nicht nach Belieben wirtschaften, und wenn auch kein Grund vorliegt sich in Betrachtungen über eine bevorstehende *Einschränkung des Nahrungsmittelspielraums* zu verlieren, so sind doch diese Frage und die Frage der Rückkehr zu billigen Nahrungsmitteln zweierlei. Was aber die Bodenschätze betrifft — und dies gilt ganz besonders von der Kohle —, so zehren wir ein Kapital auf, von dem wohl noch auf Jahrtausende hinaus Vorräte im Erdinneren schlummern, an das wir aber nur mit zunehmendem Arbeitsaufwand heran können, und dessen Genuß uns daher immer teurer zu kommen droht.

Was alles dies mit der Gewerkschaftsfrage zu tun hat, wird man ohne weiteres begreifen, wenn man sich erinnert, welche überragende Rolle in der Gewerkschaftsbewegung die Lohnfrage spielt. Von den 9034 Angriffsstreiks, die die deutschen Zentralverbände im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, von 1900 bis 1909, führten, betrafen 4544 mit 370 605 Beteiligten lediglich Lohnforderungen, 3316 mit 588 474 Beteiligten Lohnfragen im Verein mit Fragen der Arbeitszeit, und nur bei 1174 Angriffsstreiks mit 62 474 Beteiligten kamen Lohnfragen nicht oder nicht direkt in Betracht. Außerordentlich groß ist noch die Zahl der Arbeiter, die die Gewerkschaft lediglich unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um den Lohn betrachten und werten, und sehr groß auch die Zahl derer, die in der Vorstellung leben, daß die Lohnfrage eine reine Machtfrage sei, bei der die Entscheidung nur von der Wucht des Angriffs, der Ausdauer der Kämpfenden und dem Geschick sowie der Schneidigkeit der Führer abhängt, daß die Bemessung der Lohnforderungen lediglich Sache der Taktik sei. Mit der Frage der Arbeitszeit verknüpft sich die der Lohnfrage dadurch, daß die Arbeiter sich dagegen wehren Verkürzungen der Arbeitszeit mit Verkürzungen ihres Lohneinkommens zu bezahlen, bisweilen auch zu gleicher Zeit Reduktion der Arbeitszeit und Lohnerhöhung fordern. Des weitern ist noch stark die Meinung verbreitet, daß Verkürzung der Arbeitszeit, wo sie in größerem Umfang erfolgt, allein schon Beschäftigung von mehr Arbeitern und so auch Erhöhung des Lohnquantums für Arbeiter im Gefolge habe.

Das ist nun alles sehr begreiflich. Das Streben der Arbeiter nach Erhöhung ihrer Lebenshaltung ist nicht nur ihr Recht sondern sogar eine kulturelle Notwendigkeit. In welchem Maß und mit welcher weiteren Wirkungen wird es aber durch die heutige Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften erfüllt? Wie wirkt sie auf die Vorbedingung dieses Ziels, die Vermehrung der Gütererzeugung, zurück? In welchem Umfang ist unter heutigen Verhältnissen eine andere Verteilung der Einkommensgüter mit Nutzen für die Volkswirtschaft durchzuführen? Haben die von den Gewerkschaften erkämpften Lohnerhöhungen die Arbeiterschaft im allgemeinen annähernd gleichmäßig gehoben, oder drohen sie nicht die Einkommensunterschiede in der Arbeiterklasse selbst zu steigern und damit, statt in der Richtung eines sozialen Ausgleichs zu wirken, bloß Verschiebungen in der Ungleichheit herbeizuführen? Das sind die wesentlichsten der Fragen, die Alfred Weber aufwirft. Dem in der Geschichte der volkswirtschaftlichen Diskussionen Bewanderten sind sie nicht neu. Schon vor 60 und 70 Jahren ist über sie lebhaft gestritten worden, und Weber selbst

greift verschiedentlich auf frühere Diskussionen zurück. Aber welche Frage der Volkswirtschaft der Gesellschaft des freien Verkehrs kann überhaupt als ein für allemal erledigt gelten, solange diese Gesellschaft selbst fortbesteht? Tauchen nicht auch die alten Fragen der Rente, der Handelspolitik, der Anleihepolitik, der Währung immer wieder von neuem auf, müssen ihre Theorien nicht immer wieder sich im Licht neu gesammelter Erfahrungen von neuem bewähren oder modifizieren? Es ist nichts Unerhörtes, wenn nach einer Epoche großen Aufschwungs und einer äußerst intensiven Betätigung der Arbeiterorganisationen die die Arbeiterkämpfe angehenden Volkswirtschaftsfragen von neuem zur Debatte gestellt werden. Es ist nichts Neues und auch nichts, was die Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse abzulehnen Ursache haben. Ich gehe weiter und sage: Die Fragen Alfred Webers hat niemand mehr Grund ernsthaft und offenen Blicks zu prüfen als die auf dem Feld der Theorie ackernden Vertreter der Arbeiterbewegung. Eine nähere Befassung mit Webers Buch soll in einem weitem Artikel den Beweis dafür liefern.

XX

GERHARD HILDEBRAND · DIE WEITERENTWICKELUNG DER DEUTSCHEN EINFUHR UND IHRE BEDEUTUNG



RUSSLAND hat im Jahr 1909 in das deutsche Zollgebiet mehr Waren eingeführt als irgend ein anderes Land. Die Vereinigten Staaten, die von 1898 bis 1908 mit Ausnahme des einzigen Jahres 1905 an der Spitze unserer Lieferanten gestanden hatten, sandten uns 1909 einschließlich der Edelmetalle für 1263 Millionen Mark; aus Rußland erhielten wir für 1375,8 Millionen. Die Differenz wäre noch größer geworden, wenn nicht die Baumwolle einen so ungewöhnlich hohen Wert repräsentiert hätte: Mußten wir doch 1909 an die Vereinigten Staaten für Baumwolle 30 Millionen Mark mehr als im Jahr vorher bezahlen, obwohl wir 5 Millionen Kilo weniger bezogen. Im Jahr 1905 hatte Rußland schon einmal vornan gestanden. Damals erhielt Deutschland von ihm für 1090,8 Millionen Mark Waren und Edelmetalle, von den Vereinigten Staaten für 1004,3 Millionen. Aber 1905 war für den russischen Handel kein Normaljahr. Infolge des Krieges mußte Rußland damals und im folgenden Jahr riesige Goldmengen abstoßen, davon allein an Deutschland für rund 250 Millionen Mark mehr als im Durchschnitt ruhiger Jahre. Man kann also mit Fug sagen, daß im Jahr 1909 zum erstenmal in der laufenden Geschichte des deutschen Außenhandels Rußland an die Spitze unserer Lieferanten getreten ist. Diese Erscheinung ist nicht zufällig. Sie weist auf wichtige Wandlungen in der Entwicklung der deutschen Außenhandelsbeziehungen hin. Rußland hat die Vereinigten Staaten in unserm Einfuhrhandel abgelöst, wie die Vereinigten Staaten 1898 Großbritannien und Österreich-Ungarn abgelöst haben. ¹⁾ Wir müssen uns die Ursachen dieser Verschiebung verdeutlichen, um ihre Tragweite zu verstehen. Vor 20 Jahren stand Großbritannien unter den Lieferanten Deutschlands an der ersten Stelle. Österreich-Ungarn und Rußland folgten ihm auf dem Fuß,

¹⁾ Rußland war nur 1897 einmal an die Spitze gelangt, konnte sie aber damals nicht behaupten.

mußten aber bald hinter den Vereinigten Staaten zurücktreten. In Millionen Mark und im prozentualen Verhältnis zu seiner Gesamteinfuhr bezog Deutschland von seinen 4 Hauptlieferanten:

Ausfuhrland	1889		1890		1891	
Großbritannien	674,9	16,5	640,5	15,0	676,8	15,4
Österreich-Ungarn	537,2	13,1	598,5	14,0	598,9	13,6
Rußland	551,8	13,5	541,9	12,7	580,4	13,2
Vereinigte Staaten	317,5	7,8	405,6	9,5	456,5	10,4

Bis 1896 blieb England allen voraus. Deutschland brauchte noch nicht allzu viele Nahrungsmittel von draußen, und die es gebrauchte, bekam es in der Hauptsache von Rußland und Österreich-Ungarn. Aber an Gold, Steinkohlen, Wolle und vor allen Dingen wollenen und baumwollenen Garnen hatte es einen respektablen Bedarf. Das waren die Dinge, die England zu seinem wichtigsten Lieferanten machten. Einige Jahre später hatte sich das Bild verschoben. Die Einfuhrziffern sahen so aus:

Ausfuhrland	1898		1899		1900	
Großbritannien	825,7	15,2	777,1	13,4	840,7	13,9
Österreich-Ungarn	661,2	12,2	730,4	12,6	724,3	12,0
Rußland	727,1	13,3	701,7	12,1	716,5	11,9
Vereinigte Staaten	877,2	16,1	907,2	15,7	1020,8	16,9

Alle Ziffern hatten sich bedeutend gehoben. Aber die Vereinigten Staaten waren mit Riesenschritten vorangekommen. Die englischen Wolllieferungen waren beträchtlich zurückgegangen. Was der Inselstaat an Wolle besaß, verspann die eigene Industrie, und die deutsche Schifffahrt war entwickelt genug, um auch den englischen Zwischenhandel bei diesem Rohstoff entbehren zu können. Um so stärker fielen Gold, Steinkohlen und Garne bei den englischen Lieferungen ins Gewicht. Noch weit stärker freilich hatte sich der Bedarf an Nahrungsmitteln gehoben. Österreich-Ungarn und Rußland konnten ihn trotz erhöhter Lieferungen nicht mehr in erster Reihe decken. Die Vereinigten Staaten kamen mit riesigen Mengen zu Hilfe. Ihr Petroleum hielt die seit langem gewonnene Position, Kupfer und Baumwolle gingen sprunghaft in die Höhe. Und nun in den letzten Jahren abermals ein anderes Bild. Die entsprechenden Ziffern sind folgende:

Ausfuhrland	1907		1908		1909	
Großbritannien	1072,1	11,2	786,6	9,1	918,6	8,5
Österreich-Ungarn	826,6	9,3	761,3	9,8	764,4	8,8
Rußland	1133,5	12,7	967,9	12,3	1375,8	16,0
Vereinigte Staaten	1336,4	15,1	1360,8	16,7	1263,0	14,8

Bei den Verhältnisziffern ist hier, entsprechend den Angaben des *Statistischen Jahrbuchs* für die letzten Jahre, der Wert der Edelmetalle außer Ansatz geblieben. Dadurch wird bei der Höhe der Londoner Goldverschiffungen die englische Verhältniszahl im Vergleich zu den übrigen und zu den früheren englischen Ziffern selbst etwas herabgedrückt. Aber gerade das führt uns auf die richtige Fährte. Man beachte, wie hoch der Anteil ist, den Gold, Steinkohlen und Garne an den englischen Lieferungen der letzten Jahre haben:

Lieferung aus England	1907	1908	1909
Edelmetalle	95,5	89,7	197,9
Steinkohlen	215,1	145,8	141,7
Wollengarn	109,9	80,3	91,2
Baumwollengarn	122,3	78,5	82,9
insgesamt	542,8	394,3	513,7

Ob es für ein Land, dessen Industrie ein Jahrhundert hindurch die Welt beherrscht hat, ein sehr beneidenswertes Los ist seinem schärfsten Konkurrenten mehr als die Hälfte aller Lieferungen in Gestalt von Elementarien und Halbfabrikaten zu schicken? Der Anteil der Fabrikate an unseren englischen Bezügen ist tatsächlich stabil geblieben, wenn nicht zurückgegangen. Der Warenverkehr in englisch-deutscher Richtung hat sich nur noch quantitativ, nicht mehr qualitativ gehoben. Ob aber die Quantitätssteigerung abgesehen vom Gold, das ja aus den britischen Kolonien stammt, noch lange fort dauern kann, wird mit guten Gründen bezweifelt werden können. Umgekehrt ist die Entwicklung im österreichisch-deutschen Warenverkehr gegangen. Vor einer Reihe von Jahren machte Österreich-Ungarn Anläufe Hauptlieferant von landwirtschaftlichen Stapelprodukten für Deutschland zu werden. Das schnelle Wachstum des deutschen Bedarfs, die räumliche Begrenztheit der Donaumonarchie und vor allem die industrielle Entwicklung der österreichischen Reichshälfte verhinderten entscheidende und länger andauernde Erfolge. Vergleicht man die Ziffern unser österreichisch-ungarischen Bezüge vom Ende des Jahrhunderts mit denen der letzten Jahre, so findet man keine sehr wesentliche Steigerung mehr. Man wird sie auch in Zukunft schwerlich finden. Österreich-Ungarn kann uns zumal quantitativ nicht vieles mehr liefern, was es angesichts seiner wachsenden Industrialisierung nicht je länger je vollständiger selber gebraucht. Braunkohlen und Nadelhölzer standen in dieser Hinsicht in den letzten Jahren obenan. Brotgetreide und Futtermittel sind ganz zurückgegangen, und nur die landwirtschaftlichen Qualitätsprodukte, Schlachtvieh und Geflügel, Braugerste, Hopfen und Malz, Kalbfelle, Rindshäute und vor allem Eier haben zuwege gebracht, daß die abnehmenden Quantitäten durch zunehmende Qualitäten vorläufig noch mehr als ausgeglichen werden. Das mag noch eine Weile so fortgehen, spielt aber bei dem schnell weiterwachsenden Bedarf Deutschlands keine übermäßig große Rolle und muß schließlich an der österreichisch-ungarischen Eigenverwertung seine natürliche Grenze finden.

Eine wirklich starke Steigerung dagegen finden wir noch einmal bei den Vereinigten Staaten: von 1900 bis 1907 immer noch um ein volles Drittel des Wertes. Aber wir wissen bereits, daß Baumwolle und Kupfer die Hauptbeteiligten daran sind. Im Jahr 1900 bezog Deutschland für 258,8 Millionen Mark Rohbaumwolle und für 101,4 Millionen Mark Rohkupfer aus der Union, 1907 für 382,7 Millionen Mark Rohbaumwolle und für 202,1 Millionen Mark Rohkupfer. Rund 230 Millionen Mark der Steigerung entfallen allein auf diese beiden Rohstoffe. Im Jahr 1909 kamen von 1263 Millionen Gesamtlieferungen 583,2 Millionen auf diese beiden. Nimmt man dazu Petroleum mit 52,8 Millionen, so hat man bereits mehr als die Hälfte. Man gehe bis zum Jahr 1899 zurück, dem zweiten Jahr der amerikanischen Rekordstellung in unserer

Einfuhr, und man findet die drei genannten Rohstoffe mit 310,6 Millionen, alle übrigen Lieferungen der Union mit nahezu 600 Millionen verzeichnet. Von 1899 bis 1907 reicht die Zeit, in der die nordamerikanischen Nahrungs- und Futtermittellieferungen für uns von ausschlaggebender Bedeutung waren. Die Preissteigerungen, die in den letzten 10 Jahren drüben erfolgten, hervorgerufen teils durch die Erschöpfung der Böden in den Ostseestaaten teils durch den schnell wachsenden Eigenbedarf infolge rapider Industrialisierung, drängen von nun an absolut und noch viel schneller relativ die nordamerikanischen Nahrungs- und Futtermittellieferungen zurück.

Und nun Rußland. Um die Ziffern unserer russischen Bezüge voll würdigen zu können, muß man sie von den verschiedensten Seiten beleuchten. Ich gebe zunächst eine Übersicht über den Verlauf der letzten 15 Jahre im Vergleich mit der deutschen Gesamteinfuhr und dem Anteil der nordamerikanischen Union. Einschließlich der Edelmetalle bezog das deutsche Zollgebiet, nach 3jährigen Durchschnittsperioden berechnet, in Millionen Mark jährlich:

Zeitraum	Einfuhr				
	insgesamt	aus Rußland		aus der Union	
		absolut	prozentual	absolut	prozentual
1895 bis 1897	4556,2	634,5	13,93	584,7	12,83
1898 bis 1900	5755,4	715,1	12,42	935,1	16,25
1901 bis 1903	5945,7	707,6	12,90	965,5	15,90
1904 bis 1906	7576,5	1051,4	13,88	1061,8	14,01
1907 bis 1909	8646,0	1159,1	13,41	1320,1	15,27

Für 1895 und 1896 steckt in der russischen Ziffer auch die finnische, die von 1897 ab fehlt.²⁾ In der ersten Dreijahrsperiode muß also bei Rußland ein kleiner Abzug gemacht werden. 1905 und 1906 kamen die bereits erwähnten abnorm großen Goldlieferungen. Der Sprung von der mittelsten auf die vorletzte Periode ist also in Wirklichkeit weit kleiner gewesen als er in unserer Übersicht erscheint. Stellt man das gebührend in Rechnung, so findet man seit 1898 nicht nur ein absolutes sondern auch ein relatives Wachstum unserer russischen Bezüge. Während Amerika seine relative Höchstbedeutung für unsere Versorgung um die Jahrhundertwende erreicht hatte und in den letzten 3 Jahren nur infolge riesiger Preissteigerungen (Kupfer 1907, Baumwolle 1907 und 1909, Fleischprodukte) nochmals um $1\frac{1}{4}$ % emporgeklettert ist, ging der russische Anteil ständig in die Höhe. Gerade daß die russischen Lieferungen innerhalb der Gesamtsumme aller unserer ausländischen Bezüge seit 12 Jahren stetig emporklettern, macht die Frage der dauernden Lieferfähigkeit Rußlands für uns so ungeheuer wichtig.

Worum handelt es sich denn bei diesen unseren russischen Zufuhren? Rußland ist unter unseren Großlieferanten heute der einzige fast rein agrarische. Von den 1375,8 Millionen Mark des Jahres 1909 kamen nur ganz winzige Bruchteile auf Produkte nichtbäuerlichen Ursprungs. Sie sind leicht aufgezählt: Edelmetalle für 13,6 Millionen, Eisenerze 12,4, Manganerze 9,1, mineralische Schmieröle 13,3 Millionen; dazu kommen noch einige Kleinigkeiten von unter 4 Millionen Mark, die das *Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich* neben

²⁾ Außerdem brachte 1897 den bereits erwähnten einmaligen russischen Lieferungsrekord.

den Dutzenden von höheren Positionen agrarischer Herkunft als nicht der Rede wert bei Seite läßt. In der Tat, man braucht sich nur den Anfang der agrarischen Liste anzusehen, um das Verfahren begreiflich zu finden: Gerste 267,8 Millionen; Weizen 227,1; Nadelholz 83,4; Eier 70,6; Kleie 58,7; Hafer 50,6; Felle von Pelztieren 44,1; Milchbutter 37,5; Roggen 35,2; Flachs 31,7 Millionen. Nun gehen die Summen ganz allmählich herunter bis zum Schluß der Aufstellung: Linsen 9,2; Rotkleesaat 9,0; Eisenbahnschwellen 8,3; weiches Laubholz 7,8; Eichenholz 6,9. Für mehr als 1300 Millionen Mark bezog Deutschland im Jahr 1909 an russischen Agrarprodukten. Nun vergegenwärtige man sich den Abstand, in dem von den bereits behandelten Großlieferanten abgesehen alle übrigen danach kommen. Deutschland bezog 1909, in Millionen Mark:

Ausfuhrland	Wert der Ausfuhr	Darunter bemerkenswert
Frankreich	484,7	Tierische Industriestoffe aller Art
Argentinien	437,7	Weizen 108,3, Leinsaas 89,0 usw.
Britisch Indien	317,0	Jute, Rohbaumwolle, Reis usw.
Belgien	289,5	Montanprodukte
Italien	287,7	Rohseide 126,6
Niederlande	253,4	Molkereiprodukte, Gemüse
Britisch Australasien	239,8	(Bund:) Wolle 143,6
Brasilien	234,3	Kaffee 125,1, Kautschuk 52,8

Nun geht es mit *Niederländisch Indien* (184,9 Millionen) und den nachfolgenden Ländern schnell abwärts, doppelt schnell, wenn man die Agrarlieferungen extrahiert. Rußland allein gibt uns so viel Agrarprodukte wie wohl ein beliebiges halbes Dutzend aus der Reihe unserer mittleren Lieferanten von Frankreich bis Brasilien zusammen genommen. Von Frankreich, Italien, Belgien, Holland können wir billigerweise auch für die Zukunft nicht mehr erwarten als wir jetzt bekommen. Argentinien, Britisch Indien, Australien, Brasilien werden wachsen, aber Britisch (und Holländisch) Indien tendieren mehr und mehr nach Ostasien, Britisch Indien verarbeitet zudem seine Hauptrohstoffe, Baumwolle und Jute, zunehmend selber und verzehrt entsprechend mehr, und die anderen haben Menschenmangel, bemerkenswerte Ansätze zur industriellen Selbstversorgung, weitere sehr aufnahme- und ausdehnungsfähige Märkte. Nur bei wenigen von ihnen ist ein Wachstum ihrer relativen Bedeutung für uns wahrzunehmen. Ich stelle die Verhältnisziffern hier zusammen (bis 1905 einschließlich, von 1906 ab ausschließlich der Edelmetalle):

Ausfuhrland	1889	1895	1901	1907	1909
Frankreich (mit Algier und Tunis)	7,0	5,4	5,0	5,2	5,7
Argentinien	2,1	2,8	3,5	5,1	5,1
Britisch Indien (mit Ceylon und Malakka)	2,3	3,8	3,8	4,7	3,7
Belgien	8,3	4,2	3,3	3,4	3,4
Italien	3,6	3,4	3,2	3,3	3,4
Niederlande	7,0	3,9	3,6	2,6	3,0
Britisch Australasien	0,8	2,7	1,9	2,6	2,8
Brasilien	2,4	2,7	2,0	2,2	2,7

Periodische Zusammenfassungen würden einige Schwankungen ausgleichen.

Aber die Hauptsache wird auch aus den mitgeteilten Ziffern deutlich: Daß nämlich außer Argentinien keiner dieser mittleren Lieferanten bedeutende Fortschritte im Verhältnisanteil seiner Lieferungen gemacht hat, während alle unsere Nachbarn zurückgegangen sind. Was können wir von Argentinien erwarten? Seine Bevölkerung betrug Ende 1900 rund 4,8 Millionen Köpfe, Ende 1909 rund 6,8 Millionen. In vollen 10 Jahren wird die Zunahme also vielleicht 50 % gewesen sein. Argentiniens Gesamtausfuhr belief sich im Durchschnitt der 3 Jahre 1899 bis 1901 auf 169 078 015 Dollars, im Durchschnitt der 3 Jahre 1907 bis 1909 auf 353 186 745 Dollars, in 10 Jahren also etwa eine Verdoppelung. Deutschland ist sogar noch besser weggekommen. 1897 bis 1899 bezog es von Argentinien für 149,9 Millionen Mark jährlich, 1907 bis 1909 für 446,3 Millionen. Das ist fast eine Verdreifachung. Sie noch einmal zu erleben setzt vieles voraus: 1., daß in Argentinien 1920 gegen 11 Millionen Menschen wohnen; 2., daß sich von diesem Zuwachs nicht ein immer größerer Teil industrieller Beschäftigung zuwendet; 3., daß die Erträge der Extensivkultur im bisherigen Tempo gesteigert werden können; 4., daß die Ausfuhr nicht nach anderen Marktgebieten stärker abfließen als nach Deutschland. Und selbst wenn diese Voraussetzungen alle zutreffen, was bei jeder einzelnen, am wenigsten vielleicht noch bei der ersten, in Frage gestellt werden kann, selbst dann ist es möglich, daß die industrielle Weiterentwicklung Deutschlands die abermalige Verdreifachung der argentinischen Zufuhren gebraucht, um das Tempo ihres eigenen Wachstums aufrechterhalten zu können, daß aber nichts davon übrig bleibt, um etwa entstehende Löcher in der bisherigen Versorgung zuzustopfen, das heißt, um abnehmende Lieferungen bisheriger Versorger ausgleichen zu können.

Dies ist die genaue Präzisierung der Frage: Finden wir in Argentinien außer der Befriedigung eines schnell weiterwachsenden Bedarfs auch Ersatz für unsere Versorgung mit Bauernprodukten für den Fall, daß Rußland dem Beispiel der Vereinigten Staaten und Österreich-Ungarns folgen sollte, infolge lebhafter industrieller Eigenentwicklung seine Agrarproduktion in zunehmendem Maß selber verzehrte oder zum mindesten mit der relativen Höhe seiner Lieferungen hinter unseren Bedürfnissen immer weiter zurückbliebe? Es ist eine Nachfrage, die wir damit gestellt haben. Die Vorfrage lautet: Wie steht es mit den Aussichten der industriellen Entwicklung Rußlands? Haben wir seine industrielle Verselbständigung im Tempo Österreich-Ungarns und der Vereinigten Staaten zu erwarten, oder können wir sicher sein diese *pièce de résistance* unserer auswärtigen Versorgung mit Bauernprodukten noch Jahrzehnte als solche zu behalten? Das soll in einem zweiten Artikel untersucht werden.

XX
**PAUL KAMPFFMEYER · DER ETHISCHE AUS-
 GANGSPUNKT DES MARXISMUS**

IN der Hitze ihrer weltgeschichtlichen Kämpfe schwitzt die Sozialdemokratie aus allen Poren ethische Urteile. Da donnert sie mit Vernichtungssprüchen in die hinterhältigen Treibereien der kapitalistischen Scharfmacher hinein, da bricht sie den Stab über die aufsehenerregenden Erkenntnisse der Klassenjustiz, da brandmarkt sie den volksverheerenden Militarismus, da preist sie begeistert die Hingabe der Ge-

nossen an die Endziele des Sozialismus, um diese zu neuen größeren Opfern für den proletarischen Befreiungskampf zu begeistern, kurz, da arbeitet sie unermüdlich in ethischer Bewertung parteigegnerischer und parteigenössischer Gedanken und Taten.

Und wie kann das bei einer Partei auch anders sein, deren ganze Energie sich in dem Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen aufzehrt, die zu allen Tagesfragen in lebhaft bejahender oder streng verneinender Form Stellung zu nehmen hat. Die Niederwerfung der menschlichen Ausbeutung ist ein hoch ethisches Ziel, das mit dem Ideal des großen Ethikers Kant zusammenstimmt: mit der Verwirklichung des Gedankens, daß jeder Mensch Selbstzweck sein und nicht als Mittel fremden Zwecken dienen soll. Der Mensch soll nicht mehr ausgebeutet werden, das heißt, er soll nicht mehr eine Beute fremder Menschen sondern Selbstzweck sein. Ich bediene mich hier der gebräuchlichen Redewendung von der Ausbeutung des Menschen, obwohl sie das neue ethische Moment des Sozialismus nicht völlig umfaßt. Die sozialistische Ethik gipfelt nicht nur in der bloßen Unantastbarkeit der Persönlichkeit des Menschen, nicht in der Unterlassung der Ausbeutung, nicht in einem rein Negativen sondern in der Steigerung und Erhöhung dieser Persönlichkeit durch gemeinsames, solidarische, vergesellschaftetes Handeln. Das Ziel der Sozialdemokratie schließt eben, wie auch K. Kautsky betont, »gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller«, eine »allseitig harmonische Vervollkommnung des Menschen« ein. Angesichts dieses hohen ethischen Ziels, das sich die Sozialdemokratie gesteckt hat, werden erst die harten sozialistischen Urteile über die bürgerliche Gesellschaft verständlich. Strebt die Sozialdemokratie die allseitige harmonische Entwicklung des Menschen und damit auch die Entfaltung dessen ethischer Qualitäten an, so verstehen wir den sittlichen Zorn dieser Partei über die gewaltsame Verstümmelung der körperlichen, geistigen und moralischen Anlagen des Menschen durch die heutige politische und sozialwirtschaftliche Zwangsordnung.

Obwohl über die Ethik in der Partei nicht viel geredet wird, gehört sie doch zu den Dingen, die man tut, aber über die man nicht spricht, ja, die Ethik ist die hervorstechendste, die Sozialdemokratie von Kindesbeinen an charakterisierende Seite ihres Wesens. Die Sozialdemokratie ist nicht die Partei gemessener, ruhiger Weltbetrachtung sondern unruhiger, urlebendiger Weltumwälzung. Sie ist die Partei der zwecksetzenden Tat, der bewußten Zielstrebigkeit, und als solche wurzelt sie in der Ethik und strömt in ihrem Wirken ganz in Ethik über. Und gerade in dem eigentlichen Begründer des modernen Sozialismus, in Karl Marx, hat sich die Ethik als Elementarkraft betätigt, als er den sozialistischen Gedanken in seinen ersten wissenschaftlichen Arbeiten formulierte. Die ethische Grundrichtung in der großen Denker- und Kämpferpersönlichkeit eines Karl Marx ist oft verkannt worden. Das hat auch jüngst noch G. von Schulze-Gaevernitz in einer akademischen Rede getan.¹⁾ Er nennt Marx zwar einen »Ethiker von Grund auf«, wird aber durchaus nicht des ethischen Fundaments der Marx'schen Jugendwerke gerecht. Durch eine sehr willkürliche Aneinanderreihung von Zitaten formt er aus Marx einen *Wert-nihilisten*, einen wütenden Religionshasser, einen politischen Gewaltrevolutionär. Ich leugne nicht, daß in die Individualität von Marx einzelne Teilchen von diesen hier gekennzeichneten Eigenschaften versprengt wurden — *Wert-*

¹⁾ Siehe von Schulze-Gaevernitz *Marx oder Kant?* /Freiburg 1909/.

nihilist war Marx allerdings nie —, aber aus diesen Teilchen kann man unmöglich die geistige und ethische Gesamtpersönlichkeit Marxens zusammensetzen. Der Marxsche Begriff des organisierenden, staatsgestaltenden Proletariats, der selbst im *Kommunistischen Manifest* auftritt, aber — und das ist bei einer auf den Ausbruch der proletarischen Erhebung gestimmten, flammend revolutionären Flugschrift selbstverständlich — durch Barrikadenrufe übertönt wird, verschwindet bei Schulze-Gaevernitz vollständig. Und so schreibt dieser denn über Marx den Satz nieder: »Das Proletariat ist für Marx der geborene Feind Gottes und des Staates, das Werkzeug der Zerstörung von Grund auf.« Schulze-Gaevernitz modelt Marx gleichsam nach dessen Gegenbild Bakunin um, er wandelt ihn in einen zerstörungswütigen Anarchisten und sieht nicht in ihm den kritisch und positiv aufbauenden Tatmenschen, den Reformen und Revolutionär. In einem spätern Aufsatz *Nochmals Marx oder Kant* hat Schulze-Gaevernitz seine schiefen Urteile über Marx in einigen Punkten berichtigt. Er rühmt ihm dort einen für die erhabenen Gedanken der »Menschenwürde« glühenden Kopf nach, aber in die ethischen Ideengänge des jungen Marx, in diese ersten Ansätze des Marxismus ist er dennoch nicht eingedrungen.

Der Ausgangspunkt des Marxismus ist in der Tat ein sozial-ethisches Ideal: die Verwirklichung des Gattungsmenschen, des vergesellschafteten Menschen. Dieser Mensch lebt in dem Kopf und Herzen unseres großen Vorkämpfers. Im Jahr 1843 schreibt er die Worte: »Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine *forces propres* als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.«²⁾ Ein ethischer Grundgedanke beseelt auch die ersten grundlegenden Arbeiten Friedrich Engels'. Eine starke ethische Wärme strömen die Engelschen Zeilen aus, in denen er von der Erringung des freien menschlichen Selbstbewußtseins und von der Begründung einer neuen, rein menschlich-sittlichen Welt redet: »Wir haben nicht nötig«, so führt Friedrich Engels aus, »um die Herrlichkeit des menschlichen Wesens zu sehen, um die Entwicklung der Gattung in der Geschichte; ihren unaufhaltsamen Fortschritt, ihren stets sichern Sieg über die Unvernunft des einzelnen, ihre Überwindung alles scheinbaren Übermenschlichen, ihren harten, aber erfolgreichen Kampf mit der Natur, bis zur endlichen Erringung des freien, menschlichen Selbstbewußtseins, der Einsicht von der Einheit des Menschen mit der Natur und der freien, selbsttätigen Schöpfung einer auf rein menschliche, sittliche Lebensverhältnisse begründeten neuen Welt: um alles das in seiner Größe zu erkennen, haben wir nicht nötig erst die Abstraktion eines Gottes herbeizurufen und ihr alles Schöne, Große, Erhabene und wahrhaft Menschliche zuzuschreiben; wir brauchen diesen Umweg nicht, wir brauchen dem wahrhaft Menschlichen nicht erst den Stempel des Göttlichen aufzudrücken, um seiner Größe und Herrlichkeit sicher zu sein.«³⁾ Im Menschlichen liegen nach Engels die Keime zum sittlich Größten, und die Geschichte

²⁾ Siehe Marx und Engels *Gesammelte Schriften 1841 bis 1850*, 1. Band. (Stuttgart 1902), pag. 424.

³⁾ Siehe Engels, *loc. cit.*, pag. 486.

ist schließlich nur die Entfaltung dieser Keime. Das ethische Ziel der Entwicklung ist das freie, menschliche Selbstbewußtsein, die auf rein menschliche, sittliche Lebensverhältnisse begründete neue Welt. In den beiden jungen Sozialisten Marx und Engels arbeitet elementarkräftig die Idee der sich körperlich, geistig und sittlich emparentwickelten Welt. Die Welt ist auf den Gattungsmenschen, auf den vergesellschafteten, den sozialistischen Menschen eingestellt. Das wahrhaft Menschliche ist das Sozialistische, und das ganze sozialistische Prinzip ist nach Marx nur die eine Seite, die »die Realität des wahren menschlichen Wesens betrifft«. Die Vorstellung von der Welt als von einem Kosmos, von einem innerweltlichen geordneten, sich zu höchsten Gebilden emparentwickelten All taucht selbst noch später in den ganz materialistischen Ideengängen Engels' auf. »Der große Grundgedanke«, schreibt Friedrich Engels, »daß die Welt nicht als ein Komplex von fertigen Dingen zu fassen ist sondern als ein Komplex von Prozessen, worin die scheinbar stabilen Dinge, nicht minder wie ihre Gedankenabbilder in unserm Kopf, die Begriffe, eine ununterbrochene Veränderung des Werdens und Vergehens durchmachen, in der bei aller scheinbaren Zufälligkeit und trotz aller momentanen Rückläufigkeit schließlich eine fortschreitende Entwicklung sich durchsetzt: dieser große Grundgedanke ist namentlich seit Hegel so sehr in das gewöhnliche Bewußtsein übergegangen, daß er in dieser Allgemeinheit wohl kaum noch Widerspruch findet.«¹⁾ Im Wirklichen entfaltet sich die Vernunft: Dieser Satz wird eine Säule des ganzen Marx-Engelschen Gedankensystems. »Die Vernunft«, so schreibt Marx im September 1843 an Arnold Ruge, »hat immer existiert, nur nicht immer in der vernünftigen Form. Der Kritiker kann also an jede Form des theoretischen und praktischen Bewußtseins anknüpfen und aus den eigenen Formen der existierenden Wirklichkeit die wahre Wirklichkeit als ihr Sollen und ihren Endzweck entwickeln. Was nun das wirkliche Leben betrifft, so enthält gerade der politische Staat, auch wo er von den sozialistischen Forderungen noch nicht bewußter Weise erfüllt ist, in allen seinen modernen Formen die Forderungen der Vernunft.«²⁾ In der Welt steckt der Trieb zur wahren Wirklichkeit, zu einer sein sollenden Welt. Und aus der Vorstellung heraus, daß sich die Welt in der Wirklichkeit zu neuen vernünftigen Prinzipien emporringt, ruft Marx seinem Mitstreiter Arnold Ruge zu: »Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien.«

Das neue Prinzip, die wahre Wirklichkeit, das Sollen und den Endzweck der Wirklichkeit, fanden nun Marx und Engels in dem Gattungsmenschen, in der vergesellschafteten Menschheit. Von diesem neuen sozialetischen Standpunkt aus betrachteten sie die Wirklichkeit, sie maßen gleichsam an der wahren Wirklichkeit die tatsächliche Wirklichkeit. Die unter dem Gesichtswinkel der vergesellschafteten Menschheit gesehene wirtschaftliche Entwicklung enthüllte nun dem jungen Marx ganz neue Seiten der wirtschaftlich-sozialen Welt. Eine fundamentale Entdeckung von ihm war die in der Fabrik werdende gesellschaftliche Produktion, das neue wichtigste Stück der Vergesellschaftung. Das sonnenhafte Auge konnte eben nur die Sonne erschauen, und das sozialistisch vergeistigte Auge den Sozialismus in der Gesellschaft. Das sozial-

¹⁾ Siehe Engels *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie* / Stuttgart 1888, pag. 45 ff.

²⁾ Siehe Marx, loc. cit., pag. 381.

ethische Ideal des vergesellschafteten Menschen wird der Ausgangspunkt des jungen Marxismus.

Und das Ideal soll sofort Praxis werden. Kein bloßes Anschauen des Ideals, sondern Verwirklichung des Ideals mit den Mitteln der Wirklichkeit. Und Marx tut nun über die schwächliche »Liebessabbelei« Feuerbachs den großen Schritt hinaus. Gerade als Ethiker erklärt Marx gegen Feuerbach: »Diese Liebe verliert sich in sentimental Phrasen, durch welche keine wirklichen, faktischen Zustände beseitigt werden; sie erschläfft den Menschen durch den warmen Gefühlsbrei, mit dem sie ihn füttert.« Das ethische Empfinden stachelt den zu Taten drängenden Marx gegen die entnervende Wirkung der »Liebesduselei«, die »massenhaft Hysterie und Bleichsucht« hervorrufen muß. Dem untätigen anschauenden bürgerlichen Materialismus eines Feuerbach stellt Marx die weltumwälzende Philosophie der vergesellschafteten Menschheit gegenüber. Und er richtet im Jahr 1845 folgende Kampfesthesen gegen Feuerbach: »Das Höchste, wozu der anschauende Materialismus es bringt, das heißt der Materialismus, der die Sinnlichkeit nicht als praktische Tätigkeit begreift, ist die Anschauung der einzelnen Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft.« »Der Standpunkt des alten Materialismus ist die bürgerliche Gesellschaft; der Standpunkt des neuen die menschliche Gesellschaft, oder die vergesellschaftete Menschheit.« »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an sie zu verändern.«

Und diesem großen Ethiker Marx, der mit dem neuen Ideal der vergesellschafteten Menschheit, der wahren Wirklichkeit, die bürgerliche Wirklichkeit wertete, nennt von Schulze-Gaevernitz einen *Wert nihilisten*. »Sein Standpunkt«, so schreibt er, »ist — im Gegensatz zu Feuerbach — sozialrevolutionärer Nihilismus. Ihm entspringt Marxens Interesse am Proletariat, nicht den humanitären Gesinnungen des deutschen Idealismus oder den caritativen Neigungen des Christentums.« Konnte man Marx, den geistvollen Schöpfer und leidenschaftlichen Propagandisten des neuen ethischen Wertes von der vergesellschafteten Menschheit stärker verkennen? Aber von Schulze-Gaevernitz mag sich trösten: Auch viele *Marxisten* sind über Marx den Ethiker hinweggeschritten. Und doch muß man, will man den Werdeprozeß und das Wesen des Marxismus richtig erkennen, auf die Springquelle des Marxismus zurückgehen: auf die ethische Grundvorstellung von der vergesellschafteten Menschheit.

XX

MAX MAURENBRECHER · DAS RELIGIÖSE ELEMENT IM HEUTIGEN SOZIALISMUS



MAN muß es mit großer Freude begrüßen, daß Genosse Dr. Hans Müller in den *Sozialistischen Monatsheften* die Frage nach dem Verhältnis von Religion und Sozialismus wieder einmal zur Besprechung angeregt hat.¹⁾ Es ist nämlich diese Frage damit noch nicht entschieden, daß man alle bestehenden Religionen am Sozialismus prüft und sie vor die Frage stellt, ob sie in ihrer alten Form, mit ihren alten Glaubensbekenntnissen und Idealen, sich gegenüber dem sozialistischen Willen der steigenden Masse noch behaupten können. Diese

¹⁾ Siehe Müller *Das religiöse Moment in der sozialistischen Bewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1665 ff.

Kritik der überlieferten Religionen und Kirchen vom Standpunkt des Sozialismus aus ist vielmehr nur die eine Seite des großen Problems. Die andere Seite aber ist die, daß wir untersuchen, ob nicht aus dem sozialistischen Willen selbst heraus sich bestimmte Grundgedanken, Triebe und Ideale ergeben, die nicht anders als religiös beschrieben und begründet werden können. Jene kritische Erörterung gegenüber den überlieferten Religionen und Kirchen hat überhaupt nur dann wirklichen Wert und dient nur dann der wirklichen Befreiung und Veredlung des menschlichen Geistes, wenn wir so bald als möglich darüber hinaus zum positiven Aufbau derjenigen religiösen Grundelemente gelangen, die nun einmal, man mag wollen oder nicht, mit jeder Art von sozialistischem Willen untrennbar verbunden sind, und ohne die ein Wille zum Sozialismus als Ideal nicht propagiert werden kann.

Genosse Dr. Müller hat seine Ausführungen im wesentlichen auf den Gedanken gestimmt, daß auch der heutige Sozialismus noch Religion nötig habe, nötig sowohl in der Agitation gegenüber solchen, die noch an den alten Formen der Religion festzuhalten versuchen, nötig aber auch vor allem für die innere Kräftigung der genossenschaftlichen Gebilde, aus denen das Wirtschaftsleben der Zukunft sich entwickeln soll, und die nun einmal ohne religiöse Motive, wie er sehr richtig sagt, nicht aufgebaut werden können. Aber nicht nur die allgemeine sozialistische Propaganda in Kreisen, die zurzeit noch kirchlich sind, und nicht nur die Genossenschaftsbewegung brauchen das religiöse Element, sondern mindestens ebenso stark ist es auch den Gewerkschaften nötig, sobald ihre Agitation nicht nur mit indifferenten sondern mit christlich oder gelb organisierten Kollegen zusammenstößt. Gerade das Interesse der gewerkschaftlichen Agitation aber ist es, das uns schon in den nächsten Jahren zwingen wird uns die religiösen Elemente des Sozialismus immer deutlicher und immer wärmer zum Bewußtsein zu bringen.

Die ältere Agitationsweise der Gewerkschaften konnte dieses religiösen Elements und konnte jeder Weltanschauungsgrundlage zunächst überhaupt entbehren. Im wesentlichen ist diese ältere Agitation der Gewerkschaften nämlich darauf abgestimmt gewesen die beiden Rechenexempel in immer neuen Formen zu wiederholen, die dem Arbeiter nachweisen, wie sein eigener Vorteil es nötig mache, daß er sich mit seinen Kameraden zusammenschließt: Vereinzelt sind wir der Willkür des Unternehmers überliefert, gemeinsam vermögen wir ihm den Daumen aufs Auge zu drücken; indem wir eine bestimmte Summe als wöchentlichen Beitrag an die Kasse der Gewerkschaften zahlen, erreichen wir damit in der Erhöhung des Lohnes, in der Verkürzung der Arbeitszeit und der Unterstützung in Notfällen wesentlich viel mehr als wir mit dem Geld machen könnten, wenn es jeder vereinzelt auf die Sparkasse trüge. Immer wieder war es der Appell an das rechnende Selbstinteresse und an die den eigenen Vorteil bedächtig erwägende Vernunft, was in der Agitation der Gewerkschaften den weitesten Spielraum hatte. Nun aber ist durch die gelben Gewerkschaften eine Gegenbewegung ins Leben gerufen worden, der gegenüber der Appell an den eigenen Vorteil nicht immer genügt. Denn es kann schließlich einmal sein, daß das einzelne Individuum seinen und seiner Familie Vorteil in der Organisation der gelben Gewerkschaften besser erreicht als in der Organisation seiner klassenbewußten Kameraden. Es ist nicht unmöglich, daß der Verrat an den Klasseninteressen das einzelne Individuum in seinem Ein-

kommen und in der Sicherheit seiner Arbeitsstelle mehr fördert als das gemeinsame Vorgehen mit den Genossen. Oder wenigstens, es kann im Augenblick für das Individuum auf der Seite der gelben Gewerkschaften der größere Vorteil locken, wobei vorzubehalten ist, daß der Verräter, nachdem seine Genossen besiegt sind, wohl auch meist um den Lohn seines Verrats betrogen zu werden pflegt. Darum genügt den Lockungen der Unternehmergewerkschaften gegenüber der Appell an die rechnende Selbstsucht des Arbeiters nicht mehr. Wirklich durchschlagend ist der gelben Gewerkschaft gegenüber schließlich doch immer nur das Argument, daß sie Verräter an ihrer Klasse und damit Verräter an den idealen Zielen der Menschheit sind, daß sie also *sittliche* Pflichten verletzen, wenn sie sich dem gemeinsamen Kampf ihrer Klasse entziehen. Damit aber entsteht die Frage: Wie sind solche *sittlichen* Pflichten zu begründen; daß sie auch von dem anerkannt werden, der zunächst nur seinem persönlichen Vorteil und seinem privaten Genuß folgt? Und das eben ist der Punkt, wo jede Ethik in das religiöse Problem unschlägt.

Die Theoretiker des Sozialismus haben sich oft über die ältere Philosophie erhaben gedünkt und gemeint, alle Probleme früherer Philosophen seien für den Sozialisten erledigt, sobald er zugleich Darwinist sei. Hier aber sehen wir auf einmal, daß das praktische Bedürfnis der gewerkschaftlichen Agitation, ohne daß die meisten Gewerkschafter selber es merken, uns im Grunde wieder zu dem Problem zurückführt, das seit mehr als zwei Jahrtausenden das philosophische Denken der Menschen beschäftigt hat. Es ist die Frage nach der Begründung des *sittlichen* Ideals. Oder, anders ausgedrückt, es ist die Frage: Warum muß ich mir selbst und anderen bestimmte Pflichten auferlegen? Warum darf ich von anderen verlangen, daß sie bestimmte Handlungen als *unsittlich* verwerfen und andere Handlungen als *sittliche* wollen müssen, und warum fühle ich auch in mir selbst die Verpflichtung mich diesem Maßstab des Wollens zu unterwerfen? Worauf beruht die unbedingt verpflichtende Kraft *sittlicher* Motive? Oder mit den Worten Kants: Was verleiht dem *sittlichen* Imperativ seinen kategorischen Charakter? Die sozialistische Theorie ist an dieser Frage meines Wissens bisher achtlos vorübergegangen. Sie hat alle Probleme der *Sittlichkeit* rein entwicklungsgeschichtlich behandelt, hat dargestellt, wie die *sittlichen* Motive von Zeitalter zu Zeitalter sich verändert haben, und wie jeweils neue *sittliche* Motive aus neuen Kulturzuständen entsprungen sind. Nach dieser Richtung hin hat sie Bedeutendes geleistet und die Geschichte der praktischen *Sittlichkeit* und der *sittlichen* Ideale zum erstenmal auf einen wirklich wissenschaftlichen Boden gestellt. Aber indem sie das tat, hat sie vor dem theoretischen Grundproblem aller Ethik ihr Auge allzusehr verschlossen. Und doch enthält schon der ältere Sozialismus in seiner Theorie alles Material, was nötig war, um auch für dieses Problem die befriedigende Lösung zu finden.

Es ist nämlich nicht genug, wenn man, wie es Genosse Müller getan hat, die *Notwendigkeit* religiöser Grundgedanken und Triebe auch für die sozialistische Arbeit betont. Es darf sich in der Religion niemals nur darum handeln, daß man den Menschen beweist, daß sie Religion nötig haben. Aus der Notwendigkeit allein ist das Vorhandensein von Religion oder das Recht religiöser Gedanken noch nicht zu erweisen. Man muß vielmehr die Aufmerksamkeit darauf richten, daß der Sozialismus Religion hat, daß er sie wirklich hat,

nicht nur, daß er sie nötig hat. Mit anderen Worten: Man muß die Grundvoraussetzungen, die unbewußt in jedem Sozialisten schlummern, ohne die ein sozialistischer Wille und eine Propaganda für den Sozialismus nicht möglich wären, ans Licht heben und ins Bewußtsein rücken. Dadurch allein befriedigt man das Bedürfnis nach Religion, das sich in der Agitation herausgestellt hat. Wir dürfen unser Problem nicht nur dahin formulieren, daß auch wir noch Religion nötig haben, und daß wir deshalb den überlieferten Religionen uns freundlicher gegenüberstellen müssen. Sondern wir müssen das Problem so fassen, daß wir uns klar werden, daß bestimmte Elemente des Sozialismus als religiös zu bezeichnen und nur als solche zu begründen sind. Dann erst ist es eine weitere Frage, wie diese religiösen Elemente des Sozialismus sich zu den überlieferten Formen des religiösen Lebens stellen, ob sie sich mit irgendwelcher Art von überlieferter Religion decken, oder ob sie der kirchlichen Religion gegenüber nicht vielmehr eine höhere Stufe von Religion überhaupt darstellen. Die Debatte über Sozialismus und Kirche gewinnt erst durch eine solche Methode ihre wirkliche Höhe und ihr sachliches Recht.

In der ältern Theorie des Sozialismus nun hat es zwei Punkte gegeben, die als religiös bezeichnet werden müssen. Nicht, als ob die älteren Theoretiker des Sozialismus selbst sie mit diesem Wort bezeichnet hätten. Im Gegenteil, sowohl Marx, Engels und Lassalle als auch ihre Nachfolger Liebknecht, Schweitzer usw. sind immer der Meinung gewesen, daß die Religion im geistigen Leben der Menschen ihre Rolle ausgespielt und für den Sozialisten gar keine Bedeutung mehr habe. Trotzdem aber haben gerade Marx und Lassalle aus der Hegelschen Schule den Begriff der *Entwicklung* übernommen, die sich in der Welt vollzieht und sich durchsetzt, gleichgiltig, was das einzelne menschliche Individuum darüber denkt und fühlt. In keiner andern geistigen Richtung ist die Objektivität, die Naturnotwendigkeit der *Entwicklung* so sehr betont worden wie von den älteren Theoretikern des Marxismus. Nach ihrer Darstellung ist die Entwicklung wirklich eine dem Einzelmenschen übergeordnete Macht. Sie ist das große Etwas, das durch die Natur und die Geschichte geht, das von keinem Lebewesen bisher jemals erkannt worden ist, dem aber alle Tiere und Pflanzen und bisher auch die Menschen unbewußt gedient haben, ohne Ziel, Richtung und wirkliche Kraft des Entwicklungsvorgangs zu kennen. Gerade die marxistischen Formulierungen des historischen Materialismus laufen ja eben darauf hinaus zu beweisen, daß der Geschichtsprozeß mit eherner Notwendigkeit sich durchsetzt, gleichgiltig, welches die individuellen Pläne und Erwägungen der handelnden Personen gewesen sind: die *Entwicklung* benutzt die Menschen und ihre Pläne, und sehr oft geht es in der Geschichte nach dem Motto, das der alternde Josef seinen Brüdern gesagt hat: »Ihr gedachtet es böse mit mir zu machen, aber Gott gedachte es gut zu machen.« Die Menschen versuchten dem Rad der Geschichte in die Speichen zu fallen und haben es gerade dadurch nur um so schneller vorwärtsgetrieben. So wurde gerade für den Marxisten der geschichtliche Prozeß zu etwas Überindividuellem und Übermenschlichem, zu einer Kraft, die sich im ganzen Geschehen durchsetzt, und die von eines einzelnen Menschen Geist doch niemals ganz umfaßt und erklärt werden kann, die ihre eigenen Gesetze, ihren eigenen Sinn und ihr Ziel in sich hat, und die mit den Individuen und Völkern spielt, je nach ihrem tiefern Zweck sie aufhebt und wieder wegwirft, ohne nach der

Lust und dem Glück der Individuen und der Völker zu fragen. Der Glaube an dieses übermenschliche Etwas, das die Marxisten in der Hegelschen Schule die *Entwicklung* oder das *Bewegungsgesetz der Geschichte* oder ähnlich genannt haben, ist ein Stück Religion. Das einzelne menschliche Leben wird dadurch in einen Zusammenhang eingebettet, den es nicht übersieht und dessen wirklich treibende Kräfte es nicht einmal ahnt, und der doch allein seinem Leben Weihe und Wert gibt. In den anscheinend rein individuellen Erlebnissen und Entschlüssen werden Kräfte nachgewiesen, die weit über den individuellen Willen hinausgehen. Und dazu hat der echte Marxist zu dieser *Entwicklung* das abgrundtiefe Vertrauen, daß sie mit *Naturnotwendigkeit* zur sozialistischen Gesellschaftsordnung führt. Das war es, was die Massen von Anfang an fasziniert hat, und weshalb ihnen auch heute noch der Marxismus wertvoll erscheint. Die Einzelheiten der marxistischen Theorie sind wissenschaftliche Hypothesen, zu deren Annahme oder Ablehnung ein begrifflich geschultes Denken und eine große Masse von Tatsachenkenntnis gehört. Über beides verfügt die Masse durchschnittlich nicht. Aber sie umfaßt den Marxismus als einen Glauben, daß trotz aller Fehler, Rückschläge und Niederlagen, die man in der empirischen Bewegung erlebt, der Sieg des Proletariats unvermeidlich und unaufhaltsam sei.

Der Marxist weiß nämlich nicht nur, daß die Geschichte über alle individuellen Wünsche hinaus von einer geheimen Macht geleitet wird, die ihren eigenen Bewegungsgesetzen folgt; er glaubt auch, daß er über den Sinn und das Ziel dieser Bewegungsgesetze bestimmte Aussagen machen kann. Er erfäßt die Geschichte als die *Bewegung des Geistes von der Natur zur Freiheit*. So hat es Hegel ursprünglich formuliert; so hat es Lassalle ausdrücklich für die Gesellschaftsauffassung des Arbeiterstands im Arbeiterprogramm übernommen;*) so haben es Marx und Engels in gelegentlichen Ausführungen immer wieder betont. Ohne diesen Hintergrund Hegelscher Philosophie ist der Optimismus der älteren Marxisten überhaupt nicht zu verstehen. Auch Mehring hat ja, wo er einmal den Versuch gemacht hat den Gedankengang des historischen Materialismus wirklich zu beschreiben, keine andere Formulierung gefunden.**) Erst durch diese Formel bekam für die marxistischen Sozialisten die ganze Weltgeschichte ihren Zusammenhang und ihren sittlichen Wert. Vor allem aber bekam der eigene sozialistische Wille dadurch seine objektive Begründung in den Tiefen des Weltgeschehens, weit über das Wünschen und Planen der einzelnen sozialistischen Individuen hinaus. Die sozialistische Gesellschaftsordnung erschien als die Erfüllung, als das letzte Ziel der Weltbewegung, als der Zustand, in dem die Freiheit des Geistes von der Natur zum erstenmal wirklich und vollständig durchgeführt sein werde.

Dieser metaphysische Satz über den tiefern Sinn des Weltgeschehens ist für die älteren Sozialisten der letzte Grund ihrer Agitation und die tiefste Ursache dafür, warum die Arbeiterbewegung ein so stolzes Bewußtsein ihrer weltgeschichtlichen Mission hat entfalten können. Alle jene Stimmungen, daß die Arbeiterbewegung der Erlöser der Welt sei, die in Festreden, Weihnachtsartikeln und am echtsten in den Festliedern unserer Arbeitergesangsvereine zum Ausdruck gekommen sind, haben in diesem Erbstück aus der Hegelschen

*) Siehe Lassalle *Reden und Schriften*, 2. Band (Berlin 1893), pag. 45 ff.

**) Siehe Mehring *Die Lessinglegende* (Stuttgart 1893), pag. 489.

Metaphysik ihren Ursprung. Das Erbstück selbst aber zu beweisen und kritisch sicherzustellen, dazu hat innerhalb der sozialistischen Theorie, soweit ich weiß, überhaupt niemand wieder einen Versuch gemacht. Es gilt als feststehende Wahrheit, daß der Sinn der Weltbewegung die Entwicklung des Geistes von der Natur zur Freiheit sei. Das wurde übernommen und zur Grundlage der großen Begeisterung gemacht, die namentlich die erste Periode der Arbeiterbewegung trug. Aber es ist niemals vom sozialistischen Standpunkt aus selbstständig untersucht und von neuem bewiesen worden.

Und doch ist diese Formel in dieser Form heute für uns unannehmbar. Sie will ja eine wissenschaftliche Lehre sein, die mit dem Anspruch auf objektive und allgemeine Gültigkeit auftritt. Sie will ein Satz sein, den man mit logischen Gründen beweisen kann, eine objektive Erklärung für das Weltgeschehen, die des Weltgeschehens letzten Grund und innerste Kraft enthüllt. Dazu aber ist diese Formulierung zu eng. Sie genügt nicht, um den empirischen Tatbestand des ganzen Weltgeschehens in jedem einzelnen seiner Stücke wirklich zu umfassen und zu erklären. Sie ist rein aus der menschlichen Geschichte geschöpft, bezieht sich auch hier nur auf die Geschichte der Kulturvölker und übersieht auch in dieser Geschichte noch geflissentlich alles das, was etwa auf andere Richtungen der Entwicklung deuten könnte. Unser heutiges Weltbild aber ist durch die naturwissenschaftliche, insonderheit durch die biologische Arbeit der letzten Jahrzehnte, die selbst ein Hegel noch nicht zu ahnen vermochte, so ungeheuer vergrößert, die Zahl der in der Welt mit einander ringenden Gruppen von Lebewesen und darüber hinaus von Energien ist für unsere Erkenntnis so milliardenfach vermehrt, daß wir vollständig darauf verzichten müssen dieses brodelnde Spiel der Kräfte überhaupt noch mit einem zusammenfassenden Namen bezeichnen und eine bestimmte Richtung in ihm mit wissenschaftlicher Genauigkeit nachweisen zu wollen. Wer will denn in Wahrheit beweisen, daß mit der Formel *Entwicklung des Geistes von der Natur zur Freiheit* das Wesen der Weltbewegung wirklich zutreffend geschildert sei? Zur Weltbewegung gehört ja nicht nur der Mensch, der in Technik und Wissenschaft sich immer mehr der Natur bemächtigt, und dessen Erkenntnis immer tiefer in die Geheimnisse des Geschehens sich einbohrt. Sondern zur Weltbewegung gehört zum Beispiel auch der Tuberkelbazillus, der sich in der menschlichen Lunge entwickelt, und dessen Bewegungsgesetz und Lebenstrieb darauf hinausläuft den menschlichen Organismus zu zerstören, um für sich und seinesgleichen Spielraum auf der Erdoberfläche zu gewinnen. Zum Bewegungsgesetz der Geschichte gehört nicht nur die Masse, die aufwärts drängt nach Licht und Leben und Bildung, sondern auch die Herrenschar, die sich dem Drängen der Masse entgegenstellt und sie auf ewig unten zu halten versucht. Wer will aus wissenschaftlichen Argumenten heraus objektiv entscheiden, welcher dieser Willenkomplexe sich durchsetzen wird, und wessen Sieg für die Weltbewegung im ganzen wertvoller ist? Wenn man das Glück der größtmöglichen Menge als den Leitstern des Wertens annehmen wollte, stellt da nicht der Tuberkelbazillus eine um Milliarden viel größere Menge dar als die ganze menschliche Gattung zusammengenommen? Und ist denn auch er nicht ein Lebewesen, das seiner Natur nach Anspruch auf Glück und Befriedigung seiner Triebe erheben darf? Wer will sich schließlich vermessen über das Weltall im ganzen den Richter zu spielen und von dem kleinen

Punkt der Erdkruste aus, auf dem wir stehen, in das Weltall, das uns die Astronomie erschließt, hinauszurufen, letzter Sinn und höchster Zweck alles Weltgeschehens sei der im Menschengehirn sich entwickelnde Geist? Es ist nicht möglich nach dieser Richtung hin irgend einen wissenschaftlich beweisbaren Gedanken zu äußern. Die Wissenschaft kann nur feststellen, daß das Weltsystem im ganzen ein System von Energien ist, die wechselseitig sich verbinden und unterstützen und wechselseitig gegen einander kämpfen und sich zu zerstören trachten. Welche Gruppe unter diesen milliardenfach verschlungenen Energien für die Weltbewegung bis in ihre fernste Zukunft hinein die wertvollste ist, darüber auch nur irgend ein Wort mit dem Anspruch auf wissenschaftliche Beweisbarkeit zu sagen geht über das Vermögen des menschlichen Denkens und der wissenschaftlichen Arbeit unendlich hinaus.

Wir aber sind nicht nur denkender Verstand, der das System der Energien in der Weltbewegung überschaut; wir sind vielmehr selbst ein Stück dieser Energien, die in der Welt gegen einander ringen, und deren Kampf mit einander den empirischen Inhalt der Weltbewegung ausmacht. Auch die Arbeiterbewegung ist eine Energie, die sich durchsetzen will. Ihr Ziel wird zunächst aus der eigenen Lebenslage der Arbeiter heraus gestellt und aus dem Wünschen und Sehnen, zu dem die Kenntnis anderer Lebensverhältnisse sie bringt. Von da aus entsteht der Wille die Weltbewegung dahin zu beeinflussen, daß sie sich in der Richtung entwickle, daß immer mehr Menschen Anteil an der Kultur gewinnen, und daß die Herrschaft des Menschengeschlechts über die Natur immer sicherer und umfassender werde. Wenn dies aber der praktische Wille der Arbeiterbewegung ist, von dem allein aus sie alle ihre einzelnen Maßnahmen und Ansichten begründen kann, so müßte sie sich selber aufgeben, müßte sie selbst die Grundlage, auf der sie ruht, erschüttern, wenn sie nicht die Voraussetzung machen würde, daß ihr Sieg für die Weltbewegung im ganzen wirklich von Wert ist. Es ist nicht möglich, daß wir über Sinn und Ziel der Weltbewegung positiv ein zutreffendes Urteil fällen; denn wir sind selbst ein Stück dieser Bewegung und kennen weder ihren Anfang noch ihr Ziel noch den innern Zusammenhang, in dem auch nur in der Gegenwart alle Einzelheiten dieser Bewegung mit einander stehen. Wir müssen aber um unserer Selbstachtung willen voraussetzen, daß der Sieg der Arbeiterbewegung im allgemeinen Ziel der Weltbewegung enthalten ist, oder, besser gesagt, daß es für die Weltbewegung im ganzen von Wert ist, wenn auf der Erde die sozialen Ziele der Arbeiterbewegung in der Menschheit erreicht werden. Das ist kein wissenschaftlicher Gedanke, den wir meinen mit objektiven Gründen allgemeingültig beweisen zu können. Das ist vielmehr eine Folge des subjektiven Willens nach aufwärts, der nun einmal instinktiv in der Arbeiterschaft lebt, oder, wiederum besser gesagt, der durch die geschichtliche Situation des letzten Jahrhunderts zum erstenmal in der Arbeiterbewegung geweckt ward. Wir glauben, daß dieser Lebenstrieb einen Wert für das Ganze hat, auch wenn wir ihn nicht positiv zu formulieren und objektiv zu begründen vermögen. Das ist ein Glaube, ein Wille, und nicht ein wissenschaftlicher Gedanke.

Diese Formulierung entspricht der wissenschaftlichen Methode, die wir von Friedrich Nietzsche gelernt haben, und die auch dem innern Wesen des Marxismus am besten entspricht. Nietzsche hat zwar gesagt: »Der Übermensch

ist der Sinn der Erde.« Das klang wie ein metaphysischer Lehrsatz. Aber Nietzsche hat ihn sofort umschrieben und hat ihm damit seine richtige Bedeutung gegeben: »Euer Wille sage, der Übermensch sei der Sinn der Erde.« Es gibt keine allgemeingültige metaphysische Aussage über den Sinn des Geschehens. Es gibt nur Ziele, die unser Wille sich setzt, und die wir im Fluß des Geschehens zum Sieg zu führen versuchen. Dabei macht es praktisch gar keinen Unterschied, ob wir metaphysisch an einen geheimen Plan und Sinn der Weltbewegung denken, oder ob wir alles Geschehen rein kausal, das heißt rein zufällig erklären, so daß die *Weltbewegung* nur dadurch entsteht, daß jeweils der Lebenswille der Späteren sich auf der Grundlage aufbaut, die die Vorigen kraft ihres Lebenswillens gelegt haben. In beiden Fällen ist die Energie und die Treue, die jede Generation in der Erfüllung gerade ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe aufweist, eine Vorbedingung für den Fortgang des Weltgeschehens im ganzen. Die Fischfamilie, der der Lebensspielraum im Wasser zu eng ward, und die durch generationenlange Übung, durch Erziehung und Gewöhnung sich abquälen mußte aus der Schwimmblase eine Lunge zu machen, wußte in ihrem dunklen Trieb wohl nur, daß sie vernichtet würde, sobald es ihr nicht gelänge auf trockenem Land zu atmen. Unbewußt aber schuf sie damit die Grundlage, auf der alles höhere Leben sich erst entwickeln konnte und dann auch tatsächlich entwickelt hat. Ganz gleichgültig, ob wir darin nun einen geheimen Plan der Weltregierung vermuten, oder ob wir die ganze spätere Entwicklung der Landtiere und des Menschen als ein Spiel des Zufalls auffassen, wo immer der Nachgekommene die Errungenschaften des Früheren zur Weiterführung seines Lebensspielraums benutzt hat: in beiden Fällen bleibt doch dies bestehen, daß von allem, was wir haben, nichts unser Besitztum wäre, wenn nicht Millionen von Lebewesen ihr Leben dafür eingesetzt hätten etwas zu bauen, das über sie hinausreicht, und das mehr ist als die, die es schufen. Und von da aus können wir uns dem Zwang des Gedankens gar nicht entziehen, daß auch unser eigenes Leben nur dann einen Wert hat, wenn es nicht in persönlichem Genuß und in der Laune des augenblicklichen Rausches aufgeht, sondern wenn es der Arbeit an etwas Großem gewidmet ist, das nur durch unsere Arbeit kommt, das aber in Wirklichkeit doch erst kommen wird, wenn wir Individuen längst zerfallen sind.

Die Treue gegenüber der unbekanntem Zukunft, der Dienst an der Weltbewegung, ohne daß wir ihren Ursprung, ihren Sinn, ihre treibende Kraft und ihren Wert verstehen: das ist die Religion des modernen Menschen, der sein Leben als Teil des ganzen Weltgeschehens fühlt und von daher Weihe und Verantwortlichkeit für sein Leben gewinnt. Die Religion des Sozialisten insbesondere aber ist der Gedanke, daß die Emporhebung der arbeitenden Klassen diejenige Aufgabe ist, die die Kulturmenschheit gerade in der Gegenwart für die Weltbewegung im ganzen zu leisten hat. Wir würden unsere Pflicht gegenüber dem Weltgeschehen im ganzen nicht erfüllen, wir würden der Treue und damit des Wertes unseres Lebens ermangeln, wenn wir diesem Ziel nicht alle Arbeit und alle Hingebung widmen wollten. Der Satz, daß die Weltbewegung in ihrem wirklichen Inhalt die Bewegung des Geistes von der Natur zur Freiheit sei, ist für uns demnach zwar nicht mehr ein metaphysischer Satz; wohl aber kann er die Formel sein, in die der religiöse Entschluß zum Sozialismus sich kleidet. Sie ist ein sittlicher Appell, eine Pflicht für unsern Willen, nicht eine

Aussage objektiv beweisbarer Wissenschaft. Sie beschreibt nicht ein Werden, das aus innerer Notwendigkeit heraus von selbst in der Welt sich vollzieht; sondern sie richtet sich an den Willen und soll dem Willen der Menschen ein Ziel geben. Objektiv müssen wir immer die Möglichkeit offen halten, daß die Entwicklung der Welt, insbesondere aber die Entwicklung des Menschengeschlechts auch anders geht; denn es sind auch Energieen an der Arbeit, die die entgegengesetzte Entwicklung wünschen und ihrerseits wieder die Arbeit an dieser entgegengesetzten Entwicklung als ihre sittliche und religiöse Pflicht empfinden. In diesem Kampf der Energieen gibt es keine Vorausbestimmung, keine Naturnotwendigkeit, die unausweichbar geschehen muß; es gibt vielmehr nur die Frage, welche der mit einander ringenden Energieen die größere Kraft für sich sammeln kann, um sich den anderen gegenüber durchzusetzen und zu behaupten. Die Kraft des Sozialismus aber liegt in der Zahl und in der sittlichen Kraft seiner Anhänger. Je größer die Schar seiner Anhänger wird, je stärker die Treue, die Hingebung und der Opfermut ist, mit dem sie für ihre Ziele kämpfen, dann aber auch: je realistischer die Klugheit ist, mit der sie ihre Kämpfe führen, um so rascher und um so sicherer wird ihr Kampf zum Sieg führen. Wir heutigen Sozialisten haben damit zwar einen *wissenschaftlichen* Lehrsatz weniger in unserm Katechismus; wir können nicht mehr davon reden, daß die Weltentwicklung mit Naturnotwendigkeit zum Sozialismus führt. Dafür aber haben wir einen ungeheuren Impuls für den Willen, eine sittliche Wucht für die Agitation und für die sozialistische Selbsterziehung.

Damit aber mündet die philosophische Untersuchung wieder bei dem, was auch die Praxis der Arbeiterbewegung schon bisher geübt hat. Wenn den Gelben oder den unorganisierten Arbeitswilligen gegenüber kein anderes Argument mehr verfängt, so greift auch der schlichte Arbeiter ohne viel philosophische Überlegung zu dem richtigen Ausweg. Er sagt dem Gegner: Du bist ein Lump und ein Verräter an deinen Brüdern. Er könnte hinzufügen: Du versündigst dich an dem Zweck der Welt; denn der Zweck der Welt, wenn anders überhaupt ein solcher vorhanden ist, verlangt zu seiner Verwirklichung, daß jede Gruppe von Menschen ihre Lebensenergie und ihren Anteil an der Kultur zu steigern suche. Du müßtest dich selbst und deinen Trieb zum Leben verleugnen, wenn du als Arbeiter nicht zugeben wolltest, daß wir dieses und nichts anderes als Zweck der Welt voraussetzen müssen. Bei jeder andern Formulierung des Weltzwecks würdest du dich und deine Nachkommen auf Ewigkeit zu dem unglückseligen Los des Karrenschiebers der Kultur verdammen.

XX

WALLY ZEPLER · PROBLEME DES FRAUENLEBENS

KARIN Michaelis' Buch *Das gefährliche Alter* ist eine Sensation geworden. Es wird gebilligt oder abgelehnt, von vielen verhöhnt und von wenigen verteidigt. Man entrüstet sich, daß eine Frau so intime Dinge der Öffentlichkeit preisgibt, und protestiert empört dagegen, daß alle Frauen etwa empfinden wie die Heldin des Romans. Mir scheint, die Frauen sollten sich mit diesem Werk in einem ganz andern und tiefern Sinn befassen. Tatsächlich

erschien selten ein Buch, das den Geist der Frau so durchwühlen, sie so erregen und beschäftigen, Ideen über Vergangenheit und Zukunft ihres Geschlechts so in ihr wecken kann wie dieses. Zunächst sollten wir Frauen der dänischen Dichterin nur gerade für ihren Wahrheitsmut danken. Denn Wahrheitsmut steckt in diesen Aufzeichnungen, mehr als wir von einer weiblichen Künstlerin gewohnt sind. Und ihn vor allem brauchen die Frauen, wenn sie wirklich einmal in großem Sinn Künstlerinnen werden wollen. Künstler kann nur sein, wer wahr ist, wer auch die Kraft hat den Schleier von seinem Innern zu ziehen, diesen zarten, schützenden Schleier, hinter dem wir Menschen alle unser wirkliches Leben bergen, hinter dem eine so völlig andere, oft feinere oft brutālere, stets aber so viel reichere und buntere Welt des Fühlens sich versteckt als die, in die wir selbst in den seltenen Stunden warmer geistiger Hingebung einen andern hineinblicken lassen. Der Künstler muß wahr sein. Gewiß nicht in der rohen Bedeutung, daß er nur ganz nackt sich selber geben müßte. Sein Werk saugt nur die Nahrung aus seiner eigenen Seele. Sein Geist ist in seinen Gestalten und ist doch oft in keiner einzigen ganz. Denn Kunst ist jene seltsame Kraft, die aus dem innersten Wesen des einen schöpferischen Menschen immer neue Formen und Erscheinungen bildet. Aber können wir deshalb auch nicht ohne weiteres aus der Schöpfung den Schöpfer lesen, so bleibt doch schrankenlose innere Wahrheit des Künstlers oberstes Gesetz. Nur soweit die Kunstform selbst ihn verbirgt, darf er verborgen bleiben; nicht aber aus Gründen, die außerhalb des Künstlerischen liegen. Nicht aus Furcht der Welt Kleinheit und Schwäche, Gemeinheit oder was sonst immer von dem zu enthüllen, was wir gewöhnt sind *moralische Mängel* zu nennen. Legt der Künstler solche Maße an, so vergiftet er den Quell seiner eigenen Kraft; er lähmt den intuitiven Zwang, der aus ihm selber unbekanntem Sphären in ihm hervorbricht, und unterstellt die schöpferischen Mächte seiner Seele fremden Gesetzen.

Dieses künstlerische Verbrechen hat, wie mir scheinen will, die schaffende Frau bisher fast stets begangen. Nicht mit vollem Bewußtsein dessen, was sie tat, nicht, weil die einzelne für sich gefürchtet hätte, wenn sie wirklich mit grellem Licht in die verborgenen Winkel ihrer Seele leuchtete, nein, aus ganz anderen, tiefer im Dunkel ruhenden Gründen; aus Gründen, die uns vielleicht vieles in dem oft konstatierten Mangel an Originalität im Weibe erklärbar werden lassen, die in seiner Jahrtausende alten sozialen und geistigen Abhängigkeit vom Mann wurzeln und sich erst langsam, langsam, erst dann schwächen oder überwinden ließen, wenn die Frauen lange Zeit wirklich frei sein könnten, wenn die Zukunft Lebensformen fände, die es auch dem Weibe möglich machten sich während der reichsten Periode seines Daseins selber zu gehören. Gewiß mag man demgegenüber zuungunsten der Frauen sagen: Was hinderte sie denn in der Kunst völlig auszuleben, was hinderte sie in stiller Klausur ihre Flügel zu regen, sich dort schrankenlos dem Flug ihrer Träume und Phantasieen zu überlassen, was hinderte sie gegen sich selber wahr zu sein, sich im Kunstwerk ganz zu offenbaren, wenn sie in ihrer Seele offenbarungswürdiges Eigenes trugen? Daran hinderte sie freilich nichts Äußeres; hätten sie doch in einem verschwiegenen Schubfach aufbewahren können, was der Zwang des Schaffens oder Denkens ihnen entlockte und sie etwa aus Scham der Welt nicht enthüllen mochten. Aber das gerade ist die schlimmste und traurigste Folge von all den

unlösaren Lebensabhängigkeiten der Frau: Sie rauben ihr auch den höchsten Mut, den wir besitzen können, und der zugleich der stärkste Trost des Lebens ist, den Mut zu sich selber. Sie umklammern ihr eigenes Fühlen mit einem solchen Netz von Gebundenheiten, sie zwingen sie so fest in die Umkreisung durch die Welt des Mannes, verankern die Wertmaße, die der Mann geschaffen hat, so unauflöslich mit ihrem eigenen Sein, daß sie dem Klingen ihres eigenen Wesens nicht mehr rein nachhören kann. So nimmt sie die Welt, die sich in ihr formen will, wenn sie in scharfem Gegensatz zu der des Mannes steht, schließlich selbst für krankhaft oder unvollkommen, für unwert freier Ausgestaltung. So vielleicht ist es dem Weibe im Fühlen und künstlerischen Schaffen und so vielleicht auch im Denken ergangen. Vielleicht. Denn ich weiß natürlich sehr gut, dies alles sind nur Hypothesen, Gedanken, die uns wohl zuweilen aufsteigen, wenn wir hinter dieses merkwürdige Rätsel der Unoriginalität des weiblichen Geschlechts kommen wollen. Aber daß doch ein Wahrheitskern in ihnen steckt, das beweist uns die Tatsache, daß mit dem Wachstum der geistigen Befreiungsbewegung der Frauen ihr künstlerisches Ausdrucksvermögen, ihr künstlerischer Wahrheitswille sich zu vertiefen beginnt.

Karin Michaelis' Roman gehört zu denen, die uns dies merkbar werden lassen, wenn auch nicht in der dichterischen Bedeutung, so doch in der Art dieses Werkes. Deshalb sagte ich: Wir sollten ihr doch dankbar sein für dieses Buch. So paradox es wahrscheinlich für die Mehrzahl der Frauen klingt, so wenige in seinen Blättern ihr eigenes Fühlen rein wiederfinden mögen, ja so wesensfremd für viele diese Frau erscheinen mag, man empfindet den Willen zu bedingungsloser innerer Wahrhaftigkeit, das Ringen eines Menschen, der auch vor dem Aussprechen der peinvollsten Dinge nicht zurückweicht. Man fühlt darin den Schmerz einer Frau, die nicht — wie so viele moderne Dichterinnen der Erotik — banale Sensationssucht, das heißt nur eine andere, die Gegenform der Keuschheitslüge, treibt, sondern das, was wirklich zuweilen die Seele der scheinbar tadellosen Bürgerdame qualvoll durchwühlen mag, was zum mindesten in manchen Frauenherzen einen bitter lebendigen Nachklang wecken wird und eben darum interessant ist, weil es nicht dieses ewig bekannte, tödend verallgemeinernde *Weibempfinden* sondern ein Weibempfinden neben hundert und wieder hundert anderen gibt. Denn darin hat schließlich Gabriele Reuter mit dem Protest recht, den sie gegenüber dem blöden Spott der Welt im Namen der Frauen aussprach. Sie hat ein Recht darauf hinzuweisen, daß nicht diese Elsie Lindtner den Typus der Frau im gefährlichen Alter darstellt sondern in ihrem erotischen Egoismus und der Kraßheit ihres Wesens eben nur eine bestimmte Erscheinungsform.

Aber sagt das Buch wie jedes Dichterwerk die ganze Wahrheit nur für wenige, so hat es daneben auch noch einen tiefen Wert für alle Frauen, weil es an selten ausgesprochene Empfindungen rührt, die doch auch wieder typisch sein müssen, da sie von der einfach menschlichen Schicksalstragik eingegeben sind. Und während wir die traurige Geschichte dieser Frau lesen, diese Geschichte eines ganzen Lebens voll armseliger weiblicher Eitelkeit, die Geschichte einer Unglücklichen, die ihre Liebesfähigkeit in sich ersticken will, bis diese schließlich die Schranken der Konvention gewaltsam sprengt: dann, als es zu spät ist, während wir dies alles in schmerzlichem Mitgefühl und

Widerstreben zugleich lesen, steigt eine Flut von Gedanken aus diesem einzelnen Frauenleben auf und verknüpft es wieder mit dem allgemeinen Frauen-dasein. Alles wird wieder lebendig, was durch ein Vierteljahrhundert moderner Zeit in einem ganzen Meer von Reden und Schriften zur Frauenbefreiung gesagt, was bis zum Überdruß von Freund und Feind wiederholt worden ist; wir fühlen wieder die Tragik des Frauentums, die neben aller Menschentragik für das Weib noch besondere Fesseln schmiedet. Und wir empfinden plötzlich von neuem, was die Gewohnheit uns längst farb- und klanglos machte, was wir als fest registrierte, fertige Meinung in unsere registrierte Ideenwelt eingereicht hatten: den unerschöpfbar weiten Sinn des Frauenbefreiungstrebens.

Karin Michaelis unterscheidet in ihren Romanen mit Vorliebe zwei Typen: die geborene Dirne und das hingehende Weib. Von der einen sagt sie in diesem Buch zum Beispiel: »Sehen Sie, Magna, ein Mensch mit Ihrer Natur dürfte niemals durch Ehebande an einen Mann geknüpft sein und dürfte auch nicht Kinder in die Welt setzen. Sie sind dazu geschaffen . . . das Leben einer Dirne zu führen.« Und die andere, hier etwa Lili Rote, an die Elsie Lindtner schreibt: »Du, die Du selbst nur die unendlich verliebte Frau Deines Gatten und seiner Kinder fürsorgliche Gluckemutter bist . . . Für Dich ist das Dasein wie ein langer angenehmer Tag, in einer Hängematte unter einem schattigen Baum verbracht: mit Deinem Mann am Kopfende und mit den Gören am Fußende. Du solltest eine Storchennutter sein und in einem Wagenrad auf einem Bauern-dach wohnen . . . Wenn Du 80 Jahre alt bist, wirst Du noch stets die tugend-hafte Geliebte Deines Mannes sein.« Mag diese Generalisierung an sich Sinn haben oder nicht, jedenfalls enthält sie für eine große Zahl von Frauen eine verzweifelte und unerträgliche Wahrheit: Ob Dirne oder aufopfernde Gattin und Mutter, die Frau führt nicht in gleichem Maß wie der Mann ein Eigen-leben. Sie ist im wesentlichen auch in ihren eigenen Augen nur etwas, solange sie gehehrt und geliebt wird. Und weil sie das weiß, darum ist ihr wie dieser Elsie von Kindheit an der Spiegel der Wertmesser ihrer Bedeutung. Und sie kämpft ein paar Jahrzehnte einen niemals endenden heroischen Kampf um die Schönheit ihres Körpers, um endlich mit 40 Jahren mit der Blüte der Gestalt ihr ganzes ärmliches Menschentum bei lebendigem Leibe zu begraben. Oder sie opfert ihr Dasein dem Mann und den Kindern, um dann erst recht wie ein leer geschöpftes Gefäß ohne Zweck und Aufgabe in irgend einem Lebenswinkel herumzustehen.

Gewiß, diese Gegenüberstellung ist kraß und übertrieben. Und doch liegt zwischen diesen beiden Extremen der ganze dürftige Inhalt des Frauenlebens eingeschlossen, wie es die Frauen durch Jahrtausende lebten und wie sie es bis auf einen winzigen Bruchteil noch heute leben. Daher die furchtbare Angst des Alterns bei der Frau, diese Angst, die für sie so unendlich machtvoller und grausamer ist als für den Mann. Denn für sie bedeutet das Altern nicht nur wie für ihn ein Schwinden der Lebenshoffnung, ein langsames Ärmerwerden auch im Spiel der Liebe. Für sie bedeutet es das Nichts, das Scheiden von dem großen Lebensmarkt, auf dem alle Werte zu haben sind, die für sie überhaupt in Frage kommen; für sie bedeutet es den Seelentod. In den ersten Zeiten der Frauenbewegung hat man wohl oft auf diese furchtbare Tragik des Nur-weibseins hingewiesen, wenn man auch niemals mit voller Aufrichtigkeit die ganze Schwere dieses Kampfes enthüllte, dessen traurige Phasen die einzelne

Frau so gut kannte. Dann pflegte man den Frauen wohl mit der Frage zu begegnen, ob denn alle Berufsselbständigkeit und Freiheit der Welt, wie sie sie nun erstrebten, der Frau je die Liebe zu ersetzen vermöchten. Und wir könnten diese Frage sogar noch weiter dehnen und sagen: Schützt Freiheit und Selbständigkeit vor dem Schmerz des Alterns? Schützt es den Mann davor, bei dem dieser Schmerz nur höchstens etwas später eintritt? Natürlich ist dem nicht so. Wohl aber bleibt die tätige Frau gleich dem tätigen schaffenden Mann noch ein lebensvolles, lebenbringendes Geschöpf; wohl wird sie vor dem halb lächerlichen, halb tragischen Kampf mit der bitteren Notwendigkeit der Natur bewahrt, wohl wird es ihr erspart lebend tot wie diese Elsie durch die Welt zu wandern, wenn der Reiz der Jugend in ihr erloschen ist.

Und wir könnten noch ganz anderes sagen. Karin Michaelis hat hier Dinge gestreift, an die auch die dichtende Frau aus einem leicht begreiflichen Gefühl nur ungern rührt, und man hat es ihr törichterweise so ausgelegt, als wenn sie mit dem, was auch ihr selbst wohl nur für wenige gelten sollte, mit einer Art Zynismus das ganze weibliche Geschlecht herabgezogen hätte. Aber der freie Ausdruck der Leiden, die der Frau aus den Trieben der Sinnlichkeit erwachsen können, so gut wie alles andere, gehört zu jener Forderung schrankenloser Wahrheit, ohne die sich keine geistige Produktion zu kräftiger Eigenart erheben kann. Gewiß läßt sich darüber streiten, ob solche dichterische Wahrheit wirklich in diesem bestimmten Kunstwerk liegt. Denn der scheinbare Mut heikle Stoffe zu behandeln, verbürgt sie sicher nicht, kann vielmehr oft von allem andern eher als von innerer Wahrhaftigkeit zeugen. Darüber die Entscheidung zu treffen steht nur dem künstlerischen Urteil zu und mag wie jedes künstlerische Urteil im Einzelfall wohl strittig sein. Ich wollte hier nur darauf weisen, wie wenig im Grunde die Welt noch daran gewöhnt ist einer Frauenschöpfung die absolute Freiheit in der Wahl des Stofflichen, das ganz bedingungslose Selbstbestimmungsrecht zuzubilligen, die sie sonst der Kunst längst ohne weiteres einräumt.

Und in der Sache selbst? Da stoßen wir wiederum auf alle diese alten und doch noch lange nicht völlig durchdachten Gedankenketten. Weshalb empfindet man es bei der nicht mehr jungen Frau als eine Art von Schmach, weshalb empfindet sie es selbst so, wenn die sinnlichen Triebe in ihr noch nicht erstorben sind? Weshalb hat die nicht mehr jugendliche Frau, die immer noch die Schönheit der Erscheinung wahren, erotisch anziehend wirken will, so oft für andere wie für sich den Beigeschmack des Komischen, den nur das in sich Widersinnige hervorruft? Auch das wohl nur, weil allerdings die Priesterin der Liebe, die, deren ganzer Menscheninhalt Reiz und Schönheit sein will, nach dem Schwinden der Jugendblüte einen in sich unvollkommenen und deshalb geistig und ästhetisch lächerlichen Typus darstellt. Genau so lächerlich, als wollten wir etwa in einer zarten, vergeistigten Manneserscheinung die schwelende, physische Kraft versinnlichen. Die Komik liegt in beiden Fällen offenbar darin, daß das Zentrum der Lebensbetätigung hier in etwas gelegt werden soll, was mit dem hervortretenden Charakter der äußern Persönlichkeit in Widerspruch steht. Ist dies nicht der Fall, rückt jene Lebensbetätigung für das Individuum aus dem Lebensmittelpunkt in einen Kreis vielfacher Regungen, soll sich nicht mehr darin quasi der Mensch als solcher verkörpern, so fordern wir auch nicht mehr in dem gleichen Maß in der äußern Gestalt

die Ausprägung eines Gefühls- oder Daseinsinhalts, der nun nur einer unter vielen ist. So empfinden wir es nicht als widersinnig, eher sogar als Ausdruck vollendeter Menschentums, wenn auch der Mann, dessen geistige Fähigkeit mehr als die körperliche entfaltet ist, dennoch auch das physische Leben der Sinne lebt. Und so erweckt es, wie uns die Tatsachen beweisen, sehr viel weniger die Spottlust der Welt, wenn eine nicht mehr jugendliche Frau, die sonst in einem lebendig bewegten Dasein steht, noch ein eigenes Liebesleben führt. Sie erscheint dann als ein ganzer, vielseitig lebender und wirkender Mensch, und in dem farbigen Bild ihrer Persönlichkeit ist das erotische Wünschen oder Erleben dann nur eben eine unter anderen Farbennuancen. Kann sie kein männliches Liebesempfinden mehr wecken, so unterliegt sie dem Menschen-schicksal, dem jeder hingegeben ist, er sei Mann oder Weib; sie unterliegt ihm vielleicht mit schwererem Herzen als der Mann, aber es bleiben doch auch der noch mannigfache Lebensmöglichkeiten offen, die vom Dasein mehr begehrt als nur die treue Sachwalterin der Lebensschätze anderer, es sei nun des Gatten oder erwachsener Kinder oder wessen sonst, zu sein.

Und das weist uns schließlich noch auf einen andern Punkt, auf etwas, was kulturell und psychologisch gleich interessante Folgerungen einschließt. Elsie Lindtner oder Karin Michaelis sagt uns stets von neuem, was wir auch sonst von Frauen häufig hören können: daß sich Weib und Weib, sie mögen nun aus welchen Daseinsschichten immer stammen, vermöge einer geheimen Seelensprache in allen ihren Lebensregungen sofort verstehen, während zwischen beiden Geschlechtern unausrottbar Fremdheit und Verstellung herrsche. Eigentlich steckt in dieser Anschauung, sobald wir ihren Sinn nur tief genug verfolgen, der Kern aller Frauendebatten. Denn worauf anders kommt dies hinaus als auf die ewigen Verallgemeinerungen, mit denen man jeden Frauenbefreiungsgedanken und jeden Versuch neuer Lebenswege für Mann und Weib zu Boden drücken wollte: Die Frau geht in der Liebe auf. . . Nur die Mutter-schaft erfüllt das Frauendasein. . . Das Weib ist monogamisch veranlagt. . . Der Liebe ist — nun, meist sollte sie ja für die Frauen seelisch sein, nach Karin Michaelis ist sie sinnlich. . . Aber immer war und und ist sie, wie *die Frau* überhaupt, etwas ganz Bestimmtes, Typisches, das, was gerade der oder jener Diskutierende bei sich selbst oder den paar Frauen seiner Umgebung beobachtet hatte. Ja, wenn dem so ist, wenn für das Weib nur wenige umgrenzte Typen existieren: die Dirne, die Liebende, die Mutter — man beachte übrigens, daß sämtliche dieser sogenannten *Frauentypen* sich schließlich wiederum nur in ihrem erotischen Verhalten unterscheiden —, dann freilich ist auch begreiflich, daß jener mystische Seelenfaden Weib und Weib verbinden soll, während jeder Mann als der gemeinsame, wenn auch von allen umworbene Feind ewig draußen steht. Denn diese wenigen, alles durchdringenden, unkomplizierten Gefühlskomplexe müssen sich dann auch eine universelle, allen gemeinsame unkomplizierte Seelen- und Gebärdensprache schaffen, die nur der gleich Geartete, das heißt hier jede andere Frau, beherrscht.

Ist dem nun wirklich so? Haben die recht, die da meinen, die paar andersartigen Frauen, die in der geistigen Bewegung des letzten Vierteljahrhunderts in der ganzen Welt mit ihren neuen Ideen so viel Lärm geschlagen haben, sind nichts weiter als eine winzige Minderheit seelisch abnormer Weibnaturen, halb männlich veranlagte Geschöpfe, die am Gesamtbild männlich-weiblicher Da-

seinsgestaltung auch nicht ein Jota ändern können? Oder war nur alles totgedrückt, was sich an individuellem Sein in den Frauen aller Zeiten regte? Würde von der Gleichförmigkeit des Lebens so lange jede persönliche Regung, jedes eigene Gefühl, jeder aufquellende Gedanke in den Frauen in der einzigen allgemeinen Daseinsform, die sie alle umschloß, breitgepreßt und niedergetreten, bis zuletzt nichts weiter in jeder einzelnen zu sehen war als der eine homogene Seelenstoff? Oder aber — was schließlich mit dem zweiten Fall identisch wäre — bildet der Reichtum der modernen Lebensmöglichkeiten auch für die Frau heraus, was der gleiche Reichtum für den Mann schon seit Jahrtausenden entwickelt hat: die Differenzierung des Artypus zu unendlich verschiedenen, in zahllosen Kombinationen zusammengefaßten individuellen Formen? Und ist die freilich winzige Minderheit, die heute erst diese andersartige freiere und buntere Existenz genießt, nicht sowohl ein abnormer als ein Entwicklungstypus, der erste Anfang einer Geschlechtsumbildung, also eines der seltsamsten, in seinen Konsequenzen unabsehbarsten Phänomene der Menschheitsgeschichte? Für die Behauptung der Karin Michaelis, daß jenes geheime Seelenband Geschlecht und Geschlecht verknüpft, während Mann und Weib immer fremd nebeneinander durchs Leben gehen müssen, läge in dieser Auffassung die Antwort, die wohl am besten der Wirklichkeit entspricht. Auch in dem Volkscharakter überwiegt zunächst der allgemeine Rassentypus. Der undifferenzierte Romane, Germane oder Slawe trägt in Seele und Gestalt so überwiegend die Merkmale der Stammeseigentümlichkeit, daß der Slawe dem Slawen, der Deutsche dem Deutschen in Wesen und Erscheinung unendlich mehr zu gleichen scheint als etwa dieser Slawe jenem Deutschen. Anders dagegen in den hochkultivierten Rassenindividuen entwickelterer Zeiten. Hier überflutet der besondere geistig seelische Ausdruck des Individuums den Rassencharakter so sehr, daß wir in dem individuell verwandten einzelnen gleichartigere Züge finden als in den Menschen gleicher Nationalität. Nur freilich: Die individuelle Annäherung löscht für den feinem Blick auch hier noch nicht vollständig das Spezifische des Volkstums aus. Sie läßt es jetzt nur unter einem andern Bild erscheinen: als eine neue Differenzierungsform des individuellen Typs, einen neuen reizvollen Klangton in der harmonischen Zusammenstimmung persönlich gleich entwickelter Naturen. Ähnlich mag es zwischen Mann und Weib sein. Ein gegen einander in manchem Sinn abgegrenzter Grundtypus des Männlichen und Weiblichen wird — wie kaum erst gesagt zu werden braucht — dauernd bestehen bleiben, weil die Grundursache dieser Abweichung, die Differenz der Lebensfunktion, dauernd bestehen muß. Dieser Grundtypus aber braucht schließlich in der geistigen Wesenheit des einzelnen gewiß noch nicht einmal so stark hervorzutreten wie etwa die nationale Besonderheit des Völkerstamms. Je individueller sich die Persönlichkeit entfaltet, je mehr die Höherentwicklung der ganzen Menschheitsoberschicht sich aus der groben Umrißzeichnung in die feine und immer feinere Linientönung hinein verlegt, mit je empfindlicheren Seelensinnen die hochdifferenzierten Kulturgeschöpfe einander fühlen und begreifen, desto mehr verschwindet für sie die Abweichung der groben Urform hinter der so viel bestimmendern, so viel seltenern Verwandtheit der eigentümlichen Seelenstimmung, die den Persönlichkeitscharakter des einzelnen erzeugt. Ganz nachweisbar real, ästhetisch in hohem Maß interessant ist dieser merkwürdige Entwicklungsweg schon gegenwärtig in der Umbildung des Schönheitsideals beider Geschlechter zu verfolgen. In den höchst-

kultivierten Individuen nähern die männliche und weibliche Erscheinung sich einander in auffälliger Weise; die durchseelten Züge des Mannes nehmen zartere, anscheinend feminine Formen an, das Gesicht der Frau empfängt umgekehrt durch die Vergeistigung und die stärker betonte Bewußtheit eine kraftvollere und herbere, mehr maskuline Linie. Nur wird die Differenz auch hier nicht sowohl aufgehoben als ebenso nur aus dem grob Wahrnehmbaren in feine Unterscheidungen hinein verlegt, so daß dem höher organisierten, auf solche feinen Werte eingestellten Auge die Eigenart des Männlichen und Weiblichen bei aller Annäherung nun gerade wieder um so markanter sichtbar werden kann. So ist es heute für den differenzierten Menschen im Physischen sowohl wie auch im Psychischen; so könnte es einmal in langsam fortschreitender Aufwärtsbildung für einen immer wachsenden Menschenkreis werden. Deshalb trifft also Karin Michaelis vielleicht etwas ganz Richtiges mit ihrer Behauptung eines geheimen Einverständnisses zwischen Weib und Weib; nur kann dies ausschließlich für die geistig homogene Masse gelten, die nur die groben gleichförmigen Geschlechtsrassenzüge trägt. Die individuelle Frau dagegen begreift ganz und gar nicht mehr die Frau als solche; für sie existiert nicht mehr *die* Liebe, *die* Eifersucht, *das* Muttergefühl, ihr ist nicht mehr *der* geistige Feind, *der* immer Unverständene, *der* Mann. Ihr Gefühlsinstinkt sucht vielmehr unter den vielen, die ihr im Leben gegenüberreten, die gleich oder ähnlich abgestimmte Natur. Und ihr wird sie sich in spontanem Begreifen nähern können, mag sie ihr nun als Mann oder Weib begegnen. Genau wie es auch umgekehrt der Fall sein wird. In der Tat gründet sich der Freundschaftstypus, der sich in unserer Zeit am häufigsten findet, gerade auf solche feinsten seelischen Beziehungen zwischen Mann und Frau; unter eben dieser Form übt Freundschaft einen tiefen Einfluß auf unser modernes Leben. Und jene leise Andersfärbung weiblicher und männlicher Seele, die eng verwandtes Fühlen dennoch wieder um feine Nuancen schattiert, entfremdet in solchen Fällen nicht mehr die Geschlechter sondern leiht nur ihrem gegenseitigen Verstehen noch einen besondern und erhöhten Reiz.

Schweift unsere Phantasie schon in vagen Träumen über die Wirklichkeit hinaus, wenn wir zuweilen an solche Wandlungen den Glauben an eine ganze Reihe unübersehbar wirkender Kulturveränderungen knüpfen? Unter wieviel nebelhaft verschleierten, köstlich reizvollen Formen malt der Gedanke uns dann die Erotik der Zukunft: Es kann uns dann wohl scheinen als stünden wir eben im allerersten Beginn erotischer Kultur, als stiege jetzt erst aus uralter Liebesbarbarci das erste, schwache Feuerzeichen eines Zukunftsmorgens auf, in dem die Menschheit sinnlich seelische Reize kennen wird, deren Vielfarbigkeit und Feinheit wir heute nur ahnen können. Dann mag vielleicht für die Frauen auch vieles von dem versinken, was Karin Michaelis zu ihrem Buch getrieben haben mag. Dann mag auch die Sinnlichkeit beseelter sein, ihr Reiz sich für jeden höher Entwickelten so tief mit Gefühls- und Geistesreizen mischen, daß er nicht mehr so eng wie heute nur an die äußere Schönheitsform gebunden ist, daß er von reiner Körperlichkeit mehr losgelöst, das Dasein auch über die Jugend hinaus mit dem Glanz einer zarteren, vergeistigten Erotik umspielen kann; es mindestens für jene empfindlichsten Naturen kann, die unter dem Schmerz erotischen Verarmens wie unter der brutalen Zweifelt sinnlichen und seelischen Seins am intensivsten leiden. Daß alle solche Phantasieen

nicht völlig nur Phantasieen sind, daß ganz unendliche Entwicklungen nach dieser Seite der Entsinnlichung des Lebens, der Durchdringung des Körperlichen mit immer feineren Seelenelementen auch heute schon für uns alle vor sich gehen, das zeigen uns Wirklichkeit und Dichtung klar genug. Sie zeigen es uns in der Vermannigfaltigung und Artdifferenzierung der Liebesformen selbst, in dem so viel größern Reichtum besonders der weiblichen Wesens-, Alters-, Persönlichkeitstypen, die einen Platz im erotischen Gesamtbild unserer Zeit behaupten. Den unsäglich weiten Weg, den hier ein Jahrhundert, ja eigentlich nur wenige Jahrzehnte von einem engen Typenkreis zu freiestem Formen- und Gestaltenreichtum durchlaufen hat, lehrt uns ein einziger Blick etwa auf die Frauen- und Liebesdarstellung Goethes und seiner Zeit im Gegensatz zu der unserer modernen Dichtung.¹⁾ Niemals zuvor hat eine kurze Zeitspanne eine so seltsame Umwertung in einem der Urgefühle der Menschheit erscheinen lassen, eine Umwertung, die in ihren ausgeprägtesten Formen fast schon zu einer ganz neuen Empfindung überleitet. Und diese Wandlung vollzog sich in der Kulturwelt in dieser kurzen Periode unter der Gewalt der Frauenbefreiungs-ideen, der rasch veränderten Schätzung, die die Persönlichkeit der paar Tausend schaffenden, freien und in sich selber ruhenden modernen Frauen in der Seele des Mannes weckte.

Zum Schluß noch einmal ein paar Worte zu dieser nie gelösten Frage der Unproduktivität des Weibes. Daß die Frau bisher im höchsten, ja selbst in jedem großen Sinn unproduktiv gewesen ist — wenn Produktivität in der Bedeutung geistiger Neuschöpfung genommen wird —, ist eine Tatsache, die unbestritten bleibt. Was aber will im Grunde diese alte, so oft wiederholte Entdeckung für die Zukunft sagen? Wir kennen nicht den geheimnisvollen Born jener wunderbaren Kraft, die in Kunst und Wissenschaft schöpferische Werte bildet; wir ahnen nicht den Zusammenhang, der diesen göttlichen Funken an das zufällige Wesen des Menschen bindet, in dessen Geist er zündend aufsteigt; wir kennen nicht die Entwicklungsbedingungen dieser Kraft im seelischen Organismus dessen, der sie trägt, wissen nicht, wie sie lebendig werden oder sterben muß. Wer also wollte behaupten, daß sie nicht auch urplötzlich in der Frau erstehen könnte, da so viel ungekannte Fähigkeiten in ihr schlummerten, die diese erste, kaum wach gewordene Freiheit in ihr erblühen ließ?

Ich sprach von dem Mangel an innerm Selbstvertrauen, der in den Frauen vielleicht den eigentlichen Wahrheitsmut und damit den reinsten Quell der Produktionskraft verschüttet. Führt uns nicht von allen Seiten her die Betrachtung dessen, was Frauenleben bisher war, immer von neuem auf die Schranken hin, an denen sich die freie Entfaltung der weiblichen Psyche, Bekennermut und Selbstvertrauen stieß? Sehen wir nicht gerade heute an dem Emporwachsen der wenigen, wie Bewegungsfreiheit in einer einzigen Generation den weiblichen Typus beeinflussen konnte, wenn auch gewiß noch nicht so, daß wir aus der entwickelten Frau von heute auf das weibliche Genie der Zukunft schließen dürften, doch stark genug, um uns viele Möglichkeiten glaubhaft zu machen, wenn die veränderten Bedingungen des Lebens längere Zeit und auf breitere Massen gewirkt haben werden? Vielleicht ist es gerade nur

¹⁾ Karin Michaelis ist gerade eine der wenigen modernen Schritttellerinnen, die noch das Typisieren lieben; sie kennt fast durchgängig nur etwa drei verschiedene Frauentypen, die überall wiederkehren. Diese Neigung oder Geisteselgentümlichkeit verrät sich ja, wie wir sahen, deutlich genug auch in diesem Buch.

ein Seelenelement, das zu der Mischung fehlt, aus der das Genie erwächst. Vielleicht bedarf die Natur einer Unzahl von Versuchen in Tausenden differenzierter Individuen, um eine einzige geniale Kraft hervorzubringen, und der Weg zu dieser Differenzierung war bisher für viel zu viele im weiblichen Geschlecht gesperrt. Vielleicht mußte die Frau im äußern Kampf um die Wahrung ihres Selbst so viel an innerer Kraft verschwenden, daß ihr nicht mehr genug zu schöpferischer Leistung übrigblieb. Vielleicht . . . Wo bricht die Kette dieser Möglichkeiten ab? Man kann dies alles Phantasieen ohne Wert und Beweiskraft für die Wirklichkeit nennen. Nur ist es sicherlich um nichts beweiskräftiger Entwicklungen zu verneinen, allein weil sie in der Geschichte bisher nicht stattgefunden haben, als ihre Möglichkeit aus Wandlungsansätzen zu konstruieren, die wir vor Augen sehen und die dem Denkenden in aller ihrer Unvollkommenheit doch gegenüber der Vergangenheit ein Wunder dünken können. Ein solches Wunder, scheint mir, ist in unserer Zeit die Loslösung der Frau von alter Gefühls- und Geistestraddition, ihr stürmisches Suchen nach eigenem, freiem Menschentum, nach reicheren Daseins- und Liebesformen. Wo wir solche Umbildungen in wenigen Generationen durchlebten, da ist wohl für die Zukunft auch Größeres und Sonderbareres möglich.

Freilich, was sich daraus einmal für Mann und Weib ergeben mag, ob nicht alle Individualisierung neben der fortschreitenden Durchseelung des Empfindens nur wieder andere Leidensformen zeugen muß, ob nicht jeder Menschheitshöhenweg mit neuen Schmerzen durchsät ist, das ist ein weiteres, beiden Geschlechtern gemeinsames Problem, das dunkel aus allen unseren Zukunftsträumen aufsteigt.

XX
HERMAN LINDQVIST · HJALMAR BRANTING



Am 23. November 1910 hat der erste Führer der schwedischen Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie, Hjalmar Branting, sein 50. Lebensjahr vollendet. Geradezu einzig dastehende Ovationen sind ihm bei dieser Gelegenheit dargebracht worden. Aus den verschiedensten Kreisen des In- und Auslands erhielt er Stöße von Glückwünschen und Begrüßungstelegrammen. Die Arbeiterschaft überreichte ihm wertvolle Geschenke, die sie durch Sammlungen aufgebracht hatte. Die Stockholmer Arbeiter veranstalteten ihm zu Ehren einen großartigen Fackelzug, und am Abend des Tages wurde er auf verschiedenen Festen gefeiert.

Wenige schwedische Männer dürften solche Huldigungen empfangen haben wie Hjalmar Branting. Die eminente Lebensarbeit, die Branting im Dienst der schwedischen Arbeiterschaft, der Sozialdemokratie und im politischen Leben des Landes geleistet hat, läßt ihn dieser Huldigungen vollkommen wert erscheinen, und die Sympathie und Anerkennung, die ihm von allen Seiten an seinem Geburtstag entgegenströmten, war sicherlich der innerste Ausdruck reinsten Gefühls und klaren Denkens. Hjalmar Branting wird von allen, mögen es Gleichdenkende oder politische Gegner sein, als bedeutende Persönlichkeit anerkannt. In jeder Hinsicht reich begabt, voll hohen Seelenadels, steht er vor uns als der große, edle Kämpfer, hochgeschätzt von der eigenen Partei, aber auch respektiert und geachtet von seinen politischen Gegnern. Nach den Kundgebungen der ausländischen Arbeiterschaft zu schließen, scheint er durch diese

Eigenschaften selbst weit über Schwedens Grenzen hinaus gekannt und geschätzt zu sein, wie auch sein Name mit der Internationale unlöslich verknüpft ist.

Brantings Lebensweg schien anfangs auf ganz andere Bahnen gerichtet. Er wurde am 23. November 1860 in Stockholm geboren und verließ 1877 die dortige *Beskowsskule*. Er studierte dann auf der Universität Upsala 5 Jahre lang Mathematik und Physik und arbeitete währenddessen auch auf dem Stockholmer Observatorium. Schon als Student begann er sich lebhaft für politische und volkswirtschaftliche Fragen zu interessieren, und als sich später dieses Interesse durch Studien und eigenes Nachdenken bei ihm immer mehr vertiefte und er immer entschiedener radikale Anschauungen gewann, opferte er schließlich seine vielversprechende wissenschaftliche Laufbahn, um sich völlig der Tätigkeit zu widmen, die ihn dann zum führenden Vertreter der schwedischen Sozialdemokratie gemacht hat.

Vom Jahre 1886 an, als Hjalmar Branting die Herausgabe der ein Jahr vorher begründeten Zeitung *Sozialdemokraten* in Stockholm übernahm, stand er vollständig im Lager der Sozialdemokratie, für die er indessen auch schon einige Jahre vorher gewirkt hatte. Mit Ausnahme der Jahre 1892 bis 1896 und 1908 bis 1910 bekleidete er die ganze Zeit hindurch den Posten des Chefredakteurs des *Sozialdemokraten*, einen Posten, den er jetzt am 1. Januar aufs neue antrat. Als Publizist ist Branting eine Autorität für unser Land; er hat sich durch seine schriftstellerische Tätigkeit in der schwedischen Publizistik eine hervorragende und hochgeschätzte Stellung erworben. Als Stilist darf er mit seiner schönen, leichten und fließenden Schreibweise zu den ersten Namen gerechnet werden, und im Inhalt seiner politischen Artikel und Polemiken spiegelt sich hohe Begabung, ein klarer, weitschauender Blick und die Fähigkeit gegnerische Argumente zu bekämpfen, ohne zu Übertreibungen zu greifen oder sachliche Gegenbeweise unberücksichtigt zu lassen. Die Leser der *Sozialistischen Monatshefte*, zu deren Mitarbeiter ja Branting auch gehört, haben des öftern Gelegenheit gehabt beim Studium seiner Aufsätze diese seine Vorzüge zu bewundern. Vor allem durch Brantings publizistische Tätigkeit wurden die Ideen des Sozialismus in klare Beleuchtung gerückt und weiter ausgebreitet. Mit niemals ermattendem Eifer hat Branting besonders für das Zustandekommen und die Aufrechterhaltung der Einheit der schwedischen Arbeiterbewegung gekämpft, die bis heute die tragende Kraft und die Stärke dieser Bewegung ausmacht.

So hervorragend Branting als Schriftsteller erscheint, so scharf hervortretend und prachtvoll ist seine Begabung als Redner. Mit schöner, wohlklingender Stimme trägt er seine formvollendeten, aus klarstem Denken geborenen Sätze vor. Mit seiner logischen Schärfe formt er aus den Schätzen seines Wissens in seinen zahlreichen eingehenden Vorträgen mit Leichtigkeit schöne und folgerichtige Gedankenreihen, und ebenso klar und scharfsinnig fallen seine Einwände und Repliken in der Debatte. In den Tausenden von Vorträgen, die er über das ganze Land hinaus gehalten hat, hat er durch seine Begabung und Rednerkunst wie durch die Wärme seiner Überzeugung nicht allein im Dienst der sozialdemokratischen Ideen gewirkt; er ist auch ein machtvoller und bedeutender Kulturträger geworden. Als Pionier der schwedischen Arbeiterklasse auf parlamentarischem Boden trat Branting 1896 in den schwedischen Reichs-

JULIUS FRÄSSDORF · DIE KRANKENKASSEN UND DIE ÄRZTE



POPITZ' Ausführungen über die gesetzliche und außergesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Kassen und Ärzten¹⁾ zwingen mich zu dieser Frage hier nochmals Stellung zu nehmen. Zunächst sei aber einiges Allgemeine vorausgeschickt. Das unerträgliche Verhältnis, das zurzeit vielfach zwischen Ärzten und Kassenvorständen besteht, kann niemand mehr als ich bedauern; einmal weil es beiden Teilen schadet, dann aber auch, weil es geeignet ist ihnen ihre Tätigkeit zum Schaden der Versicherten zu verleiden. Die von beiden Teilen im Streit aufgewandten geistigen wie materiellen Mittel könnten sicherlich besseren Zwecken dienen. Man ist sich wohl allenthalben darüber einig, daß nicht bloß Mißverständnisse, sondern die gegensätzlichen materiellen Interessen die Ursachen des Streites bilden. Auch die von ärztlicher Seite öfter in den Vordergrund geschobenen ethischen Momente spielen dabei eine sekundäre Rolle. Dafür wurden von den Ärzten selbst oft unzweifelhafte Beweise erbracht. Wir Krankenkassenvertreter haben es den Ärzten nie verargt, daß sie mittels Organisationen ihre Lage zu verbessern suchen. Nur soweit die Tendenz dieser Bewegung in sachlich ungerechtfertigten Forderungen an die Krankenkassen deren Entwicklung gefährdete, ja ihre Existenz bedrohte, mußte ihr von den Kassenvertretern energischer Widerstand entgegengesetzt werden; hätten sie das unterlassen, so wären sie nicht wert an ihrem Posten zu stehen.²⁾ Da aber die Kassenvertreter kein persönliches Interesse am Streit und noch weniger an einer Schädigung der Ärzte haben, wird sicherlich bei verständiger Einsicht auf der andern Seite in absehbarer Zeit ein Weg gefunden werden, der zur Verständigung und damit zu einem beide Teile befriedigenden Vertragsverhältnis führt. Beide Teile haben nun ihre Kräfte gemessen, und obwohl die Kassen durch gesetzliche Vorschriften dabei sehr ungünstig gestellt sind, hat es sich doch gezeigt, daß von einem Niederwerfen des einen durch den andern nicht die Rede sein kann. Es muß deshalb, sobald die Reichsversicherungsordnung verabschiedet ist, zu einem Vertragsverhältnis kommen; andernfalls stehen heftige Kämpfe wie nie zuvor zu erwarten.

Daß in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung und bei der bisherigen Beratung in der Kommission der ärztliche Stand, wie Genosse Dr. Popitz meint, zu niedrig eingeschätzt wurde, kann ich nicht zugeben. Die moralische Integrität der Ärzte erscheint mir nicht angetastet. Weit eher die der Kassenvertreter, von deren freudiger und selbstloser Mitarbeit die weitere Entwicklung der Krankenversicherung doch ganz wesentlich abhängt. Ihnen so oder so den entscheidenden Einfluß zu nehmen ist verhängnisvoll. Der Entwurf drängt beide Teile augenfällig zu einem Vertragsverhältnis hin, bei dem nur die Ärzte, nicht aber die Kassen gewinnen werden.

¹⁾ Siehe Popitz *Die Ärzte und die Krankenkassen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band pag. 1679 ff.

²⁾ In einer Broschüre hat vor Jahren eine Kommission des Leipziger Ärzteverbands oder des Ärztevereinsbunds auftragsgemäß die Forderungen der Ärzte aufgestellt. Mitglieder dieser Kommission waren unter anderen die Herren Mugdan und Pfeifer. Als Honorar verlangten die Ärzte lediglich für Behandlung der Mitglieder von einer fingierten Kasseneinnahme bei 6% Beitrag $22\frac{1}{2}\%$; demnach für Behandlung eines Arbeiters mit 20 Mark Wochenlohn zirka 14,20 Mark pro Jahr, bei 30 Mark Lohn zirka 21,30 Mark; bei Familienbehandlung pro Kopf entsprechend mehr. Das ist ein unerschwinglicher Betrag.

Inwiefern die Reichsversicherungsordnung, die eine bedeutende Ausdehnung der Versicherungspflicht auf einen Personenkreis bringt, der die ärztliche Tätigkeit bisher nur äußerst wenig in Anspruch nahm, zu einer erheblichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Ärzte beitragen soll, ist mir ganz unverständlich. Bereits im Jahr 1909 bezogen die Ärzte aus der Krankenversicherung nahezu $71\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Dazu kommen noch viele Millionen an Arzthonorar, das in den Anstaltsverpflegungskosten enthalten ist. Werden nun die Landarbeiter, Heimarbeiter, Hausgewerbetreibende, unständige Arbeiter und die Dienstboten versicherungspflichtig gemacht, so erhalten die Ärzte ein neues lohnendes Arbeitsfeld, das ihnen mindestens weitere 30 Millionen Mark pro Jahr zusichern wird. Solche *Verschlechterungen* werden wohl zu ertragen sein.³⁾ Wenn nun aber von Dr. Popitz die von der Kommission in 1. Lesung vorgenommene, in 2. Lesung wieder beseitigte Erhöhung der Versicherungsgrenze von 2000 auf 2500 Mark als eine Gefahr für die Ärzte bezeichnet wird, so ist das aus zwei wesentlichen Gründen völlig unrichtig. Zunächst hat die Kommission keineswegs beschlossen, daß alle Personen mit einem Einkommen bis zu 2500 Mark versicherungspflichtig werden sollen, sondern nur die Werkführer, Betriebsbeamte, Techniker, Handlungsgehilfen, Gehilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer und Erzieher. Der Hinweis auf die Einkommenstatistik Preußens und Sachsens war deshalb höchst überflüssig. Wahrscheinlich hat Popitz den Bericht des Herrn Dr. Mugdan an die Haager Arbeiterversicherungskonferenz gelesen und ist durch diesen irregeführt worden. Dem Genossen Popitz ist *bona fides* zuzubilligen. Bei Herrn Mugdan geht das schon schwerer, denn er ist Mitglied der Reichsversicherungskommission. Die Erhöhung der Einkommensgrenze bei diesen Personen zum Zweck ihrer Versicherungspflicht ist übrigens ein Gebot der Billigkeit und war durch das Sinken des Geldwerts seit 1884 durchaus nötig geworden. Ob diese Personen, wenn sie aus der Versicherung herausfallen, den Ärzten einen größeren Tribut zahlen werden als sie es als Kassenmitglieder getan hätten, ist zum mindesten sehr zweifelhaft.

Nun zur freien Arztwahl. Wenn Freiheit und Unabhängigkeit der Ärzte nur bei der freien Arztwahl gewährleistet wären, würde ich mich bald zu ihr bekehren, vorausgesetzt, es würde zuvor erwiesen, daß die Kassen und somit die Versicherten darunter nicht leiden. Nach meiner festen Überzeugung sind die festbesoldeten Ärzte der Ortskrankenkasse zu Dresden freier und unabhängiger als die zu Leipzig. Und die ärztliche Ethik hat an der Elbe sicherlich keine schlechtere Stätte als an der Pleiße. Diese Ethik ist überhaupt vom Arztsystem ganz unabhängig; sie stand auch vor Einführung der Krankenversicherung keineswegs höher und gesicherter als heute. Nicht durch die Kassen sondern durch die Kampfesart mancher Ärzte gegen diese litt sie in den letzten Jahren. Mit völlig verkehrten Ehrbegriffen, wie sie der Leipziger Ärzteverband aufgestellt hat, dient man der ärztlichen Ethik keineswegs. Die Kassenvertreter sind übrigens so wenig wie ich grundsätzliche Gegner der freien Arztwahl. Wir wollen sie aber weder durch Gesetz noch durch Verordnung vorgeschrieben sehen, auch wollen wir sie uns von den Ärzten nicht aufzwingen lassen. Auf dem

³⁾ Die Einführung der freien ärztlichen Behandlung für Dienstboten, Landarbeiter usw. wird eine Gefahr nicht für die Ärzte, wohl aber für das Kurpfuschertum bedeuten; deshalb sollten doch die approbierten Ärzte diese Maßnahme begrüßen. Oder fürchten sie dadurch die Zunahme des ärztlichen Studiums und neue Konkurrenz?

Weg wirklich freier Vereinbarung steht ihrer Einführung nichts entgegen. Wenn es dazu an vielen Orten noch nicht gekommen ist, so müssen sich die Ärzte gedulden.

Warum ist denn aber ihre Einführung für die Kassen so bedenklich? Weil es für die Kassen, wenn das Experiment fehlschlägt, kein Zurück mehr gibt. Wäre ein Zurück in allen Fällen möglich, dann wäre der Versuch unbedenklich. Die Kassenvertreter haben aber die Pflicht vorausschauend vorzubauen. Wir könnten zum Beispiel in Dresden — zunächst — die freie Arztwahl haben, wenn wir wollten, ohne daß — zunächst — der Kasse ein Pfennig Mehrausgabe erwüchse. Aber dann, wenn die erste Vertragsperiode vorüber ist, ist die Kasse den Ärzten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert; dann heißt es *Friß Vogel oder stirb!* Darin liegt die große Gefahr, über die uns keine Sophisterei hinwegtäuscht. Zudem wissen wir, daß der Appetit nicht nur beim Essen sondern auch mit der Macht, mit dem Einfluß kommt. Daß es heute große Kassen gibt, die auch bei freier Arztwahl gut bestehen, ist mir hinreichend bekannt. Ich kenne aber auch die Bedingungen, unter denen das erreicht wird. Der Leipziger Verband, der die freie Arztwahl propagiert, müßte nicht wissen, um was es sich in der Gegenwart handelt, wenn er nicht alles daran setzte mit allen, oft recht verzweifelten, Mitteln zu beweisen, wie gut die freie Arztwahl wirkt. Es steht aber zu befürchten, daß, wenn die freie Arztwahl gesetzlich oder freiwillig allgemein eingeführt ist, für die Ärzte manche Gründe fortfallen, die sie veranlassen sich Beschränkungen und Einschränkungen aufzuerlegen. Die freie Arztwahl darf meines Erachtens durch die Gesetzgebung weder direkt noch indirekt bevorzugt werden. Nur in der Konkurrenz mit anderen Systemen kann auch sie nützlich wirken.

Nach vorstehendem könnte man darauf verzichten zu untersuchen, ob es richtig ist, daß Leipzig bei freier Arztwahl die leistungsfähigste Kasse hat. Da aber Dresden mit dem Kassenarztsystem von Dr. Popitz zum Vergleich herangezogen wurde, so sei folgendes festgestellt: Leipzig hat höhere Durchschnittslöhne als Dresden; Arznei, ärztliche Behandlung und Anstaltsbehandlung kosten aber in den niederen Klassen so viel wie in den hohen. Leipzig hatte 1909 30,3 %. Dresden aber 42,5 % Frauen als Mitglieder. Die Unterstützungsdauer der Männer beträgt in Dresden 25,01 Tage, die der Frauen aber 30 Tage. Dazu bedürfen die Frauen mehr Arznei, Milch und Stärkungsmittel. Dresden gab 1909 aus für Bäder 100 079,94. für Milch 52 471,02, insgesamt also 152 550,96 Mark; Leipzig dagegen für Bäder 38 883,46, für Milch 8 392,86, insgesamt also 47 276,32 Mark. Und dabei hatte Dresden durchschnittlich 112 026 und Leipzig 175 784 Mitglieder. Wenn Dresden mehr Anstaltspflegekosten hat, so kommt das zum guten Teil daher, daß es zwei eigene mustergiltige Genesungsheime mit über 160 Betten besitzt, Leipzig hatte deren bisher keines. Daß die freie Arztwahl das Abschieben der Kranken in Heilanstalten nicht hindert, zeigt München. Dort gab man 1909 für Anstaltsbehandlung 7,72 Mark, in Dresden aber nur 4,92 Mark pro Kopf aus. Die Münchener Ärzte scheinen also nicht so *helle* zu sein wie die Leipziger. Die Beweise des Genossen Dr. Popitz sind also hierfür unstichhaltig. In Dresden wird, das steht fest, bei gleichen Beiträgen mit dem Kassenarztsystem das selbe erreicht wie in Leipzig. Kassenmitglieder und Ärzte fühlen sich bei diesem System in Dresden sicher-

lich ebenso wohl wie in Leipzig, und es genießt wohl keine Verwaltung größeres allseitiges Vertrauen als die in Dresden.

Zum Schluß noch ein Wort zur Frage eines zentralen Tarifvertrags zwischen Kassen und Ärzten. Diesen Gedanken habe ich, ich glaube, schon in einer Rede im Reichstag ausgesprochen. Ich halte ihn — wenn die Ärzte nicht die freie Arztwahl als Bedingung stellen — für durchführbar. Es waren zu diesem Zweck ja schon einmal Kassen- und Ärztevertreter in Berlin versammelt. Leider brachen die Ärzte, wegen der Differenzen zwischen Ärzten und Kassen in Köln, die Verhandlungen ab. An diesen liegt es jetzt den Faden aufzunehmen. Kassenvertreter und Ärzte müssen und werden nicht dauernd in Feindschaft leben. Auf dem Boden der Gleichberechtigung können und werden sie früher oder später zum Frieden kommen, der den Ärzten wie den Kassen nottut.

XX
**ERNST UNTERMANN . PRAKTISCHES ZUR
 FRAGE DER KONKURRENZ AUSLÄNDISCHER
 ARBEITSKRÄFTE**

VOR kurzem ist die Rolle, die die Einwanderungsfrage bei den amerikanischen Sozialisten spielt, in den *Sozialistischen Monatsheften* von Max Schippel, in der *Neuen Zeit* von Algernon Lee, Gustav Eckstein und Sen Katayama behandelt worden. Lee ist korrekt, Eckstein und Katayama sind voreingenommen und stellen die Debatte sehr tendenziös verdrehend dar. Schippels Bericht ist sachlich und der beste von allen, nur irrt er in der Annahme, daß Guy E. Miller mit Spargo übereinstimme: Miller stimmt tatsächlich mit der Majorität überein; er war aber nicht auf dem Parteitag anwesend sondern schickte mir einen Brief, in dem er sich in allen Punkten so aussprach wie Wanhope, Berger und ich in unserm Majoritätsbericht. Ecksteins Artikel will offenbar den Eindruck erwecken, als sei ich ein den Theorien des Marxismus indifferent gegenüberstehender *Realpolitiker*, wie er Berger mit ungerechtfertigtem Hohn nennt. Das ist natürlich unsinnig, denn ich habe gerade durch meine Übersetzungen des *Kapitals* und anderer klassischen Werke des Marxismus erst die Marxschen Theorien der amerikanischen Arbeiterbewegung zugänglich gemacht. In der Einwanderungsfrage hatte ich längst praktische und theoretische Studien gemacht, ehe die Frage in der amerikanischen Partei zur Sprache kam. Auf dem Parteitag von 1908 hatte ich mich in gleicher Weise ausgesprochen wie 1910, und Berger trat erst nach dem Parteitag von 1908 öffentlich als Vertreter der selben Ansicht auf, obschon er gleich mir schon lange auf diesem Standpunkt angelangt war. Auch die Resolution der amerikanischen Parteileitung, die sich gegen die Einmischung der internationalen Kongresse in unsere Sonderprobleme und namentlich gegen die Stuttgarter Wanderungsresolution aussprach, war von mir vorgelegt worden. Katayama behauptet: »Die amerikanischen Sozialisten wie Berger, Untermann, Lee und Hunter, die für die Ausschließung der asiatischen Kulis eintreten und dabei noch behaupten sich ganz in Übereinstimmung mit der Stuttgarter Resolution und dem *Kommunistischen Manifest* zu befinden, kennen die wirklichen Verhältnisse an den pazifischen Küsten gar nicht, wo die japa-

nischen Einwanderer größtenteils leben. Sie gehen von Phantasiegemälden ihrer eigenen Konstruktion aus.« Dazu ist zunächst zu bemerken, daß Lee den Majoritätsbericht nicht unterstützte sondern ein Amendement zum Antrag Hillquit einbrachte, während Hunter für diesen Antrag eintrat. Was Berger betrifft, so kennt er dieses Problem aus besserer Erfahrung als Katayama. Wanhope und ich haben jahrelang in den Ländern, deren Küste an den Stillen Ozean grenzt, als Seeleute und Hafearbeiter im Wettbewerb mit Asiaten verschiedener Nationalität um Stellungen auf Schiffen europäischer und amerikanischer Flagge gestanden und haben dabei oft den Kürzern gezogen, weil die Asiaten billiger arbeiteten und sich mehr gefallen ließen. Wir haben dieses Problem aus 12jähriger Erfahrung an unserm eigenen Leib kennen gelernt. In Kobe und Nagasaki, in Hongkong und Shanghai, in Rangoon, Calcutta und Madras, in Manila und Ilo-Ilo, in Batavia und Soerabaya, in Apia und Honolulu, in Melbourne, Sidney und Aukland, in Kapstadt und der Delagoabai, in Valparaiso, Iquique und Guayaquil, in San Francisco, Portland, Seattle und Vancouver haben wir mit Asiaten ums tägliche Brot gerungen. Wie sollen 10 Mann Arbeit finden, wenn nur eine Stellung zu vergeben ist? So stand die Frage. Da halfen alle Theorien nichts: Es kam der Kampf ums Dasein, und dieser Kampf wurde nicht mit Worten sondern mit Fäusten ausgekämpft. Wir warfen die Asiaten einfach hinaus. Sie taten uns die selbe Ehre an, wo sie die Macht hatten. Und so wird es gehen, solange der Kapitalismus andauert. Dagegen helfen alle Resolutionen europäischer und asiatischer Intellektuellen nichts.

In Manila hatte ich Gelegenheit im Jahr 1884 dieses Problem in einer besonders flagranten Form kennen zu lernen. Das amerikanische Vollschiß, auf dem ich als Matrose diente, war vom Kapitän auf ein Korallenriff gerannt und gänzlich zerstört worden. Wir wurden nach Manila gebracht, nachdem wir tagelang in offenen Booten umhergetrieben waren, und dort abgelohnt, wobei uns der amerikanische Konsul mit Hilfe des Kapitäns alle möglichen Abzüge machte, ohne daß wir dagegen ein wirksames Mittel hätten anwenden können. Bald waren die wenigen Pesos, die wir bekommen hatten, aufgezehrt. Nun wollten wir uns anmustern lassen, um aus dem damals vom gelben Fieber heimgesuchten Hafen heraus und nach Amerika oder Europa zurückzukommen. Der Hafen war voller Schiffe, aber die meisten hatten entweder eine volle Besatzung oder lohten ihre Besatzung ab, um billigere Arbeitskräfte unter den Chinesen und Malayen aufzulesen. Wir wandten uns an den amerikanischen Konsul um Hilfe. Dieser lehnte es ab sich mit uns zu beschäftigen, weil wir zwar auf einem amerikanischen Schiff angemustert gewesen waren, aber noch keine Bürgerpapiere aufweisen konnten. Er verwies uns an den deutschen Konsul, obschon er selbst ein Deutscher war. Der deutsche Konsul zuckte die Achseln und meinte, wir wären zwar deutsche Reichsangehörige, ständen aber durch unsere Anmusterung auf einem amerikanischen Schiff unter dem Schutz der amerikanischen Flagge. Der englische Konsul hörte von unserer Anwesenheit und bot uns eine Stellung auf einem ehemaligen amerikanischen Vollschiß an, das nach seinem Schiffsbruch an der Küste der Insel Luzon von einem Taucher gehoben, notdürftig geflickt und flottgemacht worden war, um nach Hongkong in den Trockendock zu gehen. Bei der Anmusterung vor dem englischen Konsul stellte sich aber heraus, daß dieses Wrack von dem selben

Kapitän und den selben Steuerleuten kommandiert werden sollte, die kurz vorher unser eigenes amerikanisches Schiff aufs Trockene gesetzt hatten, und zwar, wie alle Anzeichen verrieten, absichtlich, um die Versicherungsgesellschaft zu prellen. Nun sollten wir unter englischer Flagge das selbe Experiment noch einmal machen. Der Nordostmonsun blies heftig, die Fahrt nach Hongkong mußte fast ganz scharf beim Wind gemacht werden, und außerdem sollten wir auch noch den mit Seeschlamm und Dampfschleim dicht bedeckten Mistkasten rein scheuern. Wir weigerten uns sofort. Aber leider hatten wir schon die Musterartikel unterschrieben, ehe wir die Spitzbüherei entdeckten. Sofort drohte uns der englische Konsul mit dem Gefängnis. Wir weigerten uns trotzdem an Bord zu gehen und machten uns aus dem Staub. Nun begann eine Demonstration internationaler Solidarität, die nicht vergessen werde. Der amerikanische, der deutsche und der englische Konsul machten sofort gemeinschaftliche Sache, hetzten die spanischen Hafenbehörden hinter uns her und gaben uns einen Geschmack von dem Schutz, den wir unter irgendeiner Flagge erhalten, wenn wir den Kapitalisten das Spiel verderben. Wer von uns gefangen wurde, der mußte in Ketten an Bord, wo er sofort unter malayischer Bewachung an die schmierige Arbeit mußte. Wir wurden aber nicht alle erwischt. Ich entging glücklich mit zwei Kameraden den Luchsaugen der spanisch-tagalogsehen Polizei, indem wir uns einzeln auf den von Malayen bemannten Leichtern auf dem Pasigfluß verdangen und auf die Rhede hinaussegelten, wo wir erst entdeckt wurden, nachdem das geflickte Wrack schon den Hafen verlassen hatte, und es keinen Zweck mehr hatte uns einzufangen und zu füttern. Das Schiff sank auf offener See, wobei mehrere der Shanghaier Matrosen ums Leben kamen, die anderen 14 Tage lang auf offener See in Booten umhertrieben, ehe sie von einem Trampdampfer aufgenommen und nach Hongkong gebracht wurden. Ich lebte ein Jahr lang vergnügt als einziger Weißer unter der malayischen Besatzung meines Leichters, aß Reis und Fische aus einem Topf mit ihnen, schlief neben ihnen auf einer Matte und kostete alle Genüsse ihrer Lebenshaltung bis auf spanischen Pfeffer und Betelkauen durch. Seitdem bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß ich wie Berger lieber wie ein Tiger gegen die Masseneinwanderung der Asiaten kämpfen als auf deren Lebenshaltung herabgedrückt sein will.

Und ich werde selbst nicht im Namen der internationalen Solidarität mit Reis und getrockneten Fischen und 30 Realen pro Tag zufrieden sein.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Müllverbrennung Während in England, in der Hauptsache wohl infolge der günstigen Zusammensetzung des Mülls, die Verbrennung der

Hausabfälle so großen Umfang gewonnen hat, daß fast alle größeren Städte sie auf diese Weise beseitigen, ist in Deutschland diese hygienisch sicherlich beste Art der Beseitigung der Hausabfälle immer noch nur auf ganz wenige Städte beschränkt. Wohl besitzt Ham-

burg, veranlaßt durch die großen Schwierigkeiten, mit denen während und nach der Choleraepidemie des Jahres 1892 die Unterbringung des Mülls verbunden war, bereits seit dem Jahr 1895 eine Verbrennungsanstalt, die durchaus erfolgreich arbeitet. Trotzdem ist sein Beispiel nur wenig befolgt worden. Die ungünstigen Erfolge, die namentlich in Berlin mit dem durch die Beimischung des Feinmülls schwer verbrennlich gemachten Müll erzielt worden sind, haben davon abgeschreckt. Erst in neuerer Zeit haben einige Städte Müllverbrennungsanstalten eingerichtet, so Beuthen seit 1904, Kiel, wo die Anstalt seit dem 1. Dezember 1906 in Betrieb ist, und Wiesbaden, wo sie im gleichen Jahr in Betrieb kam. Ihnen sind in den letzten Jahren Frankfurt und Barmen gefolgt. Über die Anstalt in Barmen hat der Stadtbaurat a. D. Winchenbach auf der Versammlung der *Vereinigung der technischen Oberbeamten deutscher Städte*, die am 13. September 1910 in Elberfeld stattfand, wertvolle Mitteilungen gemacht. Als die Stadt Barmen im Jahr 1905 die Übernahme der Straßenreinigung und Müllabfuhr in städtische Regie beschloß, war es der Stadtverwaltung von vornherein klar, daß eine Verwertung des Mülls in der Landwirtschaft oder eine Unterbringung auf Abladeplätzen wegen der überaus hohen Abfuhrkosten nicht in Frage kommen könne. Ebenso war die Verwertung des Mülls in einem Sortierungs- oder Dreiteilungsverfahren infolge des geringen Gehalts an Futterstoffen ausgeschlossen. Es blieb also nur die Verbrennung übrig. Die Wahl des Ofensystems — es standen deren 3 zur Verfügung: das Ofensystem Dörr, das System Hertz und das System Caspersohn (Hamburg) — wurde dahin getroffen, daß man das System Caspersohn zugrunde legte, aber wesentliche Abweichungen und Neuerungen einführte, die geeignet schienen die Wirksamkeit des Ofens zu erhöhen und die Wärme vollständiger auszunutzen. Insbesondere suchte man die Belästigung durch die Flugasche durch unmittelbare Angliederung des Dampfkessels an die zwei Ofenzellen, also ohne Zwischenschaltung einer Flugaschenkammer, und die Verwendung eines stehenden Dampfkessels mit senkrechten Rauchröhren zu vermeiden. Außerdem wurde der Rost abgeändert, um einen gleichmäßigen Angriff des Feuers zu erzielen, und ein Vorrost angeordnet, um die bei der Entschlackung in den glühenden Schlacken

enthaltene große Wärmemenge für die schnellere Entzündung des frischen Mülls auszunutzen. Die Abänderungen haben die Leistungsfähigkeit des Ofens sehr günstig beeinflusst. Eine Ofenzelle verbrennt in der Stunde durchschnittlich 1000 Kilo Müll. Da der tägliche Anfall in Barmen zurzeit 50 bis 70 Tonnen beträgt, so ist es nicht möglich einen 24-stündigen Betrieb bei den 4 Ofenzellen aufrechtzuerhalten. Es muß vielmehr eine 8stündige Unterbrechung eintreten, die natürlich die Ergebnisse infolge Abkühlung des Ofens ungünstig beeinflusst. Die Temperatur der Feuergase unmittelbar vor dem Kessel gemessen beträgt 1200 bis 1400°, ist also wesentlich höher als bei den anderen Systemen, die Verdampfungsziffer im Mittel 1,0, beim Wintermüll 1,3 bis 1,5. Der Dampf wird in einer Turbodynamomaschine zur Erzeugung elektrischen Stromes verwandt. Die Abgabe beträgt im Jahresdurchschnitt nach Abzug des Selbstverbrauchs im Werk täglich 4000 Kilowattstunden, die einen Jahreswert von etwa 60 000 Mark repräsentieren. Durch Verkauf der erzeugten Schlacken, etwa 12 000 Kubikmeter, wird eine Einnahme von rund 12 000 Mark erzielt, die aber bei sachgemäßer Ausnutzung nach Ansicht des Vortragenden noch wesentlich, bis zu 30 000 Mark, erhöht werden kann. Versuche und Analysen haben gezeigt, daß die Barmer Müllschlacke ein vorzügliches Material zur Mörtelbereitung darstellt, daß sie aber auch nur mit Kalkhydrat gemischt zu Schlackenkalksteinen verarbeitet werden kann. Die Rentabilitätsberechnung der Anstalt ist nicht ungünstig. Die Abfuhrkosten bis zur Verbrennungsanstalt erfordern etwa 94 000 Mark. Die Kosten der Müllverbrennung inklusive starker Dotierung eines Erneuerungsfonds für die maschinellen Anlagen 104 000 Mark, zusammen 198 000 Mark. Diesen Ausgaben stehen an Einnahmen die Müllabfuhrgebühren mit einem Ertrag von 101 500 Mark, das heißt 60 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung gegenüber, der Wert der abgegebenen elektrischen Energie mit 60 000 Mark und die Einnahme aus der Schlackenverwertung, zirka 24 000 Mark. Es ergibt sich also bei einer Gesamteinnahme von 185 500 Mark ein städtischer Zuschuß von 12 500 Mark. Dabei ist jedoch noch zu berücksichtigen, daß eine Steigerung der Abfuhrkosten um mindestens 50 000 Mark pro Jahr eingetreten wäre, wenn man die Müllverbrennung nicht einge-

richtet hätte. Es ergibt sich also für Barmen eine recht günstige Rentabilität der Müllverbrennungsanstalt. Daraus kann nun natürlich nicht der Schluß gezogen werden, daß das gleiche Resultat auch in anderen Städten gesichert wäre. Dazu bedarf es neben einer zweckmäßigen und durchaus sorgfältigen Herstellung der Anlage guter Absatzmöglichkeiten für den erzeugten elektrischen Strom und die anfallenden Schlackenmassen. Die enge Verbindung der Müllverbrennungsanlage mit einem Elektrizitätswerk empfiehlt sich ganz besonders und wird auf die Rentabilität vorteilhaft einwirken. Auf jeden Fall bedeutet die Müllverbrennung die hygienisch einwandfreieste Beseitigung des Hausmülls, und sie wird auch von einer gegebenen Größe der Stadt an die wirtschaftlichste sein, wenn nur die Anstalt richtig projektiert und ausgeführt wird.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch der Bericht, den der Frankfurter Magistrat vor einiger Zeit der Stadtverordnetenversammlung über den Betrieb der Müllverbrennungsanstalt vorgelegt hat. Die Frankfurter Müllverbrennungsanlage steht in enger Verbindung mit den Kläranlagen der Kanalabwässerung. Sie bezweckt gleichzeitig die Verbrennung des trockenen Hauskehrichts und die Verrottung der in den Klärbecken anfallenden Rückstände und besteht daher aus der eigentlichen Verbrennungsanlage mit der Schlackenverarbeitungsanlage und dem Zentrifugenhaus für die Entwässerung des Klärbeckenschlammes. Die eigentliche Müllverbrennungsanstalt umfaßt 6 Batterien à 4 Zellen, 6 Dampfkessel mit je 120 Quadratmeter Heizfläche und je 40 Quadratmeter Überhitzfläche sowie 2 Turbodynamos von je 366 Kilowatt Leistung, von denen 4 Batterien, 4 Kessel und eine Turbodynamo in regelmäßigem Betrieb sind. Die Öfen sind nach dem System Hertz gebaut. Der Klärbeckenschlamm wird in besonders konstruierten Zentrifugen ausgeschleudert und von Transportbändern und mittels eines Becherwerks nach dem obern Stockwerk des Zentrifugenhauses befördert. Von dort kann die Masse nach dem Müllsammelbehälter zur Verbrennung transportiert werden. Die Anlage wurde im September 1909 in Betrieb genommen und hatte eine Reihe von Kinderkrankheiten durchzumachen, bis die folgenden Betriebsergebnisse dauernd erreicht wurden. Es werden nunmehr in der Halbbatterie pro Tag 35 Tonnen Müll verbrannt, die

mittlere Verbrennungstemperatur beträgt 900 bis 1000°, die Verdampfungsziffer 1,15. Pro Tonne Müll werden 80 Kilowattstunden erzeugt, das heißt die Kraftausbeute stellt sich um 30 % besser als man anfänglich annahm. Bezogen auf die Frankfurter Kohlenpreise würde sich ein Heizwert der Tonne Müll von 1,80 bis 2,40 Mark ergeben. Die Resultate sind also, wie ein Vergleich mit den oben angegebenen Ziffern für die Barmer Verbrennungsanstalt zeigt, nicht so günstig wie dort, doch im ganzen recht befriedigend. Um die Ergebnisse zu verbessern, will die Betriebsleitung noch eine Reihe Änderungen vornehmen, die die Entfernung der großen Sperrstoffe aus dem Müll durch vorhergehende Sortierung sowie eine Beschränkung der Flugaschmenge durch pneumatische Absaugung aus den Aschenfängen der Kessel zum Ziel haben. Außerdem soll die Austrocknung des Klärbeckenschlammes auf anderem Weg als bisher erreicht werden. Die Zentrifugen erhöhen den Trockengehalt des Schlammes von 8 bis 10 % auf 30 bis 40 %. Trotzdem empfiehlt sich die Verbrennung dieses Schlammes zusammen mit dem Müll, die man ursprünglich in Aussicht genommen hatte, nicht. Die Verdampfung des im Schlamm noch enthaltenen Wassers hält die ganze Verbrennung zu sehr auf und setzt die Leistung der Öfen herab. Eine Brikettierung und Nachtrocknung des entwässerten Schlammes, die man ebenfalls früher vorgesehen hatte, würde zu lange Zeit und zu große Trockenräume in Anspruch nehmen. Die Betriebsverwaltung beabsichtigt daher eine Trockentrommel einzurichten, durch die die Rauchgase aus dem Kamin hindurchgeleitet werden. Auf diesem Weg soll der Trockengehalt des Materials von 30 auf 70 % gebracht werden. Bisher erforderte die Anlage einen Aufwand von 1280000 Mark. Die noch nicht ausgeführte Schlackenbrechanlage ist mit 54000 Mark eingestellt. Selbstverständlich würde die Einführung der Schmelzung der Schlacken und ihre Verarbeitung zu Schlackenkalksteinen in einer besonderen Steinfabrik, der Bau der Trockentrommel etc. noch weitere Mittel erfordern. Die jährliche Gesamerzeugung an elektrischer Energie wird rund 3 Millionen Kilowattstunden betragen, von denen etwa 1½ Millionen im Eigenbetrieb und im Betrieb der Kläranlage verbraucht, 1 Million an die Wasserwerke zum Betrieb einer Pumpstation abgegeben werden; die restlichen 500000 wer-

den an das städtische Elektrizitätswerk zum Preis von 6 Pfennig pro Kilowattstunde verkauft. Wennschon eine genaue Betriebsrechnung sich bei der Kürze der Betriebszeit noch nicht aufstellen läßt, so bezeichnet der Bericht doch das wirtschaftliche Ergebnis der Anstalt als nicht ungünstig. Gleichzeitig weist er darauf hin, daß diese Anstalt so wenig wie die Kläranlage Überschüsse abwerfen solle. Ihr Zweck sei in erster Linie ein hygienischer, und um dies Ziel zu erreichen, müsse das wirtschaftliche Ergebnis zurücktreten. »Wenn man aber berücksichtigt«, so schließt der Bericht, »daß die Stadt die vielen Ausgaben und Umstände der Lagerplätze für Schlamm und Kehricht erspart und der Sorge für die Unterbringung dieses Materials in der Zukunft enthoben ist, ohne daß ihr Mehrkosten entstehen, so kann man auch mit dem wirtschaftlichen Erfolg zufrieden sein.« Hoffentlich veranlassen die günstigeren Erfahrungen, die in neuerer Zeit mit den Müllverbrennungsanstalten gemacht werden, auch andere Großstädte zu dieser hygienisch besten Abfallbeseitigung überzugehen.

× ×

Hilfsschulen Die Berliner Stadtverwaltung hat die Neuorganisation des Hilfsschulwesens in die Wege geleitet. In einer Vorlage vom 5. September machte sie der Stadtverordnetenversammlung ihre Vorschläge, die von einem Ausschuß dieser Körperschaft im November einer Beratung unterzogen wurden. Mit nur geringen Änderungen fanden die Vorschläge des Magistrats Billigung. Die ersten Hilfsschulen wurden in Berlin im Jahr 1898 als Nebenklassen eingerichtet. Man hoffte damals noch, daß viele der ihnen überwiesenen Schüler nach einiger Zeit für ein regelmäßiges Aufrücken in der Normalschule fähig werden würden. Die Erfahrung hat aber bewiesen, daß der Nebenklassenunterricht in der Regel nicht imstande ist die Kinder zum Übertritt in die Normalschule und zum regelmäßigen Fortschreiten in ihr zu befähigen. Die überwiesenen Kinder blieben in der Mehrzahl in den Nebenklassen. Die bei der Mehrzahl der Kinder vorhandene Bildungsfähigkeit zwang aber dazu aufsteigende Nebenklassen an einer und der selben Gemeindeschule zu errichten. Das geschah im Jahr 1904. Zugleich wurde ein Lehrplan für 6 aufsteigende Nebenklassen ausgearbeitet, der zunächst nur

als Stoffsammlung für die Lehrer dient. Überall dort, wo wenigstens 5 aufsteigende Nebenklassen vorhanden waren, wurde ein Hilfsschulleiter angestellt, der die Leitung der Nebenklassen übernahm. Diese Einrichtung der aufsteigenden Nebenklassen hat sich so bewährt, daß sie überall an Stelle der einzelnen Nebenklassen getreten sind. Die Entwicklung war in den einzelnen Bezirken sehr verschieden, dies zum Teil durch die zur Verfügung stehenden Räume bedingt. Über die Verteilung der Nebenklassen macht die Vorlage die folgenden Angaben: Es gab 2 aufsteigende Nebenklassen bei 2 Gemeindeschulen, 3 bei 10, 4 bei 5, 5 bei 2, 6 bei 7, 7 Nebenklassen, von denen 6 aufsteigend sind, bei 1 Schule, 8 ebenfalls mit 6 aufsteigenden bei 3 Schulen, und 9 mit 6 aufsteigenden bei 1 Schule.

Auch die Bestellung von Hilfsschulleitern hat sich im Prinzip bewährt. Nur vermochten sie sich bei der gegenwärtigen Organisation nicht genügend zur Geltung zu bringen. Die Hilfsschule gilt nämlich bisher als ein Bestandteil der Gemeindeschule, in deren Räumen sie untergebracht ist, und untersteht der Aufsicht des Rektors der Gemeindeschulen. Der Hilfsschulleiter ist ihm als Gehilfe untergeordnet und kann selbständige Anordnungen in den Klassen der Hilfsschule nicht treffen. Der Rektor der Gemeindeschule aber ist durch seine Aufsicht über diese so stark in Anspruch genommen, daß ihm für die eigentliche Leitung der Hilfsschule keine Zeit bleibt. Hier soll also die neue Organisation eine Weiterbildung bringen. Es wird auch in Zukunft daran festgehalten eine gewisse Verbindung zwischen der Hilfsschule und der Gemeindeschule, in deren Räumen sie untergebracht ist, bestehen zu lassen. Die Hilfsschule wird aber in Zukunft eine selbständige Abteilung bilden und einem besondern Leiter unterstellt werden. Das wird um so mehr nötig sein als die Normalklassenzahl einer Hilfsschule ohne Abteilung für Schwerhörige wenigstens 7 betragen wird. Es ist nämlich ein stärkerer Unterbau notwendig, da die Höchstbesetzungsziffer in den Klassen der Unterstufe geringer als in denen der Mittel-, und diese wieder geringer als in der Oberstufe sein muß. Die Verbindung der Hilfsschule mit der Normalschule wird in erster Linie durch die sogenannte Vorklasse gebildet, die ihrerseits ein integrierender Bestandteil der Gemeindeschule ist; ferner werden in der Regel die Hilfsschulen in den Ge-

bänden der Gemeindeschulen untergebracht; endlich wirken bei der Aufnahme in die Hilfsschule und bei der Zurückversetzung in die Normalschule Direktoren der Gemeindeschulen mit.

Ein wesentlicher Bestandteil der neuen Organisation ist die Einrichtung einer sogenannten *Vorklasse*. Bisher galt die Bestimmung, daß die in die Nebenklassen aufzunehmenden Kinder 2 Jahre in der untersten Klasse der Gemeindeschule erfolglos zugebracht haben müssen. Dadurch soll verhütet werden, daß körperlich und geistig zurückgebliebene Kinder, die vielleicht im ersten Schuljahr völlig versagen, mit Unrecht zu früh der Hilfsschule überwiesen werden. Diese Bestimmung brachte aber den Übelstand mit sich, daß Kinder mit Schwachsinn höheren Grades 2 Jahre lang in der normalen Klasse mitgeschleppt werden mußten, dabei nicht nur den Unterricht der normalen Kinder behinderten sondern auch die zu ihrer Ausbildung zur Verfügung stehende Zeit nutzlos einbüßten. Durch die Einrichtung einer Vorklasse soll nun die Schutzwirkung der bisherigen Bestimmung beibehalten, die Nachteile aber sollen vermieden werden. Solche Kinder nämlich, die bei regelmäßigem Schulbesuch ein Jahr lang die unterste Klasse der Normalschule ohne Erfolg besucht haben und nach Ablauf dieses Jahres in der untern Abteilung dieser Klasse zurückbleiben müßten, können in eine mit einer Gemeindeschule organisch verbundene Vorklasse für den Unterricht schwach befähigter Kinder aufgenommen werden. Dieser Vorklasse können auch solche Kinder vor Ablauf eines Jahres überwiesen werden, die sich als nicht geeignet für den Unterricht in der Normalschule erweisen. Die Führung der Vorklasse wird einem erfahrenen Hilfsschullehrer übertragen. Die Unterrichtsmethode und die Klassenfrequenz sind die gleichen wie in der Unterstufe der Hilfsschule. Die Notwendigkeit der Aufnahme in die Vorklasse wird von dem Lehrer der Normalklasse, dem Schularzt, dem Rektor und dem Schulinspektor gemeinsam besprochen, die Entscheidung von dem Schulinspektor getroffen. Kinder, die nach einjährigem Besuch der Vorklasse die Reife für die zweitunterste Klasse der Normalschule erreicht haben, oder bei denen die Aussicht besteht, daß ihre Förderung in der Normalschule wahrscheinlich ist, werden in diese zurückversetzt. Die Kinder dagegen, die nicht oder nur wenig gefördert sind, werden genau darauf ge-

prüft, ob sie in die Hilfsschule übergeführt werden müssen, oder ob sie zum Beispiel im Fall längerer Krankheit während des Besuchs der Vorklasse nochmals ein Jahr in dieser verbleiben sollen. Länger als 2 Jahre soll kein Kind in der Vorklasse bleiben. Der Lehrer der Vorklasse macht dem Schulinspektor seine Vorschläge über die Versetzung der Kinder in die Normalschule oder in die Hilfsschule, und dieser letztere trifft dann die Entscheidung. Bei der Prüfung der Kinder der Vorklasse sind außer dem Lehrer der Rektor der Gemeindeschule, der Leiter der in Betracht kommenden Hilfsschule, der Schularzt und der Schulinspektor beteiligt. Durch diese Anordnung soll also verhindert werden, daß Kinder, die in der Entwicklung zurückgeblieben, aber nicht schwachsinnig sind, in der Hilfsschule zurückgehalten werden. Bei der geringen Kinderzahl in der Vorklasse kann der Unterricht durchaus individuell gestaltet werden, so daß der erfahrene Lehrer die nötige Förderung dieser zurückgebliebenen Kinder mit Erfolg erreichen kann. Kinder, die zweifellos schwachsinnig sind, können ohne weiteres der Hilfsschule für schwachbegabte Gemeindeskinder überwiesen werden, ausgesprochen idiotische Kinder möglichst sofort in die Idiotenanstalt übergeführt werden.

Die Organisation der Hilfsschulen ist in der folgenden Weise geordnet. Die bestehenden Nebenklassen werden, wo irgend angängig, zu einer Hilfsschule mit 5 aufsteigenden Klassen vereinigt. Die 5. und 4. Klasse bilden die Unterstufe, die 3. und 2. die Mittelstufe, die 1. Klasse die Oberstufe. In der Regel bleiben die Kinder mindestens 2 Jahre bei dem selben Lehrer. Auf der Unterstufe können Parallelklassen gebildet werden. Die nicht zu selbständigen Hilfsschulen organisierten Nebenklassen bestehen aus Klassen der Unter- und Mittelstufe und geben die fortgeschrittenen größeren Kinder, denen ein weiterer Schulweg zugemutet werden kann, an die nächstgelegene Hilfsschule ab. Die Hilfsschulabteilungen für Schwerhörige sind möglichst so zu organisieren, daß sie wenigstens 3 aufsteigende Klassen erhalten. Für die Klassen der Unterstufe wird die Frequenz auf 18 Kinder, für die der Mittelstufe auf 20, die der Oberstufe auf 22, die der schwerhörigen Klassen auf 12 Kinder festgesetzt. In den Nebenklassen wird das Prinzip der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter durchgeführt, außerdem sind

sie für die Kinder aller Religionsgemeinschaften gleichmäßig bestimmt. Die 5-klassige Gliederung an Stelle einer 6klassigen, die mehr der 8klassigen Volksschule entsprechen würde, wurde deshalb gewählt, weil nach der Vorlage davon auszugehen ist, daß die Kinder der Hilfsschule noch weniger regelmäßig als die der Normalschule die einzelnen Klassenstufen durchlaufen und die oberste Klasse durchmachen werden. Außerdem wird auf diese Weise den nur mit einem geringen Grad von Schwachsinn behafteten Kindern die Möglichkeit eröffnet nach Absolvierung der 5 Klassen der Hilfsschule noch ein Jahr in der Normalschule zuzubringen. »Ihnen wird«, wie es in der Vorlage des Magistrats heißt, »diese Rückkehr in die Normalschule eine gerechte Belohnung für ihr Streben, und der Aufenthalt in einer Normalklasse während des letzten Schuljahrs eine noch bessere Vorbereitung für den Eintritt in das praktische Leben sein als die Hilfsschule bereits gibt.« Bei dem weit verbreiteten Vorurteil, das gegen die Hilfsschule besteht und den Aufenthalt in ihr geradezu als einen dauernden Makel betrachtet, darf dieser Übergang in die Normalschule als ein wesentlicher Vorteil für die Kinder gelten, und es wird ein 6. Jahr dort dem in der Hilfsschule vorzuziehen sein.

× **Kurze Chronik** Die Stadt Königsberg hat ihr Elektrizitätswerk und ihre Straßenbahnen auf 30 Jahre an die *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* in Berlin verpachtet. × Der *Charlottenburger* Magistrat hat die Anstellung eines Hygienikers als besoldeten Stadtrat beantragt. × Der *Heidelberger* Stadtrat hat es aus »grundsätzlichen Rücksichten« abgelehnt einer Petition nachzukommen, die ihn ersucht mit Rücksicht auf die hohen Fleischpreise die Erhebung des Oktrois auf Seefische einzustellen. × Die *Heilbronner* Stadtverwaltung hat den Unternehmern städtischer Arbeiten die Verpflichtung auferlegt den Bedarf an Arbeitern beim städtischen Arbeitsamt anzumelden und bei der Annahme ortsansässige Arbeiter möglichst zu berücksichtigen. Ebenso haben die städtischen Ämter das Arbeitsamt von dem Beginn größerer Arbeiten in Kenntnis zu setzen, und beim eigenen Bedarf von Arbeitern sich zunächst an das Arbeitsamt zu wenden. × Die Stadtverwaltung Halle hat

die Einrichtung eines zentralisierten Arbeitsnachweises beschlossen. × Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen die schulärztliche Untersuchung der Neuaufgenommenen zunächst auch auf die Bürgerschulen und dann später auch auf die höheren Schulen auszudehnen. × In Köln wurde am 21. November ein städtisches Gebäude für sozialpolitische Zwecke dem Verkehr übergeben. Es enthält den Arbeitsnachweis, die Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit, den Wohnungsnachweis, den Stellennachweis für kaufmännische Angestellte mit einer Schreibstube, den paritätischen Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgewerbe. Eine größere Zahl von zweckmäßig eingerichteten Bureau- und Warteräumen ist für die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften und der Innungen reserviert.

× **Literatur** In der Sammlung *Gemeindebetriebe des Vereins für Sozialpolitik* sind als

8. Teil eine Darstellung der Gemeindebetriebe der Stadt Halle, als 9. Teil eine solche der Gemeindebetriebe der Stadt Königsberg sowie als 10. Teil eine Darstellung der Gemeindebetriebe in den Städten, Kreisen und Landgemeinden des ober-schlesischen Industriebezirks erschienen. Eine zusammenfassende Besprechung dieser und der bereits früher publizierten Monographien soll später erfolgen. × Die Schrift H. Kötschkes *Die Berliner Waldverwüstung und verwandte Fragen* (Berlin, *Renaissanceverlag*) bringt in den ersten 6 Kapiteln eine übersichtliche Geschichte der Waldverwüstung um Berlin. Eine traurige Geschichte voll raffgieriger Profitsucht, unglaublicher Verständnislosigkeit bei Gemeinden und Staat für die elementarsten Bedürfnisse der Bevölkerung, eine lange Aneinanderreihung verpaßter Gelegenheiten, fortlaufender Siege des kleinlichsten, erbärmlichsten Privatinteresses über das gemeine Wohl. »Etwas Durchgreifendes muß geschehen«, so leitet der Verfasser die Abschnitte ein, in denen er seine Vorschläge entwickelt. Er verlangt zunächst vom Landtag eine schärfere Anwendung seines Etatsrechts gegenüber den An- und Verkäufen von Forstgrundstücken durch die Regierung, dann eine Erweiterung des Verunstaltungsgesetzes und schließlich die Bildung von Waldankaufsverbänden der Gemeinden, die den fiskalischen Wald so weit wie möglich ankaufen oder pachten sollen. Es würde sich dabei nach den Be-

rechnungen des Verfassers um die allerdings gewaltige Summe einer jährlichen Anforderung von 12 Millionen Mark handeln, die der Verfasser aber für unerschwinglich hält. X Das Buch F. Zadows *Der außerordentliche Finanzbedarf der Städte* /Jena, G. Fischer/ gibt einen Überblick über die ganze Frage der städtischen Darlehensaufnahme. Nach einer kurzen Einleitung, in der das rasche Anwachsen der Tätigkeit der Gemeinden skizziert wird, werden zunächst die ihnen zur Verfügung stehenden Deckungsmittel für den außerordentlichen Finanzbedarf abgehandelt und dabei neues Material in der Frage der Fondssammlung beigetragen. Darauf gibt der Verfasser einen Überblick über die Formen der Darlehensaufnahme als dem wichtigsten Deckungsmittel und die Quellen der Kreditbefriedigung. Den Schluß bildet eine Darstellung und Kritik der Bestrebungen zur Organisation und Zentralisierung des städtischen Kredits. Der Verfasser kommt dabei zu dem Ergebnis, daß dieses Problem nur dadurch einer praktischen Lösung entgegengeführt werden könne, daß die deutschen Städte das Reich zum Vermittler ihrer Anleihen gewinnen oder den Weg über die Hypothekenbanken beschreiten. Alle anderen vorgeschlagenen Lösungen, wie zum Beispiel die Einrichtung eines Städtevereins oder einer Städtebank auf Aktien, hält er für praktisch unbrauchbar, weil die Großstädte sich wegen der Solidarhaft nicht an derartigen Einrichtungen beteiligen werden. Auch wenn man mit den Ergebnissen der Untersuchung nicht ganz einverstanden ist, wird man die Schrift Zadows als Einführung in das von ihr behandelte Gebiet empfehlen können. X Die Abhandlung des bekannten Staatsrechtslehrers J. Redlich *Das Wesen der österreichischen Kommunalverfassung* /Leipzig, Duncker & Humblot/ gibt einen Vortrag in erweiterter Fassung wieder, der vor der Berliner Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung anlässlich ihres Besuchs in Wien gehalten wurde. Redlich will das österreichische Kommunalrecht in seinen Grundgedanken im Vergleich und im Gegensatz zum preußischen Recht klarstellen. Die Arbeit zeigt alle die Vorzüge, die an den großen Arbeiten des Verfassers *Englische Lokalverwaltung und Recht und Technik des englischen Parlamentarismus* früher zu rühmen waren. Sie ist eine vortreffliche Einleitung in das Studium der österreichischen Ge-

meindeverfassung, das allen reichsdeutschen Politikern um so mehr empfohlen werden muß als gegenüber der Überwucherung der deutschen Selbstverwaltung durch die Staatsbureaukratie die österreichische Gemeinde »eine Verwirklichung jener Auffassung der Selbstverwaltung ist, die in der Schaffung einer möglichst erweiterten staatsfreien Lebenssphäre für die Selbstverwaltungskörper das Wesen der Selbstverwaltung und damit zugleich auch die Grundlagen der bürgerlichen Freiheit und des Rechtsstaats erblickt«. X Der 6. Band des *Jahrbuchs der Bodenreform*, herausgegeben von Adolf Damaschke /Jena, G. Fischer/ bringt wiederum reiches Material für die Frage der Bodenbesteuerung bei. Das 1. Heft enthält eine ausführliche Abhandlung über die englische Bodensteuerreform von Professor H. Köppe-Marburg, das 2. Heft bringt eine Zusammenstellung des Entwurfs des Reichszuwachssteuergesetzes mit den Beschlüssen der Reichstagskommission in 1. und 2. Lesung. Ferner werden Fragen des Erbbaurechts von Professor Ermann, L. Eschwege, Dr. Müller und von Pechmann behandelt.

Gelstige Bewegung / Wilhelm Hausenstein

Tolstoj † Graf Leo Tolstoj ist am 15. November 1910 in klösterlicher Zurückgezogenheit gestorben. Er wurde am 9. September 1828 auf dem Landgut Jabnaja Poljana geboren. Die Erziehung lag in den Händen der Hauslehrer und der Tanten, von denen eine, Alexandra Iljinischna, das asketische Leben einer Heiligen führte. In späteren Jahren — in Kasan — fand Tolstoj noch ein zweites asketisches Vorbild: in seinem seltsamen Bruder Dmitri. An der Universität Kasan trieb Tolstoj seit 1848 neben seinen orientalischen und juridischen Studien allerhand kleinen lebemännischen Unfug. »Zu der Zeit . . . pflegte ich die Leute . . . mit Vorliebe in Leute *comme il faut* und *comme il ne faut pas* einzuteilen. . . Mein *comme il faut* bestand in erster Linie in der Beherrschung eines vorzüglichen Französisch . . . und in der Zurschaustellung einer gewissen eleganten, oberflächlichen Gelangweiltheit . . .« Aber in dem Blasierten war keine sinnliche Leichtigkeit, sondern immer latente Scham und Reue und zu Zeiten eine erschütternde moralische Konvulsion. Es ist interessant, daß

Tolstoj schon in Kasan sich geschlechtliche Enthaltensamkeit zur Aufgabe machte. »Wer ist zu tadeln, wenn wir die uns angeborenen Eigenschaften des Mutes, der Entschlossenheit, der Vernunft . . . verlieren, wenn nicht die Frauen?« 1848 ging Tolstoj zum juristischen Examen nach Petersburg. Die Zerrüttung seiner Finanzen trieb ihn schließlich aufs Land; er ging zu seinem Bruder Nikolaj, der im Kaukasus Offizier war. Hier geschahen wieder moralische Katastrophen: Tolstoj, der bis dahin in einem flauen Kavaliersatheismus zu Hause gewesen war, erlebte in wilden Gebeten inmitten der grandiosen Bergwelt erste tief religiöse Offenbarungen. Damit hing es zusammen, daß er die zerstreuende städtische Zivilisation verfluchte. In jene kaukasische Zeit fielen die dichterischen Anfänge. Im Kaukasus trat Tolstoj in die Armee. Er hat den Krimkrieg an exponierter Stelle mitgemacht. Mitten im Feld erkannte Tolstoj immer besser seine sozialethisch-religiöse Bestimmung. »Ein Gespräch über Gottheit und Glaube rief in mir eine erstaunliche Idee wach . . . Diese Idee ist die Gründung einer neuen Religion, die der augenblicklichen Entwicklungsstufe der Menschheit entspreche: die Religion Jesu, doch vom Dogma und Mystizismus gereinigt, eine praktische Religion, die nicht künftiges Glück verleiht sondern Glückseligkeit auf Erden schenkt . . .« In der Zeit des Krimkriegs begann auch Tolstoj's Abscheu vor den Kriegen, den er später, 1864, in *Krieg und Frieden* in die Worte brachte: »Krieg ist kein Liebeswerk sondern die verruchteste Sache im Leben . . . So [wie er bis jetzt getrieben wurde] ist der Krieg nur Lieblingszeitvertreib müßiger, leichtsinniger, gewissenloser Fürsten . . . Was ist der Zweck des Krieges? Mord und Totschlag. Was sein Mittel? Spionage. Verrat. Was ist Kriegsbrauch? Plünderung und Raub zum Besten der Heeresverproviantierung . . .«

Nach dem Krieg ging Tolstoj nach Petersburg; er quittierte bald und lebte in Autorenkreisen. 1857 bereiste er das Ausland; damals entstand die soziale Thesen-novelle *Lusern*, die von dem armen Pfieler und den begüterten englischen Klötzen handelt. Nach der Heimat zurückgekehrt lebte Tolstoj teils in den beiden Hauptstädten teils auf JaBnaja Poljana. Er schrieb weiter und brachte glänzende Novellen heraus, unter denen eine, *Drei Todesarten*, schon das Evangelium vom Segen einer nur noch vegetativen, buddhi-

stisch empfundenen Armut verkündet. 1860 bereiste Tolstoj ein zweites Mal das Ausland, diesmal zu pädagogischen Studien. Schon 1849 hatte er es auf seinem Landgut mit einer Schulgründung versucht. Er kam aus dem Westen zurück, ohne irgend eine brauchbare Methode gefunden zu haben. Und er bekannte nun: die beste Methode bestehe darin »überhaupt keiner Methode zu folgen, aber alle zu kennen . . . und bei etwa auftretenden Schwierigkeiten neue zu erfinden«. Im übrigen dachte Tolstoj vom Begriff *Erziehung* überhaupt gering. »Es gibt keine Erziehungsrechte. Ich erkenne keine an. Sie werden auch nie anerkannt werden und sind niemals anerkannt worden von der jungen Generation, die gerade erzogen wird, und die immer und überall gegen den Zwang des Erzieherischen ist . . . Mit welchem Recht erzieht die privilegierte Gesellschaft nach eigenem Maßstab Menschen, die ihr fremd sind? . . . Hören wir doch auf im Widerstand des Volkes gegen Erziehung ein feindliches Element zu erblicken . . . akzeptieren wir doch endlich die Überzeugung, daß, wenn die erziehende Klasse wissen soll, was gut ist und was schlecht, die zu erziehenden Klassen die volle Macht besitzen müssen ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben . . .« Hier mischt sich prinzipielle Ablehnung des Erziehungsgedankens mit spezieller Ablehnung spezieller Mißformen. Die positive Pädagogik, wie Tolstoj sie in seiner Zeitschrift gelehrt und praktisch geübt hat, ist ganz anarchistisch: kein Schulzwang, eventuell nur Unterricht durch die Mutter oder die Großmutter, innerhalb der Schule selbst kein autoritärer Lehrer, sondern ein Lehrer-Kamerad, der es nicht bestrafen darf, wenn Schüler wegbleiben, aus dem Unterricht fortlaufen oder zu spät erscheinen; weiter keinerlei Aufgaben, keinerlei Verpflichtung zu strapaziöser Aufmerksamkeit, spielende Kooperation zwischen Lehrer und Schülern.

Dann kam die letzte Peripetie. Tolstoj begann sich seiner Künstlerschaft wie eines eiteln Schmucks zu schämen und trieb in den achtziger Jahren fast nur theologisch-ethische Studien. 1884 erschien jene fürchterliche Beichte. »Ich habe im Krieg Menschen getötet, habe Duelle ausgefochten . . . ich verlor beim Kartenspiel, vergeudete ein Vermögen, das dem Schweiß der Bauern abgepreßt war, züchtigte die Bauern grausam, schwelgte mit leichtsinnigen Weibern und betrog die Män-

ner. . . « Sein erneuertes Leben stellte Tolstoj auf Gott, den er als »reinen Geist, als die Liebe selber und den Anfang aller Dinge« betrachtete, und auf den »Menschen Jesus Christus«, der das reine Gottesevangelium von der gewaltlosen Liebe verkündet hat. Wenn Tolstoj wieder zur Feder des Dichters griff, so tat er es zur Verkündung sozialethischer Thesen. Vor allem in der *Kreutzerersonate* von 1890. In den neunziger Jahren erschienen dann weiter jene zahlreichen theoretisch-polemischen Schriften, deren Titel allen geläufig sind. Die politische Philosophie Tolstoj's, die bei so vielen Anlässen zum Ausdruck kam, aber nie als abgerundetes System auftrat, läßt sich auf folgende Gedanken reduzieren: Verwerfung jeder staatlichen Form, da alle staatliche Organisation mit Gewalt imprägniert ist; gewaltlos-liebevolles Gruppenleben der Menschen; Ablehnung der anarchistischen Aktion, die auf Gewalt ausgeht und mit Gewalt arbeitet; Ablehnung des sozialistischen Klassenkampfes; Ablehnung des Parlamentarismus als einer Finte des Gewaltstaats; Ablehnung ökonomistischer Politik; Zurückführung aller Opposition auf die Verweigerung des Heeresdienstes als die einzige Resistenz, die dem Christen geziemt; gänzlicher Verzicht auf alle persönlichen Leidenschaften, Gründung der Zukunft auf den reinen Geist anspruchlosen Urchristentums. Das ist der Mann, den seine Kirche 1901 exkommunizierte, und dem sie die Totenmessen weigerte.

Wie ist Tolstoj geschichtlich einzuordnen? Die ökonomische Haupttatsache der Zeit, in der er blühte, war die Bauernbefreiung Alexanders. Der europäische Westen war Rußland hierin um etwa 50 Jahre voraus. Die Sozialphilosophie, die Zeitgenossin der okzidental Bauernbefreiung und Gewerbebefreiung war, liegt uns in der Sozialphilosophie Saint-Simons, speziell in seiner spätesten Schrift, dem *Neuen Christentum*, vor. Diese Schrift, die trotz aller ökonomistischen Argumentationen doch die entscheidende Prägung von der idealistischen Philosophie der Zeit empfing, weist eine überraschende Ähnlichkeit mit Tolstoj's Denken auf. Saint-Simon stellt alles auf gewaltlose, religiöse Liebe und verwirft ausdrücklich den proletarischen Klassenkampf. Es ist merkwürdig, daß der Gedanke nicht längst vielen kam: Tolstoj ist der Saint-Simon seiner Zeit gewesen.

Über den Künstler Tolstoj werden hier

in der Rubrik *Dichtkunst* (pag. 84 ff.) einige Worte gesagt. Die Beziehungen des Ethikers Tolstoj zum Sozialismus hat Streltzwow in dieser Zeitschrift (1910, 3. Band, pag. 1643 ff.) schon dargelegt.

X **Berlin:** Genosse Heimann verbreitet
Öffentliche anläßlich der Vollendung
Bibliothek des 11. Betriebsjahrs der
von ihm gegründeten und unterhaltenen
Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle
Berlin (Adalbert St. 41) einen statistischen Bericht. Die Bibliothek enthält zurzeit 8000 Bände aus der schönen Literatur und 12 000 Bände belehrenden Inhalts. Im 11. Betriebsjahr wurde das Institut von 133 188 Personen, seit Eröffnung von 1 333 398 Personen aufgesucht. Der Tagesdurchschnitt der Besucher — die entweder die Leseräume oder das Ausleiheamt in Anspruch nahmen — belief sich auf 385. Im Ausleiheamt wurden 70 168 Bände ausgegeben, von denen 17 Bände verloren gingen. Von den ausgeliehenen Werken entfielen 46 649 Bände auf schöne und 23 519 auf wissenschaftliche Literatur. Von den Entleihungen wissenschaftlicher Bücher bezogen sich auf Geschichte 4551, auf Geographie 3079, auf Naturwissenschaften 4898, auf Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre 3253, auf Gewerbekunde und Technik 2633, auf Philosophie, Religion, Pädagogik und Sport 2629, auf Kunst, Musik und Literaturgeschichte 2477 Entleihungen. Für alle 11 Betriebsjahre ist die Ziffer sämtlicher Entleihungen 794 654. Der Leserkreis der Ausleihebibliothek rekrutiert sich aus allen Stadtteilen Berlins. Die gewerblichen Arbeiter stellten im Berichtsjahr 53 % der Ausleiher, die Handlungsgeschilfen und die weiblichen Handlungsangestellten 22 %, die selbständigen Kaufleute und Handwerker 2 %, die Ärzte und Juristen 2 %, die Staats- und Privatbeamten 5 %, die Lehrer und Lehrerinnen 3 %, die Studenten 1 %, die Seminaristen und Schüler 4 %, Personen ohne Berufsangabe 8 %. Die Lesehalle wurde im Berichtsjahr von 63 020 Personen, in allen 11 Betriebsjahren von 684 924 Personen aufgesucht. Unter den Lesehallenbesuchern des 11. Jahres waren nur 1955 Frauen. Neben den 553 Zeitungen und Zeitschriften der Lesehalle steht den Besuchern eine Nachschlagebibliothek von 1840 Bänden jederzeit zur unmittelbaren Verfügung; allein auch die Beschaffung der jeweils erst zu bestellenden Werke geschieht — infolge des Indikatorenaystems — sehr rasch. Das ganze Institut

beruht auf dem Prinzip der absoluten Unentgeltlichkeit. Es ist an Werktagen von $\frac{1}{2}$ 6 Uhr abends bis 10, an Sonntagen und Festen von morgens 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr geöffnet.

× **Kurze Chronik** Der Stadtgemeinde Köln ist von zwei Industriellen die Summe von 170 000 Mark zur Errichtung einer Volksbibliothek mit Lesehalle überwiesen worden. × Nach einer Notiz in den *Ärztlichen Mitteilungen* sucht der *Kundenromanverlag G. m. b. H.*, Suarez St. 55, Charlottenburg, den Kampf gegen die Schundliteratur dadurch zu paralisieren, daß er den Abnehmern seiner Kolportageromane kostenlose ärztliche Beratung und Preisreduktion für Medikamente garantiert. × Ein Bonner Statistiker, Wilhelm Ermann, hat den Kaufpreis der im Jahr 1909 in Deutschland erschienenen wissenschaftlichen Literatur auf insgesamt 60 306 Mark berechnet, wovon annähernd die Hälfte auf Zeitschriften und Serienwerke entfällt. × In Italien wurde im Dezember 1908 ein Verband italienischer Volksbibliotheken gegründet; dieser Verband hat seither die Gründung von 199 Bibliotheken veranlaßt und projektiert die Gründung von weiteren 140. × In den ersten 3 Quartalen des Jahres 1910 wurden in den Bibliotheken der Leipziger Arbeiterorganisationen 112 281 Bände (gegen 100 087 in der gleichen Zeit des Vorjahrs) entliehen.

× **Literatur** In einem ziemlich starken Band schreibt Frederick W. Roman über *Die deutschen gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen* /Leipzig, Duncker & Humblot/. Die Arbeit, die im 2. Teil die amerikanischen Parallelen zum Vergleich heranzieht, um zu dem Schluß zu gelangen, daß die deutsche Fortbildungsschule der amerikanischen entschieden überlegen ist, ist sowohl im historischen wie im praktischen Teil mit einer außerordentlichen Sorgfalt geschrieben und verdient als äußerst gediegenes Lehr- und Handbuch aufs lebhafteste empfohlen zu werden.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Organisation Um einen richtigen Einblick in die Fortschritte der Frauenbewegung zu gewinnen, ist es gut sich hin und wieder das

tatsächlich Erreichte ins Gedächtnis zu rufen, den Stand der Frauenbestrebungen in den Hauptkulturländern zusammenfassend zu betrachten und sich klar zu machen, auf welchen Gebieten in Zukunft noch die Hauptarbeit zu leisten ist. Dabei wird es uns bald deutlich, daß das Tätigkeitsfeld einer großen Zahl von Frauenvereinen heute eigentlich gar nichts mehr mit *Frauenbewegung* zu tun hat, diese vielmehr nichts weiter darstellen als für Frauen geschaffene Zentren und Auskunftsstellen auf verschiedenen Arbeitsfeldern, das heißt, daß sehr viele Vereine gar nicht mehr Kampf- sondern einfach Arbeitsorganisationen sind. In der Statistik der Frauenorganisationen im Deutschen Reich, die das statistische Amt 1908 bearbeitet und im vorigen Jahr als Sonderheft zum *Reichsarbeitsblatt* veröffentlicht hat, wird zwar zirka 1 Million organisierter Frauen gezählt, ohne daß die mit Männern zusammen organisierten (die gewerkschaftlich und nach Erlaß des Vereinsgesetzes die parteipolitisch organisierten) Frauen mitgerechnet wären. Indes nur der allergeringste Teil davon gehört Propagandaver-einen für die Frauenbewegung an. Der *Allgemeine deutsche Frauenverein* (der konservative Flügel der Frauenbewegung) gab dem statistischen Amt keine Mitgliederzahlen an; der *Verband fortschrittlicher Frauenvereine* zählte 24 Ortsgruppen mit wenig über 2000 Mitgliedern, der *Deutsche Stimmrechtsverband* gegen 2500 Mitglieder, darunter noch einige hundert Männer. Außerdem könnte zur eigentlichen Frauenbewegung höchstens noch der *Verein Frauenbildung-Frauenstudium* gerechnet werden, der damals zirka 4000 Mitglieder umfaßte. Diese Zahlen erscheinen an sich äußerst gering. Doch ist, wie die Erfolge des letztgenannten Vereins zeigen, nicht immer die Mitgliederzahl allein für die Kraft der Propaganda maßgebend. Die Ziele dieses Vereins (die Freigabe aller höheren Ausbildungsmöglichkeiten für das weibliche Geschlecht) sind, prinzipiell wenigstens — den Stand des höheren Mädchenbildungswesens im einzelnen werde ich eingehender in einer späteren Rundschau darstellen — innerhalb $1\frac{1}{2}$ Jahrzehnten erreicht worden. Abgesehen von der Konsequenz und Tüchtigkeit, mit der von den bürgerlichen Frauen in Deutschland gerade auf diesem Gebiet gearbeitet worden ist, hängen die Erfolge der Agitation in allen solchen öffentlichen Fragen auch sehr stark von ganz außerhalb liegenden Momenten, wie zum

Beispiel von dem Stand der gleichen Probleme in den außerdeutschen Ländern, ab.

X

X

Wahlrecht für Kommunen Während in der Freigabe des Frauenstudiums Deutschland hinter allen anderen Kulturländern um einen so mächtigen Schritt zurückgeblieben war, daß dieser Abstand an sich der Agitation starke Stoßkraft verleihen mußte, liegt es mit dem Hauptproblem der ganzen Frauenbewegung, der Wahlrechtsfrage, leider noch lange nicht so günstig. Auch hier steht zwar Deutschland durchaus mit in der hintersten Linie. Aber es ist doch noch überall so viel zu tun, die Wahlrechtsbewegung schreitet, wenn auch Jahr für Jahr Fortschritte zu verzeichnen sind, fast durchweg so langsam vor, daß der Vergleich mit dem Ausland für die deutsche Stimmrechtspropaganda schwerlich in näherer Zukunft ein durchschlagendes Argument ergeben dürfte. In dem Kampf um das Frauenwahlrecht für sämtliche Körperschaften liegt in der Tat jetzt nicht nur das zentrale, sondern wir könnten fast sagen: das erste und einzige Problem für die Frauenbewegung, soweit sie die Welt hauptsächlich vom Frauen-, das heißt vom Gleichberechtigungsstandpunkt ansieht. In dem Augenblick, wo das weibliche Geschlecht seinen Einfluß direkt in den städtischen und staatlichen Parlamenten zur Geltung bringen kann, würde es natürlich sehr bald die Widerstände überwunden haben, die seiner vollen Mitbeteiligung im kulturellen und öffentlichen Leben noch im Wege stehen. Ich lasse zunächst einen summarischen Überblick über den gegenwärtigen Stand, die Erfolge und Aussichten des Frauenwahlrechts in Deutschland wie den hauptsächlich in Betracht kommenden außerdeutschen Ländern folgen. Da sich die Eroberung des politischen Wahlrechts fast überall, wo es bisher erreicht wurde, erst an den Besitz des kommunalen Wahlrechts schloß, werden wir zuerst auch dieses betrachten müssen. Es weist zumeist auch innerhalb eines und des selben Landes infolge der verschiedenen Stadt- und Landgemeindeordnungen sehr verwickelte Verhältnisse auf.

Für Deutschland ist, wie bekannt, ein passives Wahlrecht für das weibliche Geschlecht für Kommunalverwaltungen durchgängig ausgeschlossen. Dagegen besteht aktives Frauenwahlrecht auch für städtische Gemeinden in einigen Teilen Deutschlands; nur darf es aller-

dings nicht persönlich sondern nur durch Stellvertreter respektive Bevollmächtigte ausgeübt werden. Es existiert für die Frauen in dieser Form in einigen Teilen Bayerns (diesseits des Rheins und nur als Recht der Wahl zu den Gemeindeämtern), in Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Reuß ältere Linie, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Pyrmont und in den Hohenzollernschen Landen. Für ländliche Gemeindegewahlen ist das Gebiet des (ebenfalls nur durch Stellvertreter oder Bevollmächtigte auszuübenden, oft, wie im Königreich Preußen nur mittelbar wirksamen) Frauenwahlrechts bedeutend weiter gesteckt. Es besteht in den 7 östlichen preußischen Provinzen, Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau, den Hohenzollernschen Landen; ferner in Bayern, Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Herzogtum Braunschweig, Sachsen-Koburg (nicht für Gotha), Schaumburg-Lippe, Reuß ältere Linie, Waldeck und Pyrmont, Schwarzburg-Sondershausen, Hamburg. **P**ersonlich dürfen Frauen für ländliche Kommunen auch ein Wahlrecht in der Provinz Hannover und Schwarzburg-Rudolstadt üben; ebenso gestattet die Gemeindeordnung für Lübeck-Travemünde persönliche Ausübung, soweit sie sich auf das Land und die Stadt Travemünde bezieht. Neben den genannten Rechten existieren in den verschiedenen Teilen Deutschlands noch meist auf Grundbesitz gegründete Teilwahlrechte der Frauen für ländliche Gemeinden unter mannigfachen Verkläuserungen und Einschränkungen, so im Königreich Sachsen für ländliche Grundbesitzerinnen, dann zu den Kreistags- oder Gemeindeausschuwahlen im Großherzogtum Hessen, in Preußen, in Bremen, in Lippe-Detmold.

Im Ausland stehen an erster Stelle England und die nordischen Länder.

In Norwegen folgte für die Frau seit dem Mai vorigen Jahres das allgemeine aktive und passive kommunale Wahlrecht auf den Besitz des seit 1905 bestehenden beschränkten Kommunalwahlrechts.

In Schweden besteht aktives und teilweise (so für Stockholm) auch passives kommunales Stimmrecht, aber — wie für den Mann — an eine, wenn auch sehr kleine Steuerleistung gebunden.

Ebenso ist in Dänemark das seit 1908 eingeführte aktive und passive Frauenstimmrecht an eine Steuerleistung geknüpft. Auf Island haben die Frauen schon seit fast 3 Jahrzehnten ein kommu-

nales Wahlrecht; seit 1908 sind sie darin den Männern gleichgestellt.

In England haben jetzt für sämtliche Selbstverwaltungskörperschaften die Frauen unter den gleichen Bedingungen wie die Männer (das heißt, als Haushaltungsvorstände) das aktive wie passive Wahlrecht, nachdem sie aktives Wahlrecht zu der Mehrzahl der Gemeindekörperschaften schon seit Jahrzehnten besessen hatten.

In Finnland ist das aktive Kommunalwahlrecht für die Frauen wie für den Mann an eine Steuerleistung gebunden; die verheiratete Frau ist ausgeschlossen, ebenso besitzt die Frau kein passives Wahlrecht.

In der Schweiz gewähren die kantonalen Gesetzgebungen den Frauen sehr verschiedene Rechte.

In Österreich existiert kein passives Wahlrecht, ein aktives nur in äußerst unbeschränktem Sinn. Am besten liegen die Rechte für die Frauen dort in einigen Teilen Böhmens.

Von den romanischen Ländern kommen hauptsächlich Frankreich und Italien für uns in Betracht. In beiden Ländern macht sich eine lebhafteste Bewegung für die Verleihung des kommunalen Wahlrechts an die Frauen bemerkbar. In Frankreich wurde es in einem am Schluß der vorigen Parlamentssession eingebrachten, von Ferdinand Buisson eingehend begründeten Gesetzentwurf Dusaussoy-Buisson gefordert. In der neuen Kammer wurde der Entwurf dann mit weit über 100 Stimmen an eine neue Kommission zur Beratung zurückverwiesen. In Italien wurde es ebenfalls in diesem Jahr in einer Regierungskommission beraten.

Von den außereuropäischen Ländern interessieren uns außer Nordamerika nur die englischen Kolonialstaaten.

In sämtlichen australischen Kolonien besitzen die Frauen bekanntlich volle Gleichberechtigung. In Kanada liegen die Verhältnisse, was das kommunale Wahlrecht anlangt, ähnlich wie im englischen Mutterland.

Außerst interessant ist die Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Trotz der relativ so großen Freiheiten, deren sich die Amerikanerinnen erfreuen, trotz der bedeutenden Rechte und Stellungen, die sie in einzelnen Verwaltungszweigen wie besonders in der Schulverwaltung genießen, ist der sehr lebhafteste Kampf nicht nur um das politische sondern auch um das kommunale Wahlrecht bisher in der überwiegenden Mehr-

zahl der Staaten erfolglos geblieben. Neben den nunmehr 5 Staaten, die auch politisch den Frauen volle Gleichberechtigung gewähren, haben sie ein eingeschränktes kommunales Stimmrecht nur noch in wenigen anderen erobert.

X

Wahlrecht für Die Aufzählung der Länder, **Legislative** in denen den Frauen poli-

tisches Wahlrecht zusteht, nimmt sehr viel weniger Raum in Anspruch; die Zahl dieser Länder ist noch äußerst gering.

In Europa ist es, wie wir wissen, in der russischen Revolution gelungen für die finnländischen Frauen das aktive und passive politische Wahlrecht durchzusetzen. Nächst der kleinen Insel Man, die den Frauen schon 1880 das Stimmrecht verlieh, hat Finnland damit die Führung in Europa übernommen.

Es folgte Norwegen. Dort wurde den Frauen 1907 ein beschränktes politisches Stimmrecht gegeben, das aber wohl sehr bald in ein allgemeines umgewandelt werden dürfte, da eine Verfassungskommission sich dort bereits für die Verallgemeinerung entschieden hat.

Damit ist die Reihe der europäischen Staaten mit politischem Frauenstimmrecht erschöpft.

Im übrigen ist die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts nur voll verwirklicht in sämtlichen australischen Kolonien wie in jetzt 5 unter den Vereinigten Staaten. Ganz kürzlich ist den 4 älteren Stimmrechtsstaaten, Wyoming, Utah, Colorado, Idaho, nun auch Washington gefolgt, wo Unterhaus und Senat das Stimmrecht schon längere Zeit angenommen, die Volksabstimmung es aber erst jetzt votiert hat, wie auch in verschiedenen anderen der Vereinigten Staaten längst durch Parlamentsvotum das Frauenstimmrecht eingeführt wäre, wenn nicht die Volksabstimmung es dauernd ablehnte. Über Steuerfragen haben außerdem steuerzahlende Frauen ein Stimmrecht in Michigan, New York, Iowa, Louisiana und Montana. Die neue Verfassung für die südafrikanischen Kolonien, von der die dortigen Frauen die Gewährung des Stimmrechts erhofften, hat es ihnen nicht zugebilligt.

Die nächste Erweiterung des Kreises der Frauenstimmrechtsländer wird höchstwahrscheinlich in Europa Island, Dänemark, Schweden und England darstellen. In Dänemark dürfte das Frauenwahlrecht nicht mehr lange auf sich warten lassen, ebenso wenig in Schweden, wo

seit einigen Jahren darum ein sehr lebhafter Kampf entbrannt ist. Gegenwärtig ist nur noch der Widerstand der Ersten Kammer zu besiegen, die im April 1909 das Frauenwahlrecht ablehnte, nachdem die Zweite Kammer es ohne Debatte, also demonstrativ angenommen hatte. In England ist die schon sehr hoch geschwellte Hoffnung der Frauen in allerletzter Zeit wohl wieder etwas gesunken. Die vielleicht recht mutigen, aber, was politischen Verstand anlangt, wirklich nicht sehr imponierenden Formen, die die *Suffragettes*-Bewegung in letzter Zeit angenommen hat, werden dabei schwerlich zu einem baldigen Erfolg beitragen. So kleinlich-komische Gewaltmittel können in der Tat den Frauen nur das Odium der Lächerlichkeit zuziehen.

Wenn in Amerika und England bei so viel vorgeschrittenerer Entwicklung der Emanzipationsbewegung die Erkämpfung des Frauenstimmrechts auf so starke Widerstände stößt, so werden wir bei uns in Deutschland keine allzu große Hoffnung hegen können die Frauen in nächster Zeit in den Reichstag und die Landtage einzuziehen zu sehen. Die Bewegung selbst steckt hier eigentlich noch ganz in den Kinderschuhen. Die Mitgliederzahlen der bürgerlichen Stimmrechtsvereine sind minimal, eine öffentliche Stellungnahme zu der Frage fehlt, wie die absolute Gleichgültigkeit der bürgerlichen Politiker beweist, noch völlig. Ja, die Indifferenz gegenüber diesem ihrem ersten und eigensten Interesse unter den bürgerlichen berufstätigen Frauen, geschweige denn unter den selbst gut versorgten Ehefrauen, ist so groß, daß man nur immer von neuem über die Langsamkeit staunen muß, mit der auch der selbstverständlichste fortschrittliche Gedanke sich in den Köpfen der Menschen durchsetzt. Tatsächlich könnte bei uns, wie in so vielen anderen, so auch in dieser Frage einzig die Sozialdemokratie die Bewegung ins Rollen bringen. Nur sie verfügt in den Arbeiterfrauen über ein genügendes Heer von Kämpferinnen; nur sie könnte die Forderung auch parlamentarisch kraftvoll vertreten. Aber um in diesem Sinn zu wirken, müßte auch die Partei der Sache ein intensiveres Interesse entgegenbringen als es gegenwärtig der Fall ist. Es dürfte nicht genügen jedesmal vor den Reichstagswahlen ein paar große Frauenwahlrechtsversammlungen abzuhalten, in denen ganz schematisch das allgemeine Frauenwahlrecht zu allen Körperschaften gefordert wird, und im Reichstag alle paar Jahre einmal

einen dahingehenden Antrag einzubringen. Man dürfte vielmehr nicht von vornherein jede Möglichkeit einer Abschlagszahlung nach dieser Richtung abweisen, sich auch nicht in einen ganz unnötigen Gegensatz zu den bürgerlichen Stimmrechtlerinnen stellen. Ist deren Zahl auch heute noch gewiß gering, so verleihe es doch der Bewegung eine gewisse Schlagkraft in der Öffentlichkeit, wenn in sozialdemokratischen Frauenstimmrechtsversammlungen auch zuweilen bürgerliche Führerinnen zu Wort kämen und so gerade in dieser Frage, die wirklich noch eine allgemeine Frauenfrage darstellt, die Solidarität aller weiblichen Kämpferinnen in scharfes Licht gerückt würde. Zwar können im politischen Leben Propheten stets täuschen. Doch läßt sich wohl nach dem bisherigen Lauf der Frauenstimmrechtsbewegung mit einiger Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß auch in Deutschland der Weg zum politischen Frauenwahlrecht über das städtische Gemeindevahlrecht führen wird. Vielleicht wäre es deshalb gut zuvörderst die Agitation auf das Kommunalwahlrecht für Frauen zu konzentrieren.

× **Kurze Chronik** Eine der ersten amerikanischen Stimmrechtskämpferinnen Julia Ward-Howe, ist in New York im 92. Lebensjahr gestorben. × Eine außerordentliche Tagung des *Deutschen Bundes für Mutterschutz* in Berlin verhandelte eingehend über die Stellung der Mutter in der neuen *Reichsversicherungsordnung*. Die Vorschläge des Gesetzeswurfs wurden nach allen Seiten hin diskutiert und von sämtlichen Rednern als ungenügend zurückgewiesen. Die Gegenforderungen, die erhoben wurden, decken sich in den Hauptpunkten mit den von der Sozialdemokratie gestellten.

× **Literatur** Das lebhaftere Interesse, das in den letzten Jahren unter den Frauenrechtlerinnen für die gesetzgeberische Mitarbeit des weiblichen Geschlechts in Gemeinden und Staat erwacht ist, beginnt sich in der Frauenliteratur bemerkbar zu machen. Die Frauenvereine suchen durch orientierende Schriften Aufklärung über Verfassung und Politik, über Aufgaben und Stellung der Frau im öffentlichen Leben usw. zu verbreiten. Mehrere diesem Zweck dienende Büchlein hat der Teubnersche Verlag herausgebracht. *Margarete Treuges Einführung in die Bürgerkunde* will hauptsächlich ein Leitfaden

der Bürgerkunde für die Frauenschulen sein. Es gibt eine, freilich außerordentlich knappe Darstellung der Verfassungsentwicklung, besonders für Preußen und Deutschland, weist aber in Literaturangaben überall auf gute Quellen für tiefere Orientierung hin. Sehr gut zusammengestellt und geordnet und deshalb als Nachschlagebuch recht wertvoll ist das vom *Allgemeinen deutschen Frauenverein* herausgegebene, von Jenny Apolant, der Leiterin der Auskunftsstelle für Gemeindeämter der Frau in Frankfurt am Main, verfaßte Werkchen *Stellung und Mitarbeit der Frau in der Gemeinde*, dem auch viele Angaben der obigen Rundschau entnommen sind. Den Angaben über das europäische Ausland hätten sich auch solche über außereuropäische Länder angliedern sollen. Auch ein kleines *Politisches Handbuch für Frauen* hat der *Allgemeine deutsche Frauenverein* erscheinen lassen. Mitarbeiterinnen für die gleichen Themen sind wieder Margarete Treuge und Jenny Apolant, daneben behandelt noch Gertrud Bäumer kurz die Rechte der Frauen in der gesetzlichen Berufsvertretung und die Stellung der politischen Parteien zur Frauenfrage. × *Die neue Mutter* von Nanny Lambrecht / Warendorf, Schnell/ ist ein einziger, leidenschaftlich pathetischer Anruf an die Mutter sich ihrer Verantwortung gegenüber den Kindern, denen sie das Leben gab, insbesondere gegenüber ihren Töchtern bewußt zu werden. Diese nicht von neuem dem blinden und verantwortungslos zufälligen Frauengeschick in die Arme zu treiben, das erst die neue Frau, die Frau des eigenen Daseins und der eigenen Arbeit in der Gesellschaft durchbrochen hat. Die neue Mutter, die Nanny Lambrecht erziehen will, ist freilich auch nicht durch feurige Predigt zu bilden. Erziehung — mögen ihrem Ideal nun alte, mögen ihm neue Anschauungen zugrunde liegen — ist das Produkt zweier Faktoren, die beide wenig dem Einfluß der Erkenntnis unterliegen: der Persönlichkeit des Erziehenden und einer intuitiven, künstlerisch psychologischen Fähigkeit, die sich schwerlich von außen geben läßt.

WISSENSCHAFT

Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Farbenmessung Die Physik ist eine messende Wissenschaft; was nicht zahlenmäßig erfaßt, und festgestellt werden kann, ist physi-

kalisch noch nicht bewältigt. Deshalb bedeutet jede neue Methode Vorgänge und Erscheinungen messend zu verfolgen auch einen Fortschritt in dem betreffenden Zweig der Physik. Wenn man daran denkt, daß die Physik die älteste und am besten ausgebaute Naturwissenschaft ist, diejenige, an deren Forschungsmethoden die übrigen sich gebildet haben und noch bilden, so wird man überrascht sein zu hören, daß auf einem großen Gebiet, das meist zu den bestbekannten und gründlichst durchforschten gezählt wird, eine ungeheuer große Erscheinungsgruppe der Messung und der zahlenmäßigen Angabe noch gar nicht zugänglich geworden ist: die Farben, die dem Gebiet der Lehre vom Licht angehören. Unsere Licht- und Farbeneempfindungen beruhen auf Schwingungen, die sich wellenförmig durch den Raum ausbreiten, und man sollte daher meinen, daß alle Licht- und Farberrscheinungen durch diejenigen zahlenmäßig zu erfassenden Elemente bestimmt sind, die eben eine Wellenbewegung charakterisieren: Wellenlänge und Schwingungszahl, die in engstem Zusammenhang mit der Fortpflanzungsgeschwindigkeit stehen. In der in mancher Beziehung der Welt der Farben verwandten Welt der Töne — der tönende Körper ist ja ebenfalls ein schwingender Körper — ist das auch vollständig gelungen: Eine einfache Zahl, die Schwingungszahl, charakterisiert jeden einfachen Ton; als Einheit gilt der sogenannte *Kammerton*, das eingestrichene *a*, dessen Schwingungszahl auf der internationalen Stimmtongkonferenz zu Wien im Jahr 1885 auf 435 festgesetzt ist. Die in der Musik verwandten Töne sind freilich nicht einfache Töne, sondern Klänge mit bestimmter Klangfarbe; diese hängt von den mitschwingenden sogenannten *Obertönen* ab, die ebenfalls durch ihre Schwingungszahlen gegeben sind. Er tönen viele Klänge gleichzeitig, so hört unser Ohr doch aus dem Gewirr der Tonwellen jeden einzelnen heraus; auf dieser Tatsache allein beruht ja die Möglichkeit eines Orchesters.

Man sollte nun meinen, daß es auf dem Gebiet der Farben sich ähnlich verhält, zumal die Wellenlänge der Lichtarten zu denjenigen physikalischen Größen gehören, die trotz ihrer Kleinheit — sie zählen nur nach Zehntausendsteln von Millimetern — in exakter Weise bestimmt werden. Man sollte also jede Farbe durch ihre Wellenlänge und damit durch ihre Schwingungszahl angeben

können. In gewissem Sinn ist das auch der Fall. Entwirft man ein Spektrum des weißen Lichts, so ist jede einzelne Farbe durch ihre Wellenlänge oder Schwingungszahl genau angebar, und ebenso die verschiedenen Farben der Spektren solcher leuchtenden Körper, die nur eine beschränkte Zahl von Lichtarten aussenden.

Noch weit seltener aber als einfache Töne sind in der Natur einfache oder reine Spektralfarben; alle Farben, die uns begegnen, sind ein Gemisch sehr vieler Arten von Farben, und unser Auge besitzt nicht die Fähigkeit aus einer Mischfarbe ihre Bestandteile herauszusehen wie unser Ohr beim gleichzeitigen Anschlagen verschiedener Töne jeden einzelnen heraushört. Verschiedene Farben zusammen bringen vielmehr auf das Auge einen einheitlichen farbigen Eindruck hervor, der nur dann zahlenmäßig erfaßt werden könnte, wenn wir mit leichter Mühe imstande wären seine einfachen Bestandteile anzugeben. Um die mannigfaltigen Farben zu bezeichnen, bezieht man sich daher häufig auf die Ähnlichkeit mit Naturprodukten: man spricht von Himmelblau, Meergrün, Grasgrün, Olivgrün, Strohgelb, Chromgelb, Goldgelb, Jodblau, Resedafarben etc. Doch geben solche Bezeichnungen wohl einen Anhalt, aber keine jeden Irrtum ausschließende Bezeichnung; von einer Färberei zur andern wechselt die Bedeutung, zum Beispiel des Reseda, und es müssen schon bestimmte Proben ausgegeben werden, die ihrer Zahl nach nur beschränkt sein können. Um eine einheitliche Farbenskala aufzustellen, ist schon viel Mühe und Scharfsinn aufgewandt worden. Der großartigste Versuch dieser Art ist vielleicht der von Chevreul in seinem *Exposé d'un moyen de définir et de nommer les couleurs d'après une méthode précise et expérimentale*. Chevreul war damals Direktor der Färberei bei der königlichen Gobelinmanufaktur in Paris. Das Werk ist nicht vollendet, und der vorliegende Farbkreis findet kaum Verwendung. Es kommt hinzu, daß bei allen derartigen Erzeugnissen die Farben sich mit der Zeit verändern, denn das Licht und der atmosphärische Einfluß wirken auf die Farbstoffe, die zur Herstellung der Farben benutzt sind. Daher wurde auch, als vor einiger Zeit Professor Riemerschmid-München im *Deutschen Werkbund* die Schaffung einer deutschen und womöglich internationalen Farbenskala anregte, von den verschiedensten Seiten widersprochen, weil man das

Unternehmen für undurchführbar hielt. Immerhin wurde eine Kommission eingesetzt, die den Gegenstand weiter studieren soll. Für ihre Arbeiten wird von großer Wichtigkeit wohl eine Abhandlung Dr. Leo Arons', betitelt *Ein Chromoskop*, werden, die vor kurzem in den *Annalen der Physik* erschienen ist.

Arons beschreibt in dieser Arbeit einen neuen, von ihm konstruierten Apparat, den er *Chromoskop* nennt. Dieser Apparat beruht auf der Eigenschaft eines senkrecht zu seiner optischen Achse geschnittenen Quarzplättchens beim Durchgang von polarisiertem Licht dessen Schwingungsebene zu drehen, und zwar verschieden stark für Licht verschiedener Wellenlänge. Im einfachen Polarisationsapparat bestehen Polarisor und Analysator aus sogenannten *Nicol'schen Prismen*, Prismen aus dem doppeltbrechenden Kalkspat, wobei jedes aus zwei in besonderer Weise geschnittener Stücke besteht, die mit einer verschwindend dünnen Schicht des wasserklaren Kanadabalsams an einander gekittet sind. Der Analysator läßt bei paralleler Stellung der beiden Nicols das aus dem Polarisor kommende Licht hindurch: das Gesichtsfeld ist hell. Bei gekreuzter Stellung der beiden Nicols wird das Licht nicht hindurchgelassen: das Gesichtsfeld ist dunkel. Dreht man den Analysator allmählich aus der parallelen Stellung in die gekreuzte, also um 90° , so geht die Helligkeit des Gesichtsfelds allmählich in Dunkelheit über und bei weiterer Drehung hellt sich das Gesichtsfeld allmählich wieder auf. Schiebt man nun ein senkrecht zur optischen Achse geschnittenes Quarzplättchen zwischen Polarisor und Analysator, so erscheint das Gesichtsfeld gefärbt, und zwar verschieden, je nach der Dicke des Plättchens und je nach der gegenseitigen Stellung der beiden Nicols. Da die Schwingungsebene der verschiedenen Lichtarten beim Durchgang durch das Plättchen verschieden stark gedreht wird, so wird durch den Analysator eine Mischfarbe hindurchgelassen, die sich mit seiner Stellung ändert. Steht er zum Beispiel so, daß er ein bestimmtes aus dem Quarz austretendes Blau ganz hindurchläßt, so werden die benachbarten Spektralfarben nur in verminderter Stärke hindurchgelassen und die weiter entfernten gar nicht. Man erkennt sofort, daß jeder Stellung des Analysators eine andere Färbung des Gesichtsfelds entspricht; die Übergänge der Farben gehen ganz allmählich vor sich.

Eine Quarzplatte zwischen zwei Nicol'schen Prismen: das ist in seiner einfachsten Form das Aronssche Chromoskop. Durch einen einfachen Mechanismus kann eine ganze Reihe verschiedener dicker Quarzplatten zwischen die beiden Nicol'schen Prismen eingeschoben werden; beim Aronsschen Apparat werden durch Kombination von 6 Platten von $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, 1, 2, 4 und 8 Millimeter Dicke 63 verschiedenen dicke Platten von $\frac{1}{4}$ bis $15\frac{1}{4}$ Millimeter Dicke, in Viertelmillimetern fortschreitend, eingeschoben. Macht man die Einstellung des Analysators auch nur von 3° zu 3° fortschreitend, so bekommt man $180 : 3 = 60$ verschiedene Einstellungen, also mit den verschiedensten Quarzdicken $63 \times 60 = 3780$ verschiedene Farbnuancen, deren jede vollkommen absolut und zu jeder Zeit und an jedem Ort immer wieder auffindbar und herstellbar durch 2 Zahlen bestimmt ist: die Dicke des Quarzplättchens in Millimetern und den Neigungswinkel der Schwingungsebenen der beiden Nicols in Graden. Man erkennt sofort, daß man die Zahl der Farben nach Belieben noch häufen kann. Freilich werden viele Nuancen für das menschliche Auge kaum unterscheidbar sein. Ferner fehlen in dem einfachen Chromoskop die eigentlich roten Töne. Diesem Mangel hilft Dr. Arons ab, indem er das Prinzip des Apparats 2mal anwendet und vor dem Polarisator noch ein Nicol'sches Prisma anbringt, und zwischen diesem und dem Polarisator eine Quarzplatte einschaltet; er wählt eine solche von 3,75 Millimeter Dicke. Wenn man auch das untere Nicol, das ebenfalls in einem Teilkreis steckt, von 3° zu 3° fortschreitend bewegt, so ist die Möglichkeit der verschiedenen Farbnuancen, unter denen jetzt auch die roten Töne erscheinen, auf $60 \times 63 \times 60$, also auf über 225 000, fast eine Viertelmillion gebracht. Durch Drehung der Nicols um kürzere Abstände und Einschaltung weiterer Quarzdicken kann die Zahl noch beliebig vermehrt werden. Bei dem zuletzt erwähnten zusammengesetzten Chromoskop sind die Farbnuancen durch 3 Ziffern ausgedrückt, indem als 3. Zahl noch der Neigungswinkel zwischen dem Hilfsnicol und dem Polarisator hinzutritt, da ja die Hilfsplatte eine konstante Dicke haben kann.

Mit Hilfe des neuen Aronsschen Apparats würde es also in Zukunft möglich sein mittels Kabeltelegramm zum Beispiel in 2 oder höchstens 3 Ziffern in feinsten Nuance die Farbe zu bezeichnen,

in der etwa ein Stoff gefärbt werden soll. Voraussetzung ist freilich — was aber für jeden Farbenton gilt —, daß die Beleuchtung einheitlich ist. Arons benutzt bei seinen Versuchen diffuses Tageslicht, wie es von einer stumpf abgeschliffenen weißen Porzellanplatte ausgeht.

× **Kurze Chronik** ×
 Im November 1910 starb der Fabrikbesitzer Heinrich Heraeus, Mitinhaber der Platinschmelze W. C. Heraeus in Hanau. In dieser Fabrik wurde das Aronslicht (Quecksilberdampflicht) in besonderer Weise, durch Einbringen des Quecksilbers in Quarzröhren, von denen die ultravioletten Strahlen durchgelassen werden, für medizinische Zwecke nutzbar gemacht. × Am 17. Dezember starb in Meran Wilhelm M. Meyer, in Berlin als der *Uraniameyer* bekannt, im Alter von 58 Jahren. Der Verstorbene war Autodidakt. Er hatte nicht einmal das *Einjährigfreiwilligenzeugnis* und hat auch später nie ein Examen gemacht; er war »in Deutschland nicht abgestempelt«, wie er selbst sagte. Die Berliner *Urania*, die am 3. März 1888 mit einem Stammkapital von 205 000 Mark gegründet wurde, ist im wesentlichen sein Werk. Er leitete sie bis zum 24. September 1897, wo er infolge von Streitigkeiten mit dem Aufsichtsrat die Anstalt, die er als sein Lebenswerk ansah, verlassen mußte. Seitdem hat er noch durch populäre naturwissenschaftliche Werke außerordentlich viel zur Verbreitung namentlich astronomischer Kenntnisse beigetragen. × Der *Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Forschung und Wissenschaft* in Berlin, deren Gründung beim Jubiläum der Berliner Universität verkündet wurde, hat der Fabrikant Oetker die Summe von 100 000 Mark als Geschenk überwiesen. × Die ungarische Akademie der Wissenschaften in Budapest verlieh den Bolyaipreis, der alle 5 Jahre verteilt wird, dem Professor an der Göttinger Universität Dr. David Hilbert, einem der bedeutendsten Mathematiker unserer Zeit. × Die *Royal Society* in London verlieh dem Direktor des physikalischen Instituts an der Berliner Universität Professor Dr. Heinrich Rubens die Rumfordmedaille.

× **Literatur** ×
 Zu Beginn seiner 8 Vorlesungen über theoretische Physik /Leipzig, Hirzel/sagt Planck, daß er »eine Schilderung der

Grundsätze geben wolle, die die heutige Physik beherrschen, »der wichtigsten Hypothesen, deren sie sich bedient, der großen Gedanken, die gerade in neuerer Zeit in sie eingedrungen sind«. Er zeigt dann, wie die ganze bisherige Entwicklung der theoretischen Physik auf die Beseitigung der anthropomorphischen Elemente aus allen physikalischen Begriffen hinzielt, um so zu einer Einheit des Systems zu gelangen, die Gültigkeit hat »für die Physiker aller Orte, aller Zeiten, aller Völker, aller Kulturen«. Nach Erreichung dieses Zieles wird als einziger Einteilungsgrund aller physikalischen Vorgänge die Unterscheidung in reversible und irreversible Prozesse bleiben. Die physikalische Größe, die ein geeignetes Maß für diese Unterscheidung bietet, ist die Entropie. Es wird dann die Fruchtbarkeit des Entropieprinzips dargelegt, und im Zusammenhang damit wird auf die Notwendigkeit der atomistischen Theorie der Materie eingegangen. In den letzten Vorlesungen werden die Wärmestrahlung, das Prinzip der kleinsten Wirkung und schließlich das Relativitätsprinzip behandelt, also die Fragen, die gegenwärtig im Mittelpunkt des physikalischen Interesses stehen. Das Buch bietet so einen überaus wertvollen Überblick über den gegenwärtigen Stand des Systems der theoretischen Physik in einfacher und klarer Darstellung, wobei der Leser viele neuen Anregungen erhält. X In dem Büchlein *Wie die Urmenschen erbliche Rassenfarben erwarben, und wie sie ihr Haarkleid verloren* /Berlin, Wigand/ schreibt E. Bergfeld der veränderten Nahrung den hauptsächlichsten Einfluß auf die Färbung der Menschen zu; sie habe die schwarze Farbe der von Früchten lebenden Urmenschen abgeändert. Auch das dicke Haarkleid ist nach ihm durch den Übergang zu kieselarmer Nahrung verloren gegangen. X Ein Büchlein *Felix Linkes Ist die Welt bewohnt?* /Stuttgart, Dietz/ ergeht sich nicht in Spekulationen; welcher Art das Leben auf uns ganz unbekanntem Weltkörpern sein könnte, deren Verhältnisse und Bedingungen uns völlig fremd sind, sondern untersucht die Bedingungen des Lebens auf der Erde und stellt die Frage, ob andere Himmelskörper ähnliche Bedingungen für eine Bewohnbarkeit bieten. Es ist dies eine interessante Untersuchung der physikalischen Verhältnisse der uns bekannten Himmelskörper. Allerdings kann man hinter die dort auf-

gestellte Wahrscheinlichkeitsrechnung ein Fragezeichen machen. Den Schluß bildet ein anregendes Kapitel *Die Ausbreitung des Lebens durch den Weltenraum*, worin die Lehre von der Panspermie und der Ausbreitung der Lebenskeime durch den ganzen Weltenraum infolge des Strahlungsdrucks auf Grund der Anschauungen von Arrhenius in anregender, leicht verständlicher und auch das Hypothetische scharf betonender Weise dargelegt wird. X Die Sammlung anthropogeographischer Skizzen des verstorbenen Hallenser Geographen A. Kirchhoff *Mensch und Erde* /Leipzig, Teubner/ ist aus in Berlin und Hamburg gehaltenen Vorträgen entstanden. In anregender Weise wird der Leser in die wichtigen Probleme der Wechselbeziehungen zwischen dem Menschen und der von ihm bewohnten Erde eingeführt, wobei der Verfasser nicht etwa in den Fehler mancher Geographen verfällt alle Ereignisse in der Menschheitsentwicklung auf geographische Ursachen zurückführen zu wollen.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Marx' Methode In einem Artikel, der zum *Verständnis der Marx'schen Forschungsmethode* betitelt und in der *Neuen Zeit* erschienen ist, will der Verfasser, H. Cunow, die gegen das Marx'sche System der theoretischen Ökonomie erhobenen Einwände darauf zurückführen, daß die Kritiker die Eigenart der Problemstellung und deduktiven Behandlung bei Marx garnicht verstanden, also ihren Argumentationen ganz falsche Maßstäbe zugrunde gelegt hätten. Für viele mag das gelten, und gegen sie ist es dann freilich leicht das Spiel zu gewinnen. Indes, es liegt auch eine andere Art Kritik vor, und diese wird durch Cunows Verteidigung nicht widerlegt, vielmehr vollinhaltlich bestätigt. Gewiß, das *grob empirische Verfahren*, das, von des Gedankens Blässe nicht angekränkt, heute wie zu Marx' Zeiten in der Ökonomie noch immer das große Wort führt, drischt leeres Stroh, dreht sich in einem fehlerhaften Kreis. Jede wirkliche Bemühung um eine Wesen- und Arter Charakter des modernen Wirtschaftsprozesses in den Grundzügen erhellende Theorie verlangt gründliche Selbstverständigung über die leitenden Gesichtspunkte, die Methode, nach der eine solche Untersuchung vorzunehmen ist. Das Ziel kann ja offensichtlich im letzten Grund nichts anderes sein als eben eine

unter einheitlichen leitenden Gesichtspunkten methodisch durchgeführte Analyse und Begriffsentwicklung des grundlegenden spezifischen Artcharakters des Wirtschaftsprozesses, in dem und durch den die Glieder der modernen Gesellschaften perennierend zu den Gegenständen ihrer materiellen Bedürfnisbefriedigung gelangen. Die Arbeit zur Erreichung dieses Zieles muß von gewissen allgemeinen Vorbegriffen hinsichtlich der leitenden Gesichtspunkte, der Problemstellung und Methode ausgehen, ihre Resultate — außer an den Tatsachen — jeweils an der Methode, die Methode jeweils an den Resultaten immer von neuem kontrollieren und durch ein solches fortbildend-korrigierendes Vergleichen den höchsten Grad von Übereinstimmung und durchsichtig logischer Einfachheit in der Begriffsentwicklung zu erreichen suchen. Daß der so herauszuarbeitende, *grundlegende*, für die Zwecke unseres Begreifen- und Verstehenwollens grundlegende Begriff, in dem der spezifische Artcharakter jenes Wirtschaftsprozesses zu fixieren ist, nur ein sehr vereinfachtes Schema sein kann, das eine große Reihe von Momenten, die die Bewegung im wirklichen Prozeß komplizieren, nicht in Rechnung stellt, ist dabei unvermeidlich. Dieser Umstand — darin hat Cunow völlig recht — beweist an und für sich noch nicht das geringste gegen die Korrektheit und Brauchbarkeit des Begriffs, der als Begriff ja von vornherein unmöglich ein erschöpfendes Abbild der Wirklichkeit mit Haut und Haaren sein kann und will. Der Wert des so gewonnenen Schemas, des Begriffs mißt sich nach anderen Maßstäben: nach dem Grad methodisch überzeugender Konsequenz und Geschlossenheit, mit der er entwickelt ist (er darf in keinem Fall innere Widersprüche enthalten), und dann vor allem selbstverständlich nach dem Grad des Einblicks, den er in die verborgenen wesentlichsten Zusammenhänge des Prozesses (jene Zusammenhänge, für deren einfach übersichtliche Formulierung eben von den vielen komplizierenden Momenten abgesehen werden mußte) gewährt. Am Maßstab dieser Aufgabe wird das Marxsche System zu beurteilen sein.

Das scheint auch Cunows Ansicht, nach der allgemeinen Charakteristik, die er von Marx' Forschungsmethode in dem Artikel gibt. Die Marxsche Untersuchung, sagt er, fußt auf der Unterscheidung der »äußeren« zutage tretenden »Erschei-

nungsformen« und »des Gesetzes der Erscheinungen«. »Marx fordert, daß der Volkswirtschaftler gewissermaßen in der selben Weise an die Erforschung ökonomischer Gesetze herantritt wie ein Physiker an die Feststellung physikalischer Gesetze. Wie dieser *reine* Gesetze zu gewinnen sucht und zu diesem Zweck von den jeweiligen besonderen Nebenumständen und störenden Nebenumständen absieht, die in Wirklichkeit oft oder immer da sind, so sucht auch Marx die ökonomischen Gesetze, soweit das möglich ist, *rein* aus ihren Grundbedingungen analytisch herauszuschälen, unter Beiseiteschiebung der Störungen, die sich häufig, meist oder immer einstellen. Nach seiner Auffassung können solche Gesetze nur auf dem Weg logischer Deduktion aus erwiesenen allgemeinen Grundtatsachen gewonnen werden.«

Die grundlegende Tatsache nun, von der Marx bei seiner theoretisch systematischen Untersuchung des modernen Wirtschaftsprozesses ausgeht, ist: daß die Produktion der Güter sich hier als Produktion von Gütern für den Austausch, als Warenproduktion vollzieht. Wäre die Güterproduktion in dem modernen Prozeß nicht Warenproduktion, sondern in irgend einer Form naturalwirtschaftliche Produktion für den Eigenbedarf geschlossener Verbände, so böte das Verständnis des Prozesses überhaupt nicht prinzipielle Schwierigkeiten für das Denken, es bedürfte nur historischer Beschreibung, keiner *Theorie*. Darüber also, daß durch diese von Marx hervorgehobene einfachste und abstrakteste Bestimmung zugleich der allgemeinste Gesichtspunkt indiziert ist, von dem die Theorie bei Analyse des spezifischen Artcharakters dieses Prozesses auszugehen hat, kann in der Tat ein Zweifel nicht bestehen. In welcherlei Verbindung aber steht — auf diese Kernfrage stößt jede methodische Marxkritik zuerst — das Wertgesetz, der oberste und erste deduktiv abgeleitete Satz des Marxschen Systems, zu jenem unbestrittenen und unbertreibaren in den Tatsachen gegebenen Ausgangspunkt? Nach Marxscher Auffassung, erklärt Cunow, können solche Gesetze »nur auf dem Weg logischer Deduktion aus erwiesenen allgemeinen Grundtatsachen gewonnen werden«. Wie aber in aller Welt kann aus der Grundtatsache, daß sich die Produktion der Güter in der modernen Volkswirtschaft als Produktion für den Austausch vollzieht — bevor noch

irgend etwas über die näheren Bedingungen der Warenproduktion in dieser Volkswirtschaft, irgend etwas über den spezifisch bestimmten sozialen Charakter der warenproduzierenden Arbeit (Lohnarbeit) in ihr entwickelt und fixiert ist —, der Beweis für die Notwendigkeit gezogen werden, daß die Waren (der Regel und Tendenz nach) sich hier jenem angeblich allgemeinen Wertgesetz gemäß, nämlich in direktem Verhältnis zu der für ihre Produktion jeweils gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit umtauschen? Wie die Warenpreise durch das interessierte Verhalten der warenverkaufenden Betriebsinhaber gegenüber den Arbeitsgrößen der Waren bei freier Konkurrenz in diesem näher charakterisierten Wirtschaftsprozess geregelt werden — ob so, daß dies Verhältnis der Tendenz und Regel nach ein Verhältnis der Proportionalität oder der Disproportionalität —, läßt sich doch schlechterdings unmöglich durch einen apriorischen Machtspruch im voraus entscheiden sondern ist nur im Verlauf einer Untersuchung zu beantworten, die am Leitfaden wirklich gesicherter, von vornherein evidenten Deduktionsprinzipien fortschreitet, im Verlauf einer Untersuchung, die das zu untersuchende Verhältnis von Preis und Arbeitsgröße nicht schon von vornherein durch ein *a priori*, ohne jeden Hinweis auf irgendwelche Kausalbegründung aufgestelltes allgemeines Gesetz als geregelt unterstellt.

In welcher Weise eine jene allgemeinste Bestimmung des modernen Wirtschaftsprozesses zugrunde legende und von hier deduktiv, aber nicht nach dem unbewiesenen und unbeweisbaren Deduktionsprinzip des Marxschen Wertgesetzes, fortschreitende Analyse möglich ist, habe ich früher in den *Sozialistischen Monatsheften* in vorläufigem Umriß darzulegen versucht. Hier, wo es sich um Cunows Verteidigung der Marxschen, angeblich nur vom Mißverständnis kritisierten Forschungsmethode handelt, seien nur einige kurze Hindeutungen eingeschaltet. Die einzige Bestimmung, die sich hinsichtlich der *Veräußerlichkeit* oder des *Tauschwertes* für den Austausch produzierter Waren wirklich von vornherein als evident notwendig deduzieren läßt, ist die Bestimmung, daß die *Veräußerlichkeit* oder der *Tauschwert* der für den Austausch produzierten Waren ein *Tauschwert sein muß*, der es den Warenproduzenten ermöglicht mit Einheiten ihrer für den Austausch produ-

zierten Warenart nach jeweils im Austausch bestimmten Proportionsverhältnissen Einheiten jeder beliebigen andern Warenart im Austausch anzueignen. Denn das ist Vorbedingung dafür, daß die Eigentümer der für den Austausch produzierten Waren durch den Austausch zu Gegenständen ihrer eigenen materiellen Bedürfnisbefriedigung nach freier Auswahl gelangen können, mithin Vorbedingung für die Möglichkeit jedes auf Warenproduktion gegründeten Wirtschaftsprozesses selbst. Und gleichermaßen evident ist weiter, daß diese funktionell notwendige Bestimmung des Warentauschwertes den für den Austausch produzierten Waren nur unter der Bedingung zukommen kann, daß die Produktion für den Austausch sich als Produktion für den Verkauf, der Austausch als Austausch aller Waren gegen Einheiten einer einzigen ausgewählten Warenart, eben der *Geldware*, vollzieht. Nur als Waren, die ihrer gemeinsamen Bestimmung nach ausschließlich gegen eine durch gesellschaftliche Auswahl bestimmte Warenart, das Geld, veräußerlich sind, und deren jeweiliger Tauschwert im Rahmen dieser gemeinsamen Bestimmung ausschließlich durch die Geldquanten (Preise), gegen die sie im Marktverkehr der Käufer und Verkäufer jeweils veräußert werden können, bestimmt ist, kann ihr Tauschwert jener fundamental notwendigen Bestimmung genügen. Nur als gegen Geld und jeweils bestimmten Sätzen gegen Geld veräußerliche Waren sind die für den Austausch produzierten Güter: Waren, mit denen ihre Produzenten-Eigentümer durch einen Doppelakt des Austausches, Verkauf und Kauf, nach jeweils im Austausch bestimmten Proportionsverhältnissen (nach den im Marktverkehr der Käufer und Verkäufer jeweils bestimmten Preissätzen) Einheiten jeder andern für den Austausch produzierten Warenart aneignen können. Jene erste allgemeinste Bestimmung des Prozesses, daß die Güter in ihm für den Austausch produziert werden, impliziert somit, daß dieser Prozeß nur möglich ist als ein Prozeß, in dem sich die Produktion aller jeweils produzierten Güter als Produktion im Marktverkehr der Verkäufer und Käufer jeweils wertbestimmter (durch die im Marktverkehr gegebene Preisbestimmung wertbestimmter) Waren vollzieht. Eine schon konkreter entwickelte Bestimmung, die uns hinsichtlich der notwendigen Art des *Geregtseins* der Warenpreise in dem modernen Wirt-

schaftsprozeß und über die Folgerungen, die sich daraus für das Verhältnis der Warenpreise zu den Arbeitsgrößen ergeben, unmittelbar noch keinen Aufschluß gibt, wohl aber einen Rahmen und eine erste Grundlage zur Lösung dieser und aller anderen damit verbundenen Fragen bietet, sobald man von ihr weiter zur Bestimmung des spezifischen Artcharakters jenes modernen Prozesses fortgeht. Dieser moderne Wirtschaftsprozeß, in dem die Produktion als Produktion jeweils im Marktverkehr der Verkäufer und Käufer wertbestimmter Waren erfolgt, charakterisiert sich nämlich näher als Prozeß, in dem die Arbeit, die jene im Marktverkehr wertbestimmten Waren in den verschiedenen Branchen nach einem jeweils bestimmten Produktionsverfahren produziert, eine in ihrem gesellschaftlichen Charakter spezifisch bestimmte Arbeit: Arbeit im Taglohn gemieteter Arbeitskräfte, Lohnarbeit, ist. Welchen Bestimmungen nun Taglohn und tägliche Arbeitszeit und damit weiter der Kostpreis der Arbeit in dem Prozeß unterworfen sein mögen, jedenfalls muß in diesem Prozeß die Produktion der jeweils im Marktverkehr wertbestimmten Waren für die Warenverkäufer (die Geldeigentümer, die gemietete Arbeitskräfte in ihrem Betrieb Waren für den Verkauf produzieren lassen) der Tendenz nach jeweils lohnend und — bei Unterstellung freier Konkurrenz — in den verschiedenen Branchen der Tendenz nach gleichmäßig lohnend sein. Damit ist ein neuer Obersatz, ein zweites Deduktionsprinzip von unbestreitbarer, in seiner Kausalbegründung klarer Evidenz gegeben, aus dem für den modernen Prozeß (als Prozeß, in dem die warenproduzierende Arbeit Lohnarbeit) all die grundlegenden Bestimmungen deduziert werden können, denen die Warenpreise, das Verhältnis von Warenpreis und Kostpreis der Arbeit sowie Hand in Hand damit das Verhältnis von Warenpreisen und Arbeitsgrößen (proportional oder disproportional?) und das Verhältnis von Arbeitsleistung und Arbeitsentgelt funktionell notwendig unterliegen.

Ich wiederhole: Soll überhaupt eine systematische, am Leitfaden von Deduktionsprinzipien fortschreitende Analyse und Begriffsbestimmung des spezifischen Artcharakters moderner Volkswirtschaft möglich sein, so muß sie sich auf zweifelsfreie Deduktionsprinzipien stützen. Und nur vom Standpunkt solcher zweifelsfreien Deduktions-

prinzipien läßt sich in letzter Linie entscheiden, ob der spezifische Artcharakter dieser Wirtschaft, das von Selbstinteresse geleitete Verhalten der Produktionsagenten in ihm bei Unterstellung freier Konkurrenz kausal notwendig eine Preisregelung proportional oder disproportional den Arbeitsgrößen der produzierten Waren gegenüber begründet.

Die Methodik des deduktiven Verfahrens, ohne das theoretische Nationalökonomie überhaupt undenkbar ist, wird auf den Kopf gestellt, wenn man statt des Evidenten, an Stelle von Deduktionsprinzipien, die zwingend ihre eigene Kausalbegründung in sich tragen, eine angebliche Wertgesetzformel zum Ausgangspunkt des Deduzierens nimmt, von der man schlechterdings nicht vorher wissen kann, ob sie in der spezifisch durch Lohnarbeit charakterisierten modernen Warenproduktion durch das interessierte Verhalten der Produktionsagenten kausal notwendig der Tendenz nach realisiert wird, ob sie also für diesen Prozeß, der doch den Gegenstand der Analyse bildet, irgend eine reale Geltung besitzt. Das Wertgesetz und alle aus ihm für den gegebenen Prozeß gezogenen Folgerungen können der Natur der Sache nach bloße Hypothesen sein, die der Nachprüfung durch ein ganz anderes, auf evident kausalnotwendigen Prinzipien fußendes Deduktionsverfahren bedürfen: Hypothesen, die selbst wenn sich bei einer solchen Prüfung ihre formelle Gültigkeit in diesem Prozeß herausstellen würde, gar keine Einsicht geben, die nicht auch durch jenes andere auf evidenten Sätzen gegründete Deduktionsverfahren direkt und ohne solchen Umschweif zu gewinnen wäre.

Nach dem oben skizzierten andersartigen Deduktionsverfahren ließe sich zeigen, daß in dem modernen Prozeß die Produktion der jeweils im Marktverkehr wertbestimmten Waren überhaupt nur unter der Vorbedingung für die Veranstalter der Arbeitsprozesse lohnend sein (einen Gewinn abwerfen) kann, daß die im Marktverkehr jeweils gegebenen Warenpreise durchgängig größer sind als der Kostpreis der zur Produktion der betreffenden Waren jeweils gesellschaftlich notwendigen Gesamtarbeit, also größer als die für diese Gesamtarbeit gezahlte Lohnsumme; es ließe sich zeigen, daß aus diesem Grund die Arbeiter als Warenkäufer für ihren Taglohn nie ein unverkürztes Arbeitsäquivalent ihrer Tagesarbeit erhalten können, also, um

die notwendigen Lebensmittel im Kauf sich anzueignen, stets *Mehrarbeit* zu leisten haben; es ließe sich zeigen, daß die Warenpreise überhaupt nur dann den Arbeitsgrößen proportional sein könnten (wie es das Marx'sche Wertgesetz verlangt), wenn die freie Konkurrenz der einen höchstmöglichen Jahresgewinn erstrebenden Betriebsinhaber die Warenpreise in der Art regelt, daß diese Preise — die ja immer größer als der Kostpreis der zur Erzeugung der betreffenden Waren erheischten Gesamtarbeit sind — zu diesem Kostpreis der Arbeit jeweils in einem gleichmäßigen (für die verschiedenen Branchen gleichen) Prozentualverhältnis stehen. Führt dann eine weiter fortgesetzte Untersuchung zu dem Resultat, daß die freie Konkurrenz mit ihrem Streben die Produktion in den verschiedenen Branchen gleichmäßig lohnend zu machen, eine gleiche Durchschnittsprofitrate herzustellen, die Warenpreise einem Regulierungsmodus unterwirft, der umgekehrt ein gleichmäßiges Prozentualverhältnis der Warenpreise zum Kostpreis der zur Produktion der Waren erheischten Arbeitsmenge von vornherein ausschließt, so wäre damit der Beweis geliefert, daß die Marx'sche Wertgesetzformel (nach der der Warenaustausch ein Austausch gleicher Arbeitsgrößen, die Preise also jedenfalls den Arbeitsgrößen der Waren jeweils proportional sind) nicht nur eine für die Analyse des modernen Wirtschaftsprozesses unnötige sondern falsche Supposition ist, eine Hypothese, die mit den ohne Umschweif deduzierten Gesetzen, denen der Prozeß bei Unterstellung freier Konkurrenz unterworfen ist, in unvereinbarem Widerspruch steht. Und so liegt es hier in der Tat.

Wie Marx selbst im 3. Band des *Kapitals* schlagend ausführt, beschäftigen gleich große, also tendenziell gleichen Geldgewinn pro Jahr erzielende Kapitale in den verschiedenen Branchen nicht gleiche sondern ganz verschiedene Mengen Lohnarbeiter; die in den Jahresprodukten gleicher, aber in verschiedenen Branchen angelegter Kapitale enthaltenen Mengen zusätzlich, von den Betriebsinhabern direkt in Lohnform bezahlter Arbeit differieren also, während im Gegensatz hierzu der Geldgewinn aus dem Verkauf dieser Jahresprodukte nach dem Gesetz der gleichen Durchschnittsprofitrate bei freier Konkurrenz tendenziell gleich ist. Hieraus folgt, daß dieser jährliche Geldgewinn, der Preisüberschuß des Jahrespro-

dukts über die Produktionskosten, relativ zum Kostpreis der zusätzlichen, vom Kapitalisten jährüber bezahlten Lohnarbeit unmöglich in einem für die verschiedenen Branchen jeweils gleichmäßigen Prozentualverhältnis stehen kann. Und weiter folgt dann, daß aus eben diesem Grund auch die Preise der Jahresprodukte zum Kostpreis der gesamten auf ihre Produktion verwandten Lohnarbeit für die verschiedenen Branchen unmöglich in einem jeweils gleichmäßigen Prozentualverhältnis stehen können.

Der Grundfehler der Marx'schen Theorie, daß sie einen jeder Kausalbegründung entbehrenden rein hypothetischen Satz, die Wertgesetzformel, als angebliches *Naturgesetz des Warenaustausches* zum obersten Prinzip und Leitfaden wählt, führt so am Ende in ein Gewirr unüberwindlicher Schwierigkeiten. Marx selber konstatiert im 3. Band den Widerspruch, in dem sich die Tendenz zu gleicher Durchschnittsprofitrate seinen bis dahin aus dem Wertgesetz gezogenen Schlüssen gegenüber befindet. Aber er weicht der einzig richtigen Folgerung, daß dann an Stelle jener Hypothese eben andere, sicher fundierte heuristische Deduktionsprinzipien für die Analyse des Prozesses gefunden werden müssen, durch eine haltlos eklektische Vermischung der Prinzipien aus. Zwei Gesetze, von denen jedes in seinen Konsequenzen mit dem andern hier schlechthin unvereinbar ist, das Wertgesetz und das Gesetz der gleichen Durchschnittsprofitrate, sollen trotz dieser ihrer logischen Unvereinbarkeit in dem Prozeß neben einander gelten: eine Vorstellung, die, je mehr man ihr nachdenkt, immer denkmöglicher erscheint, und deren Einrangierung ins System sich nur daraus erklären läßt, daß Marx die irrige vorgefaßte Überzeugung hatte, ohne jene Wertgesetzhypothese sei überhaupt ein systematisches Eindringen in die innere verborgene Natur des Prozesses, in das Verhältnis der Warenpreise zu den Arbeitsgrößen und die Gesetze der Verteilung, ausgeschlossen. Im 17. Kapitel des 1. Bandes des *Kapitals* heißt es bei der Polemik gegen die vulgäre Auffassung, die vom *Preis der Arbeit* in einem Sinn redet, als ob die Arbeit selber Ware wäre: »12 Stunden Arbeit (Arbeit des Arbeiters) tauschen sich aus gegen 10, 6 usw. Stunden Arbeit (in Warenform). Diese Gleichsetzung ungleicher Größen hebt nicht nur die Wertbestimmung auf. Ein solcher sich selbst aufhebender Widerspruch kann überhaupt nicht als Gesetz auch nur ausgesprochen oder formuliert

werden.* Sehr richtig. Trifft aber dieser kritische Einwand auf die im 3. Band gegebene sogenannte Lösung des Profitratproblems — diese Lösung, die an der grundlegenden Geltung des Wertgesetzes im modernen Wirtschaftsprozeß dogmatisch festhält und im selben Atemzug die Gleichsetzung ungleicher (nach dem Wertgesetz ungleicher) Größen als ein notwendiges Gesetz eben des selben dem Wertgesetz unterworfenen Prozesses ausspricht — nicht genau so zu? Ist dies Nebeneinander nicht ganz ebenso eine Aufhebung der Wertbestimmung, ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der als Gesetz überhaupt nicht auch nur ausgesprochen oder formuliert werden kann? So kann sich die Kritik des Marx'schen Systems obendrein auch auf Marx selbst berufen. Wenn diese Wertgesetzformel der allgemeinste Ausdruck für die im Warenaustausch moderner Volkswirtschaft herrschende Gesetzmäßigkeit zu sein beansprucht, so dürfen zwischen dieser Gesetzmäßigkeit und den aus dem Wertgesetz für den Prozeß sich ergebenden Folgerungen selbstverständlich nicht prinzipielle unlösbare Widersprüche bestehen. Womit zugleich gesagt ist, daß, wofern eine vom hypostasierten Wertgesetz ausgehende Deduktion auf solche Widersprüche stößt, das Wertgesetz unmöglich länger als die oberste Gesetzesformel, der die Bewegung im Prozeß unterworfen ist, gelten kann.

Cunow freilich findet in einem solchen Nebeneinander von Wertgesetzformel und kausal begründetem Gesetz der Durchschnittsprofite in einem und dem selben Prozeß nicht die Spur von Widerspruch. »Denn«, erklärt er, »das Wirtschaftsleben und seine verschiedenen Erscheinungen . . . sind nicht das Ergebnis eines sondern verschiedener sich in ihren Wirkungen durchkreuzenden Gesetze, und niemals kann die Beeinträchtigung der Wirkung eines Gesetzes durch die Wirkung eines andern Gesetzes als Widerlegung des ersten Gesetzes gelten, vor allem dann nicht, wenn, wie in diesem Fall, die sogenannte Störung genau nachweisbar und in gewissem Sinn sogar berechenbar ist. Gilt zum Beispiel auf dem Gebiet der Physik deshalb das Gesetz der Adhäsion nicht, weil es oft durch das entgegengesetzte Gesetz der Kohäsion in seinen Wirkungen modifiziert oder aufgehoben wird? Ist die Schwerkraft nur eine Illusion, weil die Zentrifugalkraft sie oft mehr oder minder lähmt? Sind die Fallgesetze deshalb alberne Konstruktionen,

weil sie nur im luftleeren Raum gelten, der Erdenraum aber mit Luft gefüllt ist, und wegen des Widerstands dieser Luft die Wirkung der Fallgesetze mannigfach beeinträchtigt und verändert erscheint? Wer behauptet, alle diese Gesetze existierten nicht, weil ihre Wirkung nicht immer die gleiche ist und vielfach oder gewöhnlich durch andere Gesetze modifiziert oder aufgehoben wird, der negiert die ganze heutige Naturwissenschaft.« Um es zu wiederholen, Cunow erklärt: Wie die Tatsache, daß durch den Luftwiderstand die für den luftleeren Raum gefundenen Fallgesetze in ihrer Wirkung modifiziert werden, mit der Existenz dieser Gesetze ohne Widerspruch zusammenbesteht, so bestehe auch die Tatsache, daß bei freier Konkurrenz im kapitalistischen Wirtschaftsprozeß die Warenpreise nach dem kausal begründeten Gesetz der gleichen Durchschnittsprofite den in den Waren steckenden Arbeitsmengen nicht proportional sein können, mit der Wertgesetzformel, die Arbeitsäquivalenz beim Warenaustausch, also Proportionalität der Warenpreise zu den Arbeitsgrößen als oberstes und allgemeinstes Gesetz des Warenaustausches behauptet, ohne Widerspruch zusammen. Es liegt da nichts anderes vor als bei der Modifikation, die die für den Fall im luftleeren Raum gefundene Fallgesetzformel im luftgefüllten Raum durch den Luftwiderstand erleidet. Man braucht diese von Cunow und auch sonst oft ausgespielte Parallelisierung nur ein wenig deutlicher anzusehen, um die vollständige Verfehlung solcher Argumentation mit Händen zu greifen. In der Formulierung des Fallgesetzes ist die Bedingung, unter der der Fall exakt nach der gefundenen Formel sich vollzieht, mit eindeutiger Bestimmtheit angegeben, die Geltung des Gesetzes unter dieser Bedingung strikt erwiesen, so daß nach sicherer Feststellung seines kausal notwendigen Charakters Modifikationen der Fallgeschwindigkeit unter veränderten Bedingungen naturgemäß gar nicht anders denn als ein kombiniertes Zusammenwirken jenes Gesetzes und widerstreitender, in den veränderten Bedingungen enthaltenen Kräfte zu verstehen sind. Genau umgekehrt liegt es beim Wertgesetz, das rein dogmatisch, ohne jede vorangehende Untersuchung der Bedingungen, unter denen es eventuell kausal begründete Geltung haben könnte, allgemein und unumschränkt als oberstes Gesetz des Warenaustausches proklamiert ist. Wie aber soll der Austausch von Arbeits-

äquivalenten ein in seiner Wirkung durch andere Gegenkräfte nur modifiziertes, mithin selbst wirksames Gesetz der Preisbestimmung im modernen Wirtschaftsprozeß sein, wenn die vom Eigeninteresse geleitete freie Konkurrenz der Produktionsagenten, durch deren kausales Zusammenwirken einzig und allein eine tendenzielle Realisierung jener Wertgesetzformel im Prozeß möglich wäre, hier umgekehrt auf eine jener Formel im Prinzip widerstreitende Preisregulierung hinwirkt? So bestätigt die Exemplifikation auf die Naturwissenschaften nur das negative Resultat. Es ist einmal nicht wegzudisputieren: Die Marxsche Theorie, einen so unvergleichlichen Fortschritt sie allen früheren theoretischen Versuchen gegenüber darstellt, bedarf selbst wiederum der Revision.

× **Kurze Chronik** Im Verlag des Vorwärts erschien F. A. Langes berühmte *Arbeiterfrage* mit einer instruktiven kritischen Einleitung und Anmerkungen von Franz Mehring als 4. Band der *Sozialistischen Neudrucke*. Das Buch enthält eine getreue, ganz unverkürzte Reproduktion der 1. Auflage von 1865. Etwa gleichzeitig gab Dr. Grabowski im Krönerschen Verlag die *Arbeiterfrage* neu heraus. Der Leser weiß aber da nie genau, ob er auch wirklich Langes Worte und Gedanken in der ursprünglichen Prägung liest. Der Herausgeber erklärt, er habe durch »Nachbesserung und Zusätze das Werk im einzelnen mit der fortgeschrittenen Erkenntnis zu versöhnen« gesucht, auch seine abweichende »politische Ansicht« in diesen Einflickungen, die nirgends im Text als solche markiert sind, »nicht ganz unterdrücken können«. Ein Verfahren, das das Buch entwertet und verdienstermaßen energischen Protest hervorgerufen hat. × Das von Elster herausgegebene weit verbreitete *Wörterbuch der Volkswirtschaft* in 2 Bänden / Jena, G. Fischer/ kommt jetzt in 3., völlig umgearbeiteter Form heraus. Die Lieferungen sollen bis Mitte dieses Jahres abgeschlossen vorliegen. Der Gesamtpreis beträgt 45 Mark.

× **Literatur** Ein Band freimütig-kritischer Aufsätze des schwedischen Professors Gustaf F. Steffen *Lebensbedingungen moderner Kultur* ist neulich in deutscher Übersetzung herausgekommen / Jena, G. Fischer/. Der Verfasser sieht bei mancherlei Einzeleinwendungen, die er

gegen Auffassungen innerhalb der Partei erhebt, in einem Sozialismus, der zum Wohl des Ganzen auch vor weitgehendem Eingreifen in die Freiheit des Erwerbslebens nicht zurückschreit, die dringendste Forderung des Fortschritts, die jeder Unbefangene anzuerkennen gezwungen ist. »Jede Form religiösen Glaubens und sittlicher Vorstellungen, sie sei nun im gewöhnlichen Sinn christlich oder nicht, muß uns zu unversöhnlichen Feinden der die Seele erniedrigenden Form der Armut, der großen Armut machen.« Die Betonung des Ethischen verbindet sich bei Steffen mit einem durchaus realpolitischen, von utopistischer Überspannung wie schwächlicher Halbheit gleich weit entfernten Sinn. Die Bedenken, die er gegen die marxistischen Lehren äußert, lassen ihn keinen Augenblick den gewaltigen Kraftzuwachs der Partei verkennen. Im wesentlichen weiß er sich mit ihr einverstanden. Der Sozialismus ist nach seiner Überzeugung eine »sozialpsychologische Wirklichkeit, die teilweise schon in politische, organisatorische und legislative Wirklichkeit übergegangen ist. Wer einmal erkannt hat, worin das eigentliche Wesen, die ethische Realität des Sozialismus, besteht, der muß einsehen und eingestehen, daß der Sozialismus niemals in nennenswerter Weise deshalb an Kraft verlieren kann, weil der theoretische Sozialismus, den die sozialistisch gesinnten Volksmassen gewissen volkswirtschaftlichen und soziologischen Forschern entlehnt haben, durch die Fortschritte der Sozialwissenschaft teilweise widerlegt worden ist.«

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Tolstoj † Nachdem Emile Zola und Henrik Ibsen gestorben waren, blieb als letzter der Großen Leo Tolstoj, mit dem wir Jüngeren eine kurze Weile leben durften. Im Nachlaß Zolas und Ibsens wurden die Entwürfe ihrer Riesenwerke entdeckt. Wer das sorgfältig las, nahm den leidenschaftlichen Wahrheitsdrang der Dichter wahr, die im Innern des Menschen forschten, indem sie sich gegen jede Sinnentübung schützen wollten. Zola ist der Erzähler nach der *wissenschaftlichen Methode* geworden. Ibsen erfinden *offenen Schluß* seiner tiefsten Trauerspiele, zum Beispiel die Seelen-

stimmung Noras, die am Ende der Tragödie noch einmal in die Welt hinaus wandern muß. Wir wissen aus der Literaturgeschichte, daß die Zeitgenossen Ibsens Objektivität mißverstanden und den unbefriedigenden Schluß der *Nora* nach ihrem Sinn ausflickten. Tolstoj war anders. Wenn seine Moral immer wieder verlangte, daß wir den reinen, durch traditionelle Grübeleien unverdorbenen Gott suchen sollen, dann wollte er sein Menschenideal der Welt aufdrängen. Der nach einer blind verbrachten Zeit der Ausschweifungen und geistigen Niedrigkeit plötzlich apostolische Heilswahrheiten begreift und ein Erlöser der Geknechteten und Armen werden möchte: dieser Edelmann, der in Tolstoj's vollendetsten Werken, in der *Anna Karenina*, in der *Auferstehung* und noch anderswo auftritt, ist die Erfindung Tolstoj's; mehr als das: er ist Tolstoj selber, sein Ebenbild. Der Dichter hegt die Gedanken und Empfindungen eines solchen Charakters immer wieder, und die Situationen des Lebens, die er sucht, die er sich erdenkt, sind Situationen, die einen Nechljudow, einen Wronskij, das heißt immer wieder einen Tolstoj heranreifen lassen. So fährt Tolstoj die Charaktere seiner Nation, so fesselt er sie alle an eine Tendenz. So weicht er von allem ab, was man Realistik, Objektivität nennen könnte. So ist er ein Romantiker in naturalistischer Verkleidung. Das ist an seinen Kriegsbildern, an seinen Naturschilderungen erst recht wahrnehmbar. Wie er einen Menschen sterben, wie er ein Pferd vom Schnee begraben sein läßt, das ist niemals die Methode des einfachen Naturalisten sondern des romantischen. Tolstoj ist mächtig in unser Gemüt gedrungen. Die persönlichste innere Erfahrung, die er durchmacht, die er immer wieder gestaltet, kommt in geradem Weg dem entgegen, was wir als ein hohes Sittenideal ersahen. Während sich — für das schwache Auge nur — alle intimen Regungen des modernen Herzens einer stets wachsenden Mechanisierung, ja Brutalisierung unterwerfen müssen, hat Tolstoj die Energie seiner Seele eine große Harmonie zu verschaffen. Er entwöhnt seine Seele vom Eigennutz; und wir werden scheinbar immer selbstsüchtiger. Er entwöhnt seine Seele von der Geringschätzung des Natürlichen; und wir werden scheinbar immer naturfremder. Ihm gelingt es die hartnäckigsten Glückshindernisse zu überwinden, die Ruhmsucht, die Gewinnsucht, die Kriegssucht. Das

sind alles sehr elementare, allgemein gültige, allgemein quälende Laster, deren Tolstoj Herr geworden ist. Indem er seine Heilmittel mit einer furchtbaren Beredtsamkeit zeigt, wird er unser Meister. Wenigstens für diejenigen Sekunden, die der Künstler im Menschenleben ausfüllt. Wir lesen in den Bekenntnissen des Augustinus, des Rousseau, und des Tolstoj, und ihr geistiges Leben erscheint uns musterhaft; da sie eben diese prophetenstarke Beredtsamkeit besitzen, die auch um Verkanntes, um gewaltsam Erhobenes oder Verachtetes den Schimmer der individuellen Wahrhaftigkeit legt. Die Blasphemien Tolstoj's gegen alles Kunstgetriebe, seine Phantasien gegen die Sinnenliebe, all das ist nicht lächerlich sondern groß, solange er selber spricht. All das steht im Gegensatz zur Logik, zur physischen Moral, zur geschichtlichen Erfahrung. Tolstoj's Innenleben hat sich auf andern Weg entwickelt, und da er seine eigene Seele ausschüttet, ist es unmöglich, ja unnütz gegen ihn aufzutreten. Ich sah, ich fand, ich fürchtete, ich wollte: so schreibt Tolstoj in jedem Satz seiner pädagogischen und religiösen Abhandlungen. Er hält sich in den Grenzen seiner Persönlichkeit, und weil diese Persönlichkeit zu den edelsten Dingen der Menschheit die tiefste Liebe und Untertänigkeit trug, so muß man ihn lieben, auch später noch, wenn die Überlegung anfängt die ergriffene Seele zu entnüchtern, ihr einzuflüstern, daß Tolstoj eigensinnig, unmodern, sogar unklug aus armen irdisch gebundenen Menschen Heilige schaffen wollte. Das war ein großartiger und ein anbetungswürdiger Plan; vielleicht eine Wahnidee, aber eine Notwendigkeit auch für die anderen, stilleren Umstürzler.

× Raabe † ×
 Als der junge Corvinus, der sich nachher zu seinem deutschen Namen Raabe bekannte, die *Chronik der Sperlingsgasse* herausgab, fand Friedrich Heibel das Buch zwar talentvoll, aber zu kleinlich, im Übermaß erfüllt von Nichtigkeiten, zu arm an weiten Ausblicken und tiefen Einsichten. Heibel, das Majestätische, Ewige liebend, vermochte es noch nicht vollkommen die Poesie der Spießbürgerei zu erkennen. Raabe ist deren angenehmster Dichter gewesen. Aber er wuchs darüber hinaus, indem er die Sentimentalität besiegte und ironisch wurde. Da wurde er sogar bitter, scharf, kritisch, alles in umständlicher, sehr pittoresker

Methode. Der *Schüdderump*, *Abu Telfan*, *Der Hungerpastor* sind seine schönsten Bücher. Sie sind reich an Gramweisheit und grämlicher Naseweisheit. Sie haben so famose, rührende, sentimentale Parteeen, daß selbst der härteste Leser Tränen schluckt und Mondstrahlen anhimmet. Dabei kann Raabe auch, wie das die großen Humoristen niemals vergaben, das Grausige und Tragische, das Symbol des Todes und das Aufführende der sozialen Not darstellen. Sein verborgenstes Temperament läßt ihn am Ende aber stets zum Idyllischen und Versöhnlichen abgleiten. Es muß einer um sich all die Gesellschaftselemente des deutschen Mittelstands verspürt haben, um ganz diese hohe Schnörkelkunst, diese philosophische, aus umfassender Reife erzeugte Schnurrenkunst Raabes zu würdigen. Er ist darum nur ein lieber deutscher Dichter, kein Weltendichter, kein Menschheitsdichter. Man messe ihn an Tolstoj: Während den Heros die Dinge der ganzen Erde angehen, wird Raabe von den Kümernissen, Krankheiten und Kirmessen der deutschen Nester, der Giebelhäuser, der *Sperlingsgasse*, des *Drümlings* beschäftigt. Der Abstand ist deutlich. Trotzdem sollen wir Wilhelm Raabe lesen und lieben. Er wiegt viele auf, und viele rauben ihn aus, die sich auf Schleichwegen ihre Getreuen erwerben.

×
**Kolonial-
poesie**

× Das Flaggenglied der deutschen Matrosen mit dem Refrain *Wir halten fest und treu zusammen, Hipp, Hipp, Hurrah*, einige Kolonialgeschichten der Freiin von Bülow, der Kaffeegraf Trast Sudermanns, Geschichten des Kolonialschriftstellers Funke, das Geplauder des toten Stefan von Kotze, eine Afrikaparodie des Ernst von Wolzogen, all das repräsentiert nicht die Poesie der Kolonien. Feiner ist schon der Holländer Couperus in seinen Erzählungen von Java. Lyrisch und stark ist Rudyard Kipling. Ein kluger Psychologe und ein kluger Schriftsteller ist der Däne Jürgen Jürgensen. Sein Roman *Christian Svarres Kongofahrt* und seine afrikanischen Novellen *Fieber* /Frankfurt, Rütten & Loening/ sind viel mehr als ethnographische Beschreibungen, erfittelte Abenteuerberichte oder wirtschaftliche Skizzen. Jürgensen läßt immer eine Person die Dürsterteit des afrikanischen Urwalds, den Sonnenbrand der trostlosen Steppen, die Wildheit der Schwarzen, ihren Aber-

glauben, ihre kindische Heldenhaftigkeit, Grausamkeit, Treue und Hinterlist erleben. Und Jürgensen pflegt seinen Stil, er findet gute Adjektive, die nicht pathetisch niederdrücken sondern die Exotik des Landes und der Menschen verspüren lassen. Der Däne hat den Roman des nordischen Offiziers Svarre geschrieben, der mit Imperatorenträumen in den Kongo auswandert, den aber Not, Entbehrung, Fieber, Mitleid zu einem schlichten, arbeitsamen Kolonisator erziehen. »Das Gewissen ist der geheime Sinn des Gebäudes, das wir im Schweiß unseres Angesichts, mit wirren Gedanken erbauen, des Babelturms, der den Himmel erreichen soll.« Viel Kunst ist in dem Roman, aber auch viel menschliche Vorliebe, Güte und Erfahrung. Die Novellen vom *Fieber* sind vertiefte psychologische Skizzen, die ins Innenleben der Kolonisten und der Neger hineingehen. Nicht immer ist das unterhaltende Phantaseelement in die Psychologie lebendig und natürlich verschmelzen.

×

× **Kurze Chronik** Paul Heyse hat in diesem Jahr den Nobelpreis für Literatur erhalten. Die schwedischen Hüter des Nobelschen Testaments haben wieder, mit sehr großer Sicherheit, nicht gerade den Würdigsten belohnt. Denn Heyses schöpferische Talente waren stets durch süßliche Manieren, durch moralische Beschränktheit und eine Verachtung aller modernen Innigkeit, alles modernen Ernstes gehemmt. Ein Formalist ist der Laureat der schwedischen Kulturwächter. August Strindberg ist wieder umgangen worden. Er ist augenblicklich sogar in Lebensnot geraten, und treue Freunde müssen beteln, daß Freigebige ihm wiederum zu einiger Sicherheit der Existenz verhelfen. × Der *Inselverlag* ließ seinen *Almanach* für 1911 erscheinen. × Da Arzybaschew durch seinen *Savin* ein die Neugier weckender Schriftsteller geworden ist, bringt der Verlag Hugo Steinitz in Berlin andere, wenig Sonderliches bedeutende Novellen des Russen heraus. × Hanns Heinz Ewers leitet eine deutsche Gesamtausgabe der Werke *Israel Zangwills* /Berlin, Cronbach/. Die Ghettoesichten *Zangwills* werden mit Recht gefühlvolle Leser finden; seine Gesellschaftsromane, zum Beispiel *Der Meister*, verdienen freilich die Verdeutschung nicht in gleichem Maß. × Die Weihnachtszeit hat eine emsige Produktion der Damen und Herren angeregt,

die nicht der Literatur sondern der Unterhaltung dienen; zum Teil freilich auch nur zur Klasse der Buchmacher gerechnet werden mögen. Schon die Titel der Novellen oder Romane verraten das: Josef Buchhorn *Rehabilitiert* /Berlin, Taendler/, Heinrich Teweles *Das Romanschiff* /Berlin, Concordia/, Felix Josky *Wenn Frauen lächeln* /Berlin, Concordia/, Else Hofmann *Baroneß Steffi* /Leipzig, Abel & Müller/, Eugen Illés *Die drei Väter* /Berlin, Kontinent/. Größern Geschmack und bessere Erzählungsart zeigt wie immer Walter Bloem (*Sonnenland* und *Sommerleutnants* /Leipzig, Grethlein/), guten Willen Michael Grusemann (*Friedrich Norbert* /Berlin, Borngräber/), und der Roman Anny Wothes *Am roten Kliff* /Halle, Pfennigsdorf/ zeichnet sich dadurch aus, daß er auf der Insel Sylt spielt. × Die Mode dieses Theaterwinters, die die antiken Dramatiker zu Premierendichtern macht, hat anscheinend das Gute, daß sie auch manche Verleger anregt Neuausgaben griechischer Klassiker auf den Markt zu bringen, die wohl bessere Leser finden werden als die vergänglichen Bühnenunternehmungen Zuschauer. Der Verlag Klinkhardt in Leipzig ediert die Tragödien des Sophokles, von Heinrich Schnabel verdeutsch. In der Cotta'schen *Bibliothek der Weltliteratur* erschien eine Neuauflage der Werke des Aristophanes, übersetzt von Ludwig Seeger, mit Einleitung von Hermann Fischer und Wilhelm Schmid. Der Leipziger Verlag für Literatur, Kunst und Musik getraut sich sogar Lukians sämtliche Werke herauszugeben; bis jetzt ist nur deren 1. Band erschienen; er enthält den *Menippos*, die *Götter- und Totengespräche*, den *Timon*, den *Charon* und manches andere, übersetzt von Dr. M. Weber. Der weitere Fortgang wäre zu wünschen.

Bühnenkunst / Hans Winand

Bassermanns Das Deutsche Theater Max Hamlet

Reinhardts steht diesmal an der Spitze dieser Rubrik. Bassermann hat seinem glücklich vergessenen König Philipp einen unvergeßlichen Hamlet folgen lassen. Ich will gern beichten, daß ich mit Vorurteilen in das Theater kam, voll Mißtrauen und ohne große Erwartung. Der Gedanke den Helden der Ibsenaufführungen im *Lessingtheater* und den Bildner Schnitzlerscher Gestalten im schwarzen Trikot

zu sehen und ihn Verse von Shakespeare sprechen zu hören, mußte von Befürchtungen begleitet sein. Um so freudiger mag die Erklärung erfolgen, daß der Skeptiker sich täuschte. Ein neuer Beweis, daß eine große Schauspielerpersönlichkeit nicht an die Dramatik einer bestimmten Zeit gebunden bleibt, und ein neues erhebendes Zeugnis dafür, daß das Genie alle Hemmnisse der Körperlichkeit überwindet. Der Hamlet Bassermanns nimmt uns nicht beim ersten Wort gefangen. Man muß eine falsche Einstellung der Erwartungen beseitigen, muß mit dem naiven Dogma brechen, daß alle Shakespeareschen Helden das Organ des Matkovsky oder eines Kainz und die Bühnenerscheinung eines jungen Barnay in sich vereinen. Als Bild schlägt freilich schon das erste Auftreten Bassermanns die Erinnerung an *schöne Schauspieler*. Er ist zwar nicht fett und behäbig wie der Dialog ihn schildert, und wie von Zacconi bis zu Kainz auch kein berühmter Hamlet gewesen ist. Doch in seinen Zügen scheint sich der ganze Geist der Hamlettragödie schon zu erschöpfen, ehe der Geist des toten Vaters den Sohn zum Handeln aufruft. Ein dumpfer Gram hat in dieses Gesicht seine Furchen gegraben, und schmerzliche Ohnmacht zog die schmalen Lippen an den Mundwinkeln in herber Krümmung abwärts. Wenn Bassermann dann zu sprechen beginnt, scheint sich im ersten Augenblick eine Kluft zu öffnen zwischen der Körperlichkeit dieses einzigen Hamlet und dem Klang seiner Worte, die ja ein Spiegel der Seele sein sollen. Wenn er den Geist erblickt, wird sein Sprechen zu einem zerrissenen, zerhackten Krächzen, und Naturlautmischen sich ein, die fernab von Shakespeares Geist liegen mögen. Er gibt einmal, im Augenblick des Schreckens und der Not, einen gurgelnden, schrillen, gebrochenen Schrei von sich, der nichts Menschliches mehr hat und in seiner Ungewöhnlichkeit den spröden Lauscher aus der Welt Hamlets in das Reich zoologischer Betrachtungen ablenkt. Man spürt auch hier noch das Walten einer großen Schauspielerpersönlichkeit: doch die Distanz vom Parkettsessel bis zu den Wällen des nächtlichen Schlosses auf der Bühne wird nicht überwinden, und der Beschauer bleibt mehr Beobachter als gläubig. Indes, nur wenige Szenen, und der vermeintliche Zwiespalt ist beseitigt, der Kontakt ist hergestellt, der Hörer ergriffen. Und nun erlebt man einen Aufstieg darstellerischer Kunst, wie ihn nur

Glückstage bringen können. Der graziöse, schmale, kleine Kainz war als Hamlet eine Prachtleistung von Geist, Klugheit und Witz und, wie immer, ein Phänomen des Sprechens. Bassermanns Worte rollen nicht wie die steigenden und fallenden Tonleitern Kainzens in wundervoller Klangschönheit dahin. Aber er gibt Gefühl, reines in Form und Ausdruck verwandeltes Gefühl, von unergründlicher Tiefe und elementarer Wucht. Man kommt vor Erschütterung nicht zum Bewundern und vor Miterleben nicht zur Anerkennung. Und wunderbar: dieser Künstler, der sonst, bei der Gestaltung komplizierter moderner Charaktere, die verschlungene Vieldeutigkeit des modernen Menschen erschöpfte, findet hier die Kraft zur geraden Linie. Über das *Problem im Hamlet* sind Bände geschrieben worden, jeder neue Schauspieler schien die Vieldeutigkeit im Wesen des Dänenprinzen zu bestätigen. All die Bücher über das Hamletproblem wären nie geschrieben worden, wenn man Hamlet nur von Bassermann her kennen würde. Aber die Vereinfachung der Seelenanlage bedeutet keine Vereinfachung der Ausdrucksmittel. Bassermann durchläuft das ganze Arsenal seiner Kunst, ohne die große Linie zu verwischen. Ich habe die Rede an die Schauspieler nie mit so wundervoller Beiläufigkeit aus der Situation heraus erwachsen sehen, habe nie einen Hamlet erlebt, bei dem in der Zwiesprach mit der Mutter die enttäuschte Liebe so wundervoll die Bitterkeit der Anklageworte erklärt hätte. Das Gespräch mit Ophelia und die Worte *Geh in ein Kloster!* verlieren alle lebensferne Symbolik. All das, was so viele Schauspieler mit geistvoller Berechnung *hinlegten*, sinkt hier in den breiten Strom des Ganzen zurück. Das Epigramm ist kein Punkt mehr, an dem der Witz eines schwachen Denkers selbstgefällig verweilt. Alles erwächst aus dem Augenblick. Achlos, ja fast verächtlich streut ein reicher Geist wie seinen Atem diese Perlen der Dialektik auf den Fußboden, die andere sparsamere Männer in Gold fassen würden. Die tausendfach gehörten Worte des Dialogs *Sein oder Nichtsein* verlieren ihre metaphysische Unkörperlichkeit und werden zum Selbstgespräch eines leidenden Menschen. Nur in der Totengräberszene — in der übrigens der Rotstift des Regisseurs gewüstet hatte — bleibt Bassermann hinter Shakespeare zurück. Der Wort- und Muskelkampf im Grabe über dem Körper der Geliebten verhält ohne

überschäumende Leidenschaft; die Szene verliert damit ihre Bedeutung.

Reinhardt: Neben diesem erst so fremden und dann so unlösbar nahen neuen Hamlet versinken die übrigen Darsteller in das graue Mattdunkel des Hintergrunds, und selbst Wegener verliert neben Bassermann jedes Forinat. Arnold als Polonius trägt einen feinen Ton von Komik in das düstere Seelengemälde, und die arme Gertrud Eysoldt, der eine unverzeihliche Faschingslaune die Rolle der Ophelia zugeworfen hatte, sorgt für eine schmerzliche Dissonanz. Aber diese Ophelia war, ohne Schuld der Darstellerin, mit Schuld des Rollenvergebers, der einzige Mißklang. Es scheint, als ob in der Schumannstraße der Götze einer neuen Meiningerei ins Wanken gerät. Ich habe oft die vielgerühmte Regiekunst Reinhardts getadelt und den kleinlichen, auf den Effekt des Details berechneten Geist dieser neuen Theaterkunst als eine Gefahr und als einen Mangel an Ehrfurcht gestreift. Diese *Hamletaufführung* scheint einen Umschwung der szenischen Anschauungen Reinhardts einzuleiten. Wenn diese Hoffnung sich erfüllt, wären wir nicht nur um eine Befürchtung ärmer sondern auch um wirkliche Theaterwerte bereichert. Beim *Hamlet des Deutschen Theaters* ist alles Detail des Bühnenbilds dem Auge entzückt. Große Linien, weite Flächen, strenge, fein abgetönte Farben begleiten die Handlung und erbringen den Beweis, daß ein Minimum szenischer Mittel und ein Maximum szenischer Wirkung sich wohl vereinigen lassen: zum Heil des dramatischen Künstlers. Die erste Erscheinung des Geistes wirkt gerade in dieser monumentalen Einfachheit wie eine wirkliche Offenbarung aus der jenseitigen Welt. Mit verhaltenem Atem sieht man aus dem nächtlichen Grau die Umrisse der schweremütigen Erscheinung wie aus der Unendlichkeit kommen und schwinden. Eine Gelegenheit zu lebendigen neuen szenischen Wirkungen bot die Verschiebung des Bühnenkörpers in den Zuschauerraum: hart vor der ersten Parkettreihe führen zwei Treppen hinab ins Unbekannte, von hier aus treten Boten auf, hierdurch flüchten sich verängstete Gemüter. Freilich bleibt es ein Mißgriff diese ganz hübsche Nebensächlichkeiten bei seelischen Höhepunkten des Dramas zu unterstreichen, und die Illusion wird zerrissen, wenn Hamlet sozusagen ins Parkett herniedersteigt und dort, von Logeninsassen gewissermaßen

umsäumt, über Sein oder Nichtsein grübelt. Doch das bleiben Belanglosigkeiten, die den Wert des Ganzen nicht gefährden können. Wenn Reinhardt auf dem hier beschrittenen Pfad bleibt, wird man den Premieren im *Deutschen Theater* mit freudigeren Hoffnungen entgegensehen können als bisher. Denn er hat nun das, was ihm bisher fehlte, einen wirklich großen Darsteller und einen Regisseur, den wir umso freudiger begrüßen, je mehr er der hier glücklich bewiesenen Zurückhaltung treu bleibt.

× **KurzeChronik** Am 20. Dezember starb Angelo Neumann, 72 Jahre alt, in Prag. Sein Name ist mit der ersten Gesamtauführung des *Ringes des Nibelungen* in Berlin /1880/ unauflöslich verknüpft. 10 Jahre später brachte er in einem zweiten Gastspiel den Berlinern die *Cavalleria rusticana* und den *Barbier von Bagdad*. Ein Bühnenunternehmer von seltenem Weitblick. × Mit dem Tode Raphael Loewenfelds ist einer jener wenigen dahingegangen, die den Gedanken den breiteren Volksschichten die Bühnenkunst zugänglich zu machen nicht nur mit schönen Worten sondern auch mit wackerer Tat bewirkt hat. Der Mann, der die Institution der Berliner *Schillertheater* ins Leben rief und mit einer bewundernswerten Tatkraft und Energie durchzuführen wußte, verdient ein Denkmal, wenn es ihm nicht schon in der Dankbarkeit jener Hunderttausende errichtet wäre, die ihm ein Verhältnis zur dramatischen Kunst verdanken. Er hat bewiesen, daß entgegen den steten Klagen anderer Theaterleiter gute Kunst auch zu erschwinglichen Preisen dem Volk zugänglich gemacht werden kann, und damit ist er dem Gedanken eines nationalen Volkstheaters näher gekommen als das *Theater der Zehntausend* im *Zirkus Schumann*, wo schließlich doch das Goldstück über den Sitz entscheidet. × Die unvergleichliche Gemma Bellincioni, deren wundersame Gestaltungskraft auch in Deutschland bewundert werden konnte, hat in einem Interview mitgeteilt, daß ihr von einem großen Berliner Opernunternehmen, wahrscheinlich von der werdenden *Großen Oper*, der Antrag gemacht worden ist nach Eröffnung der Spielzeit eine leitende künstlerische Stellung anzunehmen, die der Künstlerin auch das Amt eines Regisseurs zuweisen würde.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Berlin Mit Vergnügen hätte ich festgestellt, daß meine Skepsis gegenüber dem *Wettbewerb Groß Berlin* (siehe diese Rundschau, 1910, 2. Band, pag. 799 ff.) den zweifelnden Kritiker Lügen gestraft hätte; allein noch ehe das Preisgericht sich zur Schlußsitzung versammeln konnte, wurde bereits das schönste Ergebnis dieses Ausschreibens von preußischen Militärfiskus zerfetzt. Der prächtige Plan Hermann Jansens für das Tempelhofer Feld ist heute schon nichts weiter als ein betrübliches Schaustück für das *Märkische Museum*. Über die Idee eines monumentalen Groß Berlin haben ein paar Vorortskannengießer oder richtiger ein Terrainspekulant mit seinen kapitalistischen Hintermännern gesiegt. Stübben, der schon so manchen unerträglichen Stadtplan auf dem Gewissen hat, kann wohl kaum abstreiten hier die Hand im Spiel gehabt zu haben, und der Militärfiskus scheute sich nicht allen Eifer aufzubieten, damit die einzige Stelle, wo Berlin sich noch weiträumig ausdehnen konnte, mit 5stöckigen Mietskasernen zugemauert wird. Dieser Stübbensche Geist hätte übrigens beinahe auch das theoretische Ergebnis des ganzen Wettbewerbs zunichte gemacht; lediglich die Wohlerzogenheit der Herren Juroren hat uns das Schauspiel eines öffentlichen Protestes der sachkundigen Preisrichter erspart. Nachdem man Henrici und Fischer, die beiden allein bewährten Stadtbaukünstler, hinausgegrault hatte, tobte 6 Monate lang hinter den Kulissen der erbitterte Streit über die Zuerkennung der Preise, obgleich niemand den Wert des Jansenschen Projekts bezweifeln mochte. Das Großkapital sollte auch hier seine Macht erweisen. Trotz des Protestes der Architekten setzten die Ingenieure und die Kommunalpolitiker es durch, daß den Herren Brix und Genzmer, hinter denen eine große Elektrizitätsgesellschaft steht, ebenfalls ein 1. Preis zugesprochen wurde. Ein Beschluß, dem die niedergestimmte Minorität die Protokollunterschrift verweigerte. Und während man sich im *Roten Haus* noch katzbalgte, setzte sich auch der preußische König über die Ergebnisse des Ausschreibens hinweg. Das Opernhaus soll gerade an die Stelle gesetzt werden, die keiner der Wettbewerber für geeignet gehalten hat. Unter Umgehung aller wirklich schöpferischen Architekten wird ein en-

gerer Wettbewerb zwischen 8 Herren ausgeschrieben, die, wenn man auch noch bedenkt, daß die Beamten dreier preußischer Ministerien die Preisrichter abgeben, das Schlimmste befürchten lassen. Ludwig Hoffmann, der einzige, der die Aufgabe wohl auch nicht bezwungen, sich aber vermutlich doch mit Anstand aus der Affäre zu ziehen gewußt hätte, verzichtete auf die Beteiligung. Aber schließlich kommt es auch darauf nicht sonderlich an, nachdem kaum noch ein Zweifel besteht, daß dieser ganze Opernhauswettbewerb als eine Art platonischen Vergnügens aufzufassen ist. Die Ausführung wird doch der Baumeister bekommen, der schon einmal im Museumsviertel alle guten Geister vor den Kopf gestoßen hat. Warum also noch die moderne Architektenschaft bemühen, die die preussische Bureaukratie doch nicht kennen darf, und die sie mit aller Macht niederzuhalten bestrebt ist?

× **Dänen** ×

Das Überzeugende an diesem dänischen Kunstgewerbe ist seine Frische. Man spürt Meeresluft, man spürt die Ackerscholle, aber man spürt noch etwas mehr: etwas Zartes, Duftiges, Mondaines. Der Kopenhagener wird gern als nordischer Pariser angesehen; vielleicht wäre es richtiger in diesen Landsleuten des Jens Peter Jacobsen nichts als eine Boulevardsehnsucht anzunehmen. Eine scheue, verhaltene Sehnsucht, die wie das dänische Porzellan ganz auf matte Töne gestimmt ist. Dieses Innerliche ist im Kleingewerbe zur Form abgeklärt. Im Porzellan der königlichen Porzellanmanufaktur und in dem von Bing & Gröndahl, deren früheres Niveau ihr neuer Leiter Hans Tegner scheinbar nicht zu halten weiß. In den Tunekpapieren Anker Kysters. In den Gobelins der Ida Hansen und Klara Waever, die von Möhl nach der alten Wirktechnik Kartons erhalten haben. In diesen prächtigen Silberarbeiten, die Georg Jensen und vor allem Thorwald Binesböll geformt. Binesböll war der große Anreger für das ganze dänische Kunsthandwerk. Er hat sich eine reiche und gefällige Ornamentik geschaffen, die beim Naturvorbild einsetzt und nach dem Barock zu stilisiert ist. Und er geht auf den Urkeim des Barock, auf das Chinesische, zurück, bis er zu Prägungen gelangt, die eine ferne Verwandtschaft mit van de Velde haben, wenngleich sie durch ihren Ausgangspunkt nie reine Abstraktion werden konnten. Binesböll

ist der Gipfel dieser Kleinmeister, in dem zur Reife gediehen ist, was bei seiner Gefolgschaft sich noch in Ansätzen, und zwar in ungeklärten, äußert. Am schwächsten war sein Einfluß auf den Möbelbau, dessen befangene Klassizistik auch durchaus gleichgültig läßt. Die dänische Architektur besitzt in dem heimischen Backsteinmaterial den straffen Halt, der sie vor dekorativen Ausschweifungen bewahrte. Wie in Holland erzwang der so wenig bewegliche Backstein klare Raumlösungen, einfache und eindeutige Massenwirkungen. Das Schmuckwerk, hinter dem sich bei uns eine Scheinarchitektur verbergen konnte, wird als starker Akzent nur an die besonders betonte Stelle gesetzt. Rosen, Kampmann, Koch, Bosch und einige andere haben dieses Prinzip, das ein wirkliches Bauen und nicht ein Dekorieren voraussetzt, zu nutzen und, trotz engster Fühlung mit den Fortschritten der anderen Länder, zu einem nationalen Stil auszumünzen verstanden. Der wertvollste Ertrag dieser vom Berliner Kunstgewerbemuseum gezeigten Ausstellung ist schließlich Skovgaard, sind seine wahrhaft monumentalen Fresken im Dom zu Wiborg. In diesen Bilderfolgen aus dem Neuen und dem Alten Testament, in diesen Engelscharen, die sich auf den Deckengewölben zusammendrängen, schwingt, leht der Rhythmus dieser neuen Zeit.

× **Kurze Chronik** ×

Das Problem der Damemode einmal vom Kunstgewerbe aus zu betrachten, war der Zweck des 1. Diskussionsabends, den der Fachausschuß für Textilkunst und Mode des *Berliner Kunstgewerbevereins* veranstaltete. Neben deutschen Eigen- und Künstlerkleidern wurden Poiretsche Modelle vorgeführt, deren geschmackvolle Grazie selbst in diesem Kreis kaum noch eine laue Verteidigung unserer Reformkleidertheorien aufkommen ließ. Die Veranstaltung war ein rückhaltloser Sieg der Poiretschen Linie, die ganz und gar nicht abstrakt erdacht ist, die vielmehr mit allen Mitteln eines erlesenen Geschmacks, einer schöpferischen Phantasie und einer vortrefflichen Schneidertechnik über jede Bewegung des Frauenkörpers Anmut breitet. × Im *Hohenzollernkunstgewerbehause* zu Berlin hat Paul Kersten seine *Buchebände* ausgestellt. Naturalismen, die recht wenig kultiviert sind und seltsamerweise vom Publikum noch immer überschätzt werden.



EPHRAÏM HERRIER / NACH EINER PHOTO-
GRAPHIE UM DIE DEER NEUNZIGER JAHRE